

Strukturwandel, Tertiärisierung, Entwicklungspotential und Strukturpolitik

Regionen im Vergleich:
Ruhrgebiet – Pittsburgh – Luxemburg – Lille

130

Reihe
Wirtschaftspolitische
Diskurse

A 00 - 02456

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Wirtschafts- und sozialpolitisches
Forschungs- und Beratungszentrum
der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Abt. Wirtschaftspolitik

Reihe „WIRTSCHAFTSPOLITISCHE DISKURSE“
Nr. 130

**Strukturwandel, Tertiärisierung, Entwicklungspotentiale
und Strukturpolitik**

Regionen im Vergleich:
Ruhrgbiet - Pittsburgh - Luxemburg - Lille

A 00 - 02456



Eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn
in Zusammenarbeit mit der
University of Pittsburgh/USA und dem
Centre d'Etudes de Populations, de Pauvreté
et de Politiques Socio-Economiques,
Differdange/Luxembourg

vom 23. bis 25. August 1999
in Duisburg



Herausgegeben vom
Wirtschafts- und sozialpolitischen
Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung
Abt. Wirtschaftspolitik
Godesberger Allee, D-53170 Bonn
Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign Bonn
Druck: Druck Center Meckenheim
Juni 2000
ISBN 3-86077-910-9

Inhaltsübersicht	Seite
Anmerkungen	
Zusammenfassung	1
1. Konturen des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels am Beispiel verschiedener Regionen	10
1.1 Das Ruhrgebiet	10
1.2 Die Region Pittsburgh	19
1.3 Luxemburg	26
1.4 Lille und sein Umland	35
2. Hemmnisse und Entwicklungspotentiale	42
2.1 ... aus unternehmerischer Sicht	42
2.2 ... aus politischer Sicht	51
2.3 ... aus wissenschaftlicher Sicht	60
3. Ziele und Perspektiven für eine nachhaltige Regionalpolitik im Ruhrgebiet	72
Tagungsleitung / Referentinnen und Referenten	84

Anmerkungen

Der Strukturwandel, gerade auch für das Ruhrgebiet schon seit Jahrzehnten eines der brisantesten Themen, geht mehr denn je mit großen Schritten voran, und trotz vieler Erfolge in der Bewältigung sozialer und wirtschaftlicher Probleme ist an ein Aufatmen nicht zu denken. Vor allem die neuen Informations- und Kommunikationstechniken wirken durchdringend und haben alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft erfaßt. Neue Tätigkeiten und Wirtschaftssektoren entwickeln sich, aber auch grundlegende, über viele Jahrzehnte kaum veränderte Tätigkeiten müssen sich veränderten Rahmenbedingungen anpassen, brauchen neue Ausbildungskonzepte und neue Bewertungen.

Das Ruhrgebiet steht angesichts dieses Wandels in einem verschärften globalen und sozusagen totalen Wettbewerb. Dabei geht es schon lange nicht mehr nur um die Leistungsfähigkeit einzelner Betriebe und Unternehmen oder um die Anpassung an geänderte technische Rahmenbedingungen auf der Basis bewährter Vorgehensweisen. Durch technologischen Fortschritt allein sind wirtschaftliche und vor allem gesellschaftliche Verbesserungen gerade in den letzten Jahren offenbar immer mühseliger zu erzielen gewesen. Gleichzeitig hat der Wettbewerb weit über einzelne Industriezweige hinaus auch die Städte und Regionen erfaßt und stellt höchste Anforderungen an ihre Attraktivität.

So ist es sicher hilfreich, das Ruhrgebiet im globalen Vergleich mit anderen Städten und Regionen zu betrachten, die ähnliche Probleme des Übergangs von der Schwerindustrie zu modernen Produktionen und Dienstleistungen zu bewältigen hatten und haben.

Vor diesem Hintergrund veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung vom 23. bis 25. August die Fachkonferenz „Strukturwandel, Tertiärisierung, Entwicklungspotentiale und Strukturpolitik“, an der Manager, Politiker, Vertreter der Administration und Wissenschaftler aus vier Vergleichsregionen - Ruhrgebiet, Pittsburgh, Luxemburg und Lille - teilnahmen.

Ziel der Veranstaltung war es, einen Überblick über Unterschiede und Gemeinsamkeiten des Strukturwandels in diesen vier Regionen zu erhalten und Erfahrungen über Hemmnisse, Erfolge und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten auszutauschen. Darauf aufbauend sollten die Erfordernisse eines regionalen Entwicklungskonzepts skizziert werden, das gleichwohl den Ansprüchen an eine globale Orientierung gerecht werden kann.

Wichtig ist in unserem Land die Arbeit an einem Leitbild für die Region. Die Ausbildung einer dominanten Metropole an Rhein und Ruhr ist weder möglich noch wünschenswert. Der hemmungslose Wettbewerb insbesondere zwischen den großen Städten führt jedoch zu einer Verschwendung öffentlicher wie privater Ressourcen. Auch eine stringente Arbeits- und Aufgabenteilung in der Region würde hier nicht zum Ziel führen.

Möglich muß aber eine Schwerpunktbildung werden, die von den führenden Städten ausgeht und in ihren Ansätzen schon längst zu erkennen ist. In Anbetracht der bereits in Grundzügen ausgebildeten und immer wieder beschworenen „Vernetzung“ ist das technisch und organisatorisch gar kein Problem. Kommen muß endlich der politische Wille auf kommunaler und staatlicher Ebene zu einer effizienten und nachhaltigen Lösung. Die Rhein-Ruhr-Ballung von Bonn über Duisburg bis nach Dortmund kann europa- und weltweit erfolgreich sein, wenn sie sich als Städte-schwarm versteht, in dem die einzelne Stadt zwar weitgehende Handlungsfreiheit besitzt, aber im Rahmen der angesprochenen Schwerpunktbildung auch eine Reihe von Bindungen akzeptiert.

In jeder Stadt und ihren Stadtteilen können die in der Dienstleistungsgesellschaft wieder geschätzten Urbanisationseffekte genutzt werden, die von Synergieeffekten aus den benachbarten Städten Ergänzung erfahren. Wirtschafts- und bevölkerungsorientierte Infrastruktur ist bereits vorhanden oder ausbaufähig. Interessante Standorte nahe den wichtigen Stadtzentren sind durch frei werdende Flächen in reichem Maß vorhanden. Eine attraktive und effiziente Metropolregion kann entstehen und dem Land eine einmalige Prägung verleihen.

Die vorliegende Broschüre faßt die Referate und Diskussionsbeiträge der Fachkonferenz thematisch gegliedert zusammen und gibt einen Ausblick auf kommende Entwicklungen und Erfordernisse - den Tagungsbericht erstellte Dr. Jürgen Malley aus Königswinter.

Bonn, im April 2000

Dr. Hannes Tank

Zusammenfassung

Im ersten Teil des Berichts stehen die Konturen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels in den einzelnen Regionen Ruhrgebiet, Pittsburgh, Luxemburg und Lille im Vordergrund:

Die bereits Ende der 50er Jahre beginnende Strukturkrise im **Ruhrgebiet** dauert bis heute an und erfaßte in den 80er Jahren auch die vor- und nachgelagerten Branchen. Am härtesten traf es die Kohleförderung: Zum einen verschlechterten sich die Förderbedingungen, zum anderen drängte preiswerte ausländische Kohle ebenso auf den Markt wie andere Energieträger, vom Erdöl bis zur Kernkraft. Dementsprechend ungünstig verlief die Arbeitsmarktentwicklung, zumal die Rationalisierung weitere Arbeitsplätze überflüssig machte. Neue Stellen im Dienstleistungssektor konnten den Stellenabbau und die steigende Nachfrage nach Arbeit nicht auffangen. Die Zahl der Beschäftigten im Steinkohlebergbau ist binnen 40 Jahren von 450.000 auf unter 60.000, in der Stahlindustrie von 230.000 auf etwa 70.000 gefallen. Heute pendelt die Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet um 14% und liegt damit ein Drittel über dem Bundesdurchschnitt. Der fast unvermeidlich folgenden Abwärtsspirale aus der „Verslumung“ von Stadtteilen und sich verschlechternden Bedingungen für Neuinvestitionen versucht die Landesregierung mit ressortübergreifenden Handlungsprogrammen z.B. in Duisburg-Marxloh entgegenzuwirken. Angesichts der Vielzahl betroffener Gebiete und begrenzter Mittel dienen die Programme jedoch in der Regel eher der Abwehr einer weiteren Verschlechterung der Situation. Ein weiterer Standortnachteil ist nach Ansicht mehrerer Referenten die komplizierte Verwaltungsgliederung der Region Ruhrgebiet. Verschiedene Stimmen fordern deshalb höhere Handlungsautonomie und bessere Strukturierung für das Ruhrgebiet, z.B. in Form eines eigenen Regierungsbezirks.

Dennoch lassen sich für das Ruhrgebiet heute auch eine ganze Reihe von Beispielen für eine erfolgreiche Revitalisierung betroffener Gebiete darstellen. An den vorgestellten kommunalen Beispielen von Duisburg über Essen bis Dortmund wird die Vielschichtigkeit deutlich, an der Entscheidungen zur Standortförderung orientiert werden müssen. Insgesamt sind seit dem Beginn entsprechender Förderprogramme 1968 viele Milliarden DM von Land und Bund 1) in den Ausbau und die Modernisierung von Infrastrukturen und 2) in die zur Milderung sozialer Brüche als notwendig erachteten Subventionierungen geflossen. Auch die Technologie- und Gründerzentren (TGZ) spielen nach Einschätzung ihres Vertreters eine positive Rolle bei der Bewältigung des Strukturwandels, vor allem durch Förderung zukunftsfähiger Schlüsseltechnologien. Hier entstanden überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze und die Rate der Konkurse in den ersten drei Jahren betrage nur 5% im Vergleich zu über 50% bei Unternehmen außerhalb von TGZ. Um bestehende, vor allem klein-

und mittelständische Unternehmen zukunftsfähig zu machen, hat das Land NRW u.a. ein Zentrum für Innovation und Technik (ZENIT) gegründet. Neben intensiver Beratungs- und Moderationstätigkeit verwaltet ZENIT einige NRW-Förderprogramme, hinzu tritt in steigendem Maße die europäische Komponente und die Unterstützung bei der Öffnung neuer Märkte weltweit. Ein weiteres Beratungsfeld sind die neuen Möglichkeiten hierarchieärmer Organisationsformen. Ein wichtiger Aspekt sind schließlich die Umweltbelastungen. Das Ruhrgebiet ist von Bergschäden in Milliardenhöhe ebenso betroffen wie von belasteten Böden. Neben nachsorgenden Aufbereitungsmaßnahmen und produktionsintegrierten Umweltschutzmaßnahmen wie z.B. Filteranlagen ist in NRW heute aber auch ein breites Spektrum an vorsorgenden, integrierten Ansätzen vorhanden. So soll z.B. die Nachfrage nach preiswertem Wohnraum mit Qualitätszielen eines nachhaltigen, d.h. gleichermaßen energie- und flächensparenden Bauens verknüpft werden. Der Grundsatz „Brache vor Freiraum“, d.h. Verdichtung statt Zersiedelung ist auch über die Ausweisung von Gewerbeflächen hinaus erklärtes Ziel des Landes NRW.

Für die Strukturkrise in der Region **Pittsburgh** hingegen wird die Abwanderung großer Bevölkerungsteile als charakteristisch dargestellt. Spätestens seit Ende der 70er Jahre mündete auch hier der Strukturwandel für die klassische Stahlregion in einer massiven Krise. Dabei war der Verlust an Arbeitsplätzen massiv. Als Folge verließen in den 80er Jahren fast durchgehend rund 50.000 Menschen jährlich die Region - ein Trend, der erst Anfang der 90er Jahre in eine leicht positive Entwicklung umgekehrt werden konnte. Das jährliche Wachstum der letzten Jahre in nichtproduzierenden Sektoren für Pittsburgh reflektiert die Erholung der Region. Substantielle Fortschritte in einzelnen Sektoren, i.w. Dienstleistung, Einzelhandel, Transport und öffentliche Einrichtungen, Bausektor, aber auch in der Produktion selbst wurden erreicht, sowohl hinsichtlich der Wertschöpfung als auch der Arbeitsplätze. Nach Ansicht der Ökonomen der University of Pittsburgh haben vor allem internationale Investitionen zu dieser Entwicklung beigetragen. Eine zentrale Rolle komme auch dem Sektor Bildung und Forschung zu. Aus diesem Grund wurden mittlerweile auch in der Region Pittsburgh viele Technologiezentren eröffnet, darüber hinaus stellen die örtlichen Universitäten für sich genommen einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor dar. Mit über 10.000 Angestellten in der Software-Branche, die besonders eng mit den Universitäten verknüpft ist, liegt Pittsburgh an vorderster Front in den USA. Eine weitere zentrale Institution für die Region ist die „Pittsburgh Regional Alliance (PRA)“. Diese Non-Profit-Organisation hat i.w. die Aufgabe übernommen, die wichtigsten Aktivitäten zur Wirtschaftsförderung zu koordinieren, Unternehmer zu beraten und durch intensives Marketing dazu beizutragen, daß die Atmosphäre für Neuanstellungen von Unternehmen geeignet ist.

Neben den geschilderten wirtschaftlichen und sozialen Aspekten des Strukturwandels besitzen Umweltaspekte einen besonderen Stellenwert. In Pittsburgh, noch in den 70er Jahren wegen seiner enormen Luftverschmutzung „deadly smoky city“ der USA genannt, entwickelte die örtliche Regierung strenge Emissionsvorschriften, die wesentlich zum Zustandekommen des heute in den USA allgemein gültigen „clean air act“ beitrugen. Weitere, die wirtschaftliche Erholung bremsende Probleme ergeben sich vor allem durch Altlastenflächen.

Luxemburg betreibt nach Aussagen des Direktors von CEPS/INSTEAD schon seit den 50er Jahren eine ausgeprägte Politik zur Unterstützung der industriellen Diversifizierung, mit dem Erfolg, daß die am klassischen Stahlstandort keineswegs spurlos vorübergegangene Strukturkrise heute erfolgreich bewältigt scheint. So liegt das Bruttosozialprodukt pro Kopf an erster Stelle in der EU, und es besteht de facto ein Arbeitsplatzüberschuß. Das Land hat sich vom schwerindustriellen Standort der 60er Jahre, in dem 80% des Exportvolumens von der Eisen- und Stahlindustrie erwirtschaftet wurden, zum internationalen Finanzzentrum und zum Gastgeber bedeutender europäischer Einrichtungen gewandelt. Zur luxemburgischen Strategie gehört seit jeher eine gezielte Zuwanderungspolitik. So läßt das Land einen erheblichen Teil seiner Wertschöpfung von den sog. „frontalliers“, also Grenzgängern, erwirtschaften. Der Erfolg war möglich, obwohl man sich der Stahlkrise nicht entziehen konnte. So sank auch in Luxemburg die Zahl der Stahlarbeitsplätze seit den frühen 50er Jahren von 18.000 auf heute unter 5.000. Im Gegenzug wurde die industrielle Produktion weitgehend auf andere Branchen verlagert, z.B. Reifenproduktion, Chemie, Metallverarbeitung, und der Anteil der Banken am BIP ist seit 1970 sprunghaft von 4% auf etwa 20% gestiegen.

Es stellt sich die Frage, inwieweit dieser erfolgreiche Strukturwandel übertragbar ist. Die Entwicklung sei kein Zufall, so der Direktor von CEPS/INSTEAD, sondern das Ergebnis einer traditionell engen Abstimmung zwischen allen gesellschaftlichen Akteuren, aber auch der vergleichsweise hohen Autonomie bei gleichzeitig überschaubaren Verhältnissen. Eine mit Hilfe der Politik geförderte Diversifizierung bzw. eine stetige und handlungsorientierte Auseinandersetzung mit dem Strukturwandel werde auch heute noch fortgesetzt. Die Politik fördere beispielsweise nicht nur den Dienstleistungssektor, derzeit seien sogar rund 90% der neugeschaffenen Betriebe im Bereich der industriellen Fertigung angesiedelt. Der Staatssektor sei gleichzeitig enorm geschrumpft, der notwendige Arbeitsplatzabbau sei mit Hilfe von Sozialplänen aufgefangen worden. Insgesamt habe sich das „système tripartite“ mit seiner engen Kooperation von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Staat sehr bewährt. Wählt man die wesentlichen Beiträge zur Wertschöpfung in Luxemburg als Ansatz für die Einbeziehung von Umweltaspekten, dann müßten Themen wie nachhaltigkeitsorientierte Investmentfonds, Rahmensetzungen im internationalen Handel oder z.B. auch die

Auswirkungen der IuK-Technik auf den globalen Energie- und Rohstoffverbrauch eine besondere Rolle spielen. Offenbar spielt Luxemburg auf diesem zukunftssträchtigen Gebiet aber bislang keine führende Rolle, ganz entgegen der sonst immer wieder unter Beweis gestellten Fähigkeit zu vorausschauendem Handeln.

Die klassische Industrieregion um **Lille** hat seit den 50er Jahren bis heute in ähnlicher Weise wie die zuvor beschriebenen Regionen eine intensive Strukturkrise durchlitten, bei der über 200.000 Arbeitsplätze verloren gingen. U.a. verlagerten sich große Teile der in Lille ansässigen Textilindustrie, hinzu kam die Strukturkrise im Montan- und Stahlbereich. Der Arbeitsplatzabbau konnte bis heute nicht aufgehalten werden, 1996 gab es in der Region 100.000 Arbeitsplätze weniger als 1976. Heute beläuft sich die Arbeitslosenrate auf über 16%, davon sind wiederum fast 40% Langzeitarbeitslose und 23% jünger als 25 Jahre. Armut und soziale Unruhe in weiten Bereichen sind die Folge. Lille ist trotz dieser dramatischen Einbrüche in relativ kurzer Zeit heute wieder zu einem der wichtigsten urbanen Zentren Frankreichs aufgestiegen. Insbesondere eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze im Logistikbereich beruht auf der Rolle von Lille als Verkehrsknotenpunkt. Erwähnenswert sind wichtige Autobahnachsen, z.B. London-Brüssel (via Kanal-Tunnel) oder Hochgeschwindigkeitszüge, mehrere Großflughäfen sowie die Nähe zu großen Häfen tun ein übriges. Auch dem öffentlichen Personennahverkehr wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. So wird die Metropole von einer eigens entwickelten, vollautomatischen U-Bahn (VAL) bedient, die in naher Zukunft auch grenzüberschreitend eingesetzt werden soll. Sie wird in der Region gebaut und mittlerweile weltweit exportiert. Aus der Nähe zum Nachbarland Belgien ergeben sich weitere Einflüsse. Ziel ist die Schaffung einer „métropole lilloise transfrontalière“ mit einer Bevölkerung von rund zwei Mio. Menschen im Umkreis von 30 km.

Letztlich müssen die Entwicklungschancen der Region in Abhängigkeit von der politisch-wirtschaftlichen Entwicklung in Frankreich gesehen werden. Dazu gehören z.B. die nach wie vor hohe strukturelle Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, laut eines McKinsey-Berichts aber auch unterdurchschnittliche Arbeitsleistungen im nichtöffentlichen Dienstleistungsbereich. Hinzu kommen hohe Lohnnebenkosten und ein traditionell dichtes Netz an staatlichen Regularien rund um Arbeitsmarkt und soziale Sicherung. Mit rund 10% des BSP sind zudem die Gesundheitskosten so hoch wie in keinem anderen Land der EU. Seit dem Regierungswechsel 1997 sind verschiedene Programme zur Verbesserung dieser Rahmenbedingungen initiiert worden, darunter ein allgemein als erfolgreich beurteiltes Programm zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Gesamtkosten für dieses Programm belaufen sich auf über zehn Mrd. DM, und Kritiker sehen dies als Teil eines neuen, umfangreichen Problems. Um Subventionierungen für insgesamt rund ein Viertel der Arbeitsplätze finanzieren zu können, sei das System quasi gezwungen, die Lohnneben-

kosten ebenfalls hoch zu halten. Damit sei die französische Wirtschaft möglicherweise nicht in der Lage, flexibel auf Globalisierungseffekte zu reagieren, vor allem angesichts unterschiedlicher Lohnniveaus, z.B. im Bereich der Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa.

Umweltaspekte schließlich sind vergleichsweise selten Gegenstand einer breiten und überregionalen öffentlichen Diskussion. Typische Problemlagen der Region wie z.B. Dioxinbelastungen in regional erzeugten Nahrungsmitteln können aber als Indiz dafür gewertet werden, daß sich die Situation nicht wesentlich von der anderer schwerindustrieller Regionen unterscheidet.

Im zweiten Teil des Berichts werden vorrangig Hemmnisse und Entwicklungspotentiale aus unternehmerischer, aus politischer und aus wissenschaftlicher Sicht beleuchtet: Aus unternehmerischer Sicht steht die *abnehmende gesamtwirtschaftliche Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes bei gleichzeitig wachsendem tertiären bzw. quartären Sektor im Vordergrund*, wobei in der Gesamtbilanz einem stetigen Plus bei der Wertschöpfung regelmäßig ein Defizit bei den Arbeitsplätzen gegenübersteht. Noch aber bleibt die Industrie der Exportmotor Nummer Eins, ebenso werden nach wie vor fast die Hälfte aller Auszubildenden in gewerblich-technischen Berufen ausgebildet. Der Vertreter des RWI schlußfolgert, daß die *Förderung industrieller Kerne unerläßliche Voraussetzung für ein Prosperieren des Dienstleistungssektors* sei.

Aus Sicht der *Vertreterin eines Dienstleistungsunternehmens des quartären Sektors* stellt sich der Strukturwandel eher als Konsequenz menschlicher Verhaltensweisen und Entscheidungen dar. Immer häufiger müsse man aber feststellen, daß die Menschen nicht in der Lage sei, sich den ständig steigenden Anforderungen neuer Technologien und des Marktes anzupassen. Wachsende Schwierigkeiten in Bezug auf die Human Resources der Unternehmen seien die Folge. *In Ergänzung zu den selbstverständlichen Investitionen in technische Funktionalität müsse daher mindestens ebenso sehr in Optimierung der fachlichen und persönlichen Fähigkeiten von Mitarbeitern investiert werden. Damit werde für den Einzelnen „Jobfähigkeit“ (employability) erreicht, aus makroökonomischer Sicht seien aber letztlich noch viel weitergehende Ziele zu erreichen, von einer Verringerung der Arbeitslosenzahlen über eine Senkung der staatlichen Alimentierung und eine Erhöhung der Steuereinnahmen bei steigender Kaufkraft bis hin zur Steigerung der sozialen Zufriedenheit bzw. einer allgemeinen Verbesserung der Stimmung im Land.*

Diese Betrachtungsweise unterscheidet sich deutlich von den übrigen Darstellungen, in denen letztlich etablierte Ansätze einer vorbereitenden Marktforschung bis hin zur operativen Marketingplanung die entscheidenden Kriterien für den Erfolg eines Unternehmens darstellen. Auch in den Betrachtungen aus kommunalwirtschaftlicher

Sicht dominieren klassische Indikatoren, z.B. Arbeitslosenzahlen im Vergleich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in bestimmten Branchen, oder die erwarteten finanziellen Effekte durch Kaufkraftbindung infolge neuer Kommerzzentren in den Innenstädten. Angesichts vergleichbarer Darstellungen aus verschiedenen Ruhrgebietsstädten stellt sich hier die Frage, inwieweit es Sinn macht, daß mehrere Standorte konkurrierend die gleichen Aktivitätsfelder zu Schwerpunkten machen. Die Stellungnahmen reichen von Appellen zur stärkeren Kooperation bis zu der Einschätzung, daß es grundsätzlich falsch sei, gleichzeitig vier bis fünf Medienstandorte etablieren zu wollen. Der Vertreter des RWI gibt zu bedenken, daß generell die Arbeitsteilung zwischen Kommunen, Ländern, dem Staat und der EU neu überdacht werden müsse. Nach Ansicht des Vertreters der TGZ ist es richtig, wenn im produktiven Bereich klare regionale Schwerpunkte innerhalb des Ruhrgebietes gesetzt werden. Zur Rolle der in dieser Hinsicht umstrittenen Regionalkonferenzen äußert er sich im Prinzip positiv, lediglich viele der dort diskutierten Inhalte seien nicht zielführend.

Ein Blick nach Pittsburgh zeigt nach übereinstimmender Auffassung aller Diskutierenden, daß die Region sehr viel homogener gegenüber potentiellen Investoren auftritt. Als wichtigste Instrumente einer erfolgreichen „Außenpolitik“ werden die Förderung von Humankapital und einer regionalen „Corporate Identity“ gesehen. Es wird bezweifelt, daß eine derart homogene Corporate Identity auf das Ruhrgebiet übertragbar sei. Der Vertreter der PRA gibt zu bedenken, daß es zuvorderst doch darum gehe, potentiellen Investoren ein erstes attraktives Bild zu vermitteln.

Aus politischer Sicht steht der Paradigmenwechsel in der Strukturpolitik für das Ruhrgebiet und die anderen Regionen im Vordergrund. Vielfältige Leitbilder entwickeln sich, charakteristisch ist aber auch, daß sich in der Regel bis heute lediglich einzelne Handlungsschwerpunkte verschoben haben. Weiter geht nach Ansicht des Vertreters des Arbeitsministeriums NRW das Leitbild der internationalen Bauausstellung IBA-Emscherpark, und entsprechende regional orientierte Programme hätten gezeigt, daß sich mittels ihrer zentralen Strategien „fachliche Integration“ und „methodische Flexibilität“ Verfahren deutlich beschleunigen und Planungsprodukte maßgeblich verbessern ließen. Generell müsse für jeden Prozeß zur Entscheidungsfindung berücksichtigt werden, daß sich nicht nur die inhaltlichen Rahmenvorgaben der Regionalplanung verändert hätten: Die finanziellen Handlungsspielräume der öffentlichen Hände seien eng begrenzt, die Entwicklungspfade der Stadtentwicklung würden in erster Linie durch private Investoren bestimmt. Damit gewännen Strategien des Public-Private-Partnership (PPP) an Bedeutung.

Die für eine nachhaltige Entwicklung zwingend erforderliche Langfristorientierung stehe angesichts der weltweit postulierten ökonomischen Flexibilität unter Druck. So werde auch der Erfolg regionaler Steuerungsmodelle zunehmend an konkret meßbaren, zumeist wirtschaftlichen Indikatoren gemessen. Wesentliche Produkte der Re-

gionalplanung wie Kommunikationsfähigkeit oder Wohlergehen der Bürger ließen sich aber nur bedingt quantitativ nachweisen. Die Erfahrung zeige, daß sich auch im Ruhrgebiet immer größere zusammenhängende Gebiete in einer Wechselwirkung zwischen wirtschaftlichen Defiziten und sozialen Problemen zu einer Abwärtsspirale aggregierten. Als wesentlichster Handlungsansatz gelte diesbezüglich in NRW das Synchronisieren der unterschiedlichen staatlichen Politik- und Subventionsbereiche.

Trotz vielfältiger und überwiegend auch erfolgreicher Maßnahmen weist das Ruhrgebiet bis heute einige Defizite auf, die nach Einschätzung des Vertreters aus dem Wirtschaftsministerium NRW ursächlich für eine trotz vieler Erfolge nach wie vor unbefriedigende Lage sind und somit zu den größten Herausforderungen gehören: So sei z.B. die Zahl der Handwerksbetriebe besonders gering, in diesem beschäftigungsintensiven Sektor seien die Potentiale nicht ausgeschöpft. Auch in der beruflichen Ausbildung sei die Situation schwierig, u.a. mangle es an Ausbildungsplätzen. Aus diesem Grund habe die Landesregierung seit 1996 besondere Schwerpunktprogramme und Initiativen unter dem Dach des „Ausbildungskonsens NRW“ ins Leben gerufen. Besonderer Wert werde dabei auch auf die Ausbildung in neuen Berufsbildern gelegt, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Informations- und Kommunikationstechnik. Ungleich schwieriger erscheine die Situation der Langzeitarbeitslosen bzw. allgemein derjenigen Beschäftigten, die bislang vergleichsweise einfache Tätigkeiten ausüben oder ausgeübt haben. Auch hier könnten letztlich nur Qualifizierungsmaßnahmen helfen, eine weitere Subventionierung stelle keine Lösung dar, statt dessen seien Kombilohn-Experimente ein denkbarer Ansatz.

Aus wissenschaftlicher Sicht sieht der Vertreter des RWI neue Perspektiven für das Ruhrgebiet im wesentlichen entlang der generellen Entwicklungslinien für qualifizierte Tätigkeiten in Zusammenhang mit neuen Technologien. Das zeigten nach seiner Ansicht die sich herauskristallisierenden Schwerpunkte Softwareindustrie in Dortmund, Telekommunikation in Essen und Logistik in Duisburg. Dazu trügen entscheidend die politischen Vorgaben bei, die von einer Rekultivierung der Montanflächen über den systematischen Aufbau der dichtesten Universitätslandschaft Europas bis zur Verbesserung der Umweltbedingungen reichten.

Nach Ansicht des Referenten von der Universität Jena bleibt nur der Weg, in Richtung Hochqualifizierung weiterzugehen. Arbeitsplatzabbau werde ohnehin in der Regel primär über Migration und nicht über Strukturwandel gelöst. Diese Erfahrung sei nicht auf amerikanische Verhältnisse beschränkt, auch die von der Strukturkrise betroffenen neuen Bundesländer zeigten dies mit einem Bevölkerungsverlust von über 10%. Wichtig für das Ruhrgebiet seien unter dem Blickwinkel Forschung und Entwicklung folgende Eckpunkte: Branchen mit know-how-intensivem Charakter und hochqualifizierten Arbeitskräften seien im Ruhrgebiet nach wie vor unterdurchschnittlich repräsentiert, ebenso wie Forschungsstrukturen mit Anbindung an inter-

nationale Netzwerke. So betrage deren Anteil im Bereich Spitzentechnologie nur ca. 3,5%, im deutschlandweiten Durchschnitt aber ca. 13%. Parallel zu den wirtschaftlichen Entwicklungen sei auch ein Lernprozeß in der Politik zu beobachten, der vom Schwerpunkt Innovationsförderung in den 80er Jahren zur Regionalen Wirtschaftsförderung in den 90er Jahren geführt habe. Für die Zukunft sei hier seines Erachtens eine konsequente Weiterentwicklung in Richtung auf endogene Faktoren wichtig, denn exogene Faktoren wie Förderung und Investitionsbereitschaft ließen zwangsläufig angesichts neu entstehender Angebote (z.B. in mittel- und osteuropäischen Staaten) nach. Es sei daher der richtige Weg, Netzwerke und lokale Stärken zu fördern, wobei man natürlich neue Technologien stets im Auge behalten müsse.

Für die Region Pittsburgh kann nach Ansicht einiger Vertreter der University of Pittsburgh festgestellt werden, daß trotz vieler immer noch nicht verheilten Narben die Krise grundsätzlich überstanden sei. Seit 1986 gehe es langsam, aber stetig aufwärts. Der beste Beweis für die Überwindung der Strukturkrise sei das Ende der großen Abwanderung aus der Region. Für ein vorläufiges Ende der Krise bzw. eine substantielle Erholung spreche auch die makroökonomische Entwicklung. Andere Stellungnahmen hingegen lassen die Situation in einem skeptischeren Licht erscheinen: So weist die Vertreterin der Graduate School of Public and International Affairs der University of Pittsburgh darauf hin, daß sich das Beschäftigungswachstum in den letzten Jahren auf die Hälfte des US-Durchschnitts verlangsamt habe, und auch die Expansion in den Dienstleistungssektoren habe letztlich trotz einer grundsätzlich positiven Entwicklung nicht mit nationalen Trends Schritt halten können. Der Prozeß der Restrukturierung sei eben erheblich komplexer, als dies makroökonomische Eckwerte des Wechsels von der Produktions- zur Dienstleistungsökonomie suggerierten. So beinhalte der Verlust der Produktionsbasis Stahl den Verlust eines hundert Jahre gewachsenen ökonomischen und gesellschaftlichen Netzwerks und eines wichtigen Teils seiner Institutionen mit allen Konsequenzen für die soziale, wirtschaftliche und räumliche Organisation der Region. Der Strukturwandel in Pittsburgh habe gerade in den letzten Jahren an Fahrt verloren, und so rangiere Berichten zufolge Pittsburgh Ende der 90er Jahre unter den 25 größten Metropolen der USA mit Abstand auf dem letzten Platz bei der Entstehung neuer Arbeitsplätze. In diesem Zusammenhang werden vor allem unter dem Aspekt des lebenslangen Lernens große Herausforderungen für die Ausbildung von Arbeitskräften auf allen Niveaus gesehen.

Der Einfluß von Umweltaspekten auf die wirtschaftliche bzw. soziale (Re-)vitalisierung der Region werde auf zwei Wegen deutlich: Erstens durch Faktoren, die unmittelbar auf den Umweltzustand der sog. „brownfields“, also belastete Industriebrachen, zurückzuführen seien. Zweitens spielten indirekte Faktoren eine Rolle, z.B. die zunehmende Nutzung sog. „greenfields“, also bislang naturnaher Räume im Rahmen der zunehmenden Suburbanisierung. So sank in Pittsburgh die Bevölkerungszahl um

9%, während der Flächenverbrauch gleichzeitig um 33% stieg. Infolge einer an Emissionen orientierten, ordnungspolitischen Umweltgesetzgebung würde die Entwicklung unbelasteter Flächen gegenüber belasteten Flächen bevorzugt. Der Besitz belasteter Flächen sei kostenintensiv und risikobehaftet, und das mache es naheliegend, vorrangig unbelastete Flächen zu entwickeln. Auch spiele die Energiepolitik der USA eine entscheidende Rolle: Vor allem der politische Rahmen für niedrige Benzinpreise, von Steuervergünstigungen für die Exploration neuer Vorkommen bis zu massiven Rüstungsausgaben zum Schutz der Einflußsphäre, verschleierte die wahren Kosten. Auch werde die Exploration in sensiblen Naturschutzgebieten erlaubt, und die Kosten für Umweltschäden durch Verkehr würden den Verursachern nicht angelastet. Staatliche Förderprogramme seien zudem auf das Bauen auf der grünen Wiese ausgerichtet, Umbau und Renovierung von Altbauten hingegen würden nicht bedacht. Sei jemand trotzdem willens, sich im Bestand zu engagieren, müsse er damit rechnen, möglicherweise aufgrund des als höher eingeschätzten Risikos schlechtere Kreditbedingungen zu erhalten. Es gebe zweifellos eine Vielzahl isolierter, überwiegend kommunaler Anstrengungen, sich in der Revitalisierung von Industriebrachen zu engagieren. Angesichts der Rahmenbedingungen seien diese Bemühungen aber nicht geeignet, den Trend zur Suburbanisierung aufzuhalten.

Im dritten und letzten Teil des Berichts werden schließlich Ziele und Perspektiven für eine nachhaltige Regionalpolitik zusammengefaßt und kommentiert. Vor allem gilt es, Verfahrensregeln und Kommunikation zu optimieren und zu lernen, mit der verwirrenden Vielfalt und Komplexität von Information besser als bisher umzugehen. Der Erfolg des Luxemburger Modells sollte Anlaß sein, sich die Frage zu stellen, inwieweit die dortigen Rahmenbedingungen, also größtmögliche regionale Souveränität, Überschaubarkeit und Dialogdruck, grundlegende Voraussetzungen für einen erfolgreichen Strukturwandel auch im Ruhrgebiet sein können und welche Anforderungen sich daraus ggf. für deutsche Verhältnisse ableiten lassen. Der sog. tertiäre Sektor entpuppt sich zumindest teilweise als Chimäre, und er verstellt den Blick auf den „Produktionsfaktor Information“, der vor allem bei komplexeren wirtschaftlichen Tätigkeiten ungleich wichtiger wird. Vor allem die neue Dimension des globalen Wettbewerbs bzw. der Einfluß der technisch revolutionierten und globalisierten Möglichkeiten der Finanzmärkte auf regionale Strukturen müssen besser als bisher berücksichtigt werden. Alle neuen Technologien haben hier eines gemeinsam: Die Produktion bleibt bestehen, aber der wirtschaftliche wie soziale Erfolg hängt zunehmend von persönlichen Fähigkeiten bzw. von Wissenskomponenten ab.

Es wird daher in Zukunft unerläßlich sein, selbst Dinge zu hinterfragen, von denen man immer gewußt hat, daß sie wahr sind und sich in Dialoge mit möglichst verschiedenen Denkansätzen einzulassen. Die Grenzen sektoraler Politikansätze müssen ebenso überschritten werden wie die Optimierung einzelner Sektoren etwa

durch einzelfallorientierte Förderprogramme. Dazu ist es von besonderer Bedeutung, integrative Elemente einer nachhaltigen Entwicklung in der staatlichen Förderpolitik zu etablieren.

Regionen und KMU ihrerseits tun angesichts begrenzter Ressourcen gut daran, altes Konkurrenzdenken über Bord zu werfen und sich gemeinsam um die Sichtung und Strukturierung ihrer Förderkompetenz zu bemühen, denn leider nutzen die durchaus berechtigten Abqualifizierungen der Globalisierung als „Zockerwirtschaft“ den betroffenen Menschen oder Regionen wenig: Geschichte wiederholt sich aufgrund allzumenschlicher Eigenschaften, und so regiert bei der Eroberung von Neuland – sei es technologischer oder regionaler Natur – allzuleicht in Wild-West-Manier das Recht des Stärkeren, dem sich die Schwächeren nur durch Zusammenschluß entgegenstellen können.

1. Konturen des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels am Beispiel verschiedener Regionen

1.1 Das Ruhrgebiet

Seit dem Wiederaufbau der Ruhrgebietsindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg hat es keine Ruhepause für das „Revier“ gegeben. Die Wiederherstellung der Schwerindustrie, von der Kohleförderung bis zur metallverarbeitenden Industrie war noch nicht abgeschlossen, da folgte schon Ende der 50er Jahre die Schließung der ersten Zechen, wurden die ersten Feierschichten gefahren. Die 60er Jahre waren dennoch von unbeirrbarem Wachstumsglauben geprägt, für den u.a. die dauerhafte Anwerbung von Gastarbeitern kennzeichnend war. Die Tragweite der bereits durchschlagenden Strukturkrise, i.w. verursacht durch tiefgreifenden technologischen Wandel und gekennzeichnet durch die fortschreitende Verlagerung der Wertschöpfung in den tertiären Sektor, wurde von politischen und wirtschaftlichen Entscheidern lange ignoriert, ebenso wie von großen Teilen der Gesellschaft. Zwar gewannen Dienstleistung und Wissenschaft weltweit stetig an Bedeutung, und mit ihnen hochtechnologisierte Industriezweige, z.B. im Bereich der organischen Chemie oder der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK-Technik), die Entscheider in Politik und Industrie haben nach allgemeiner Einschätzung der Referenten aber nur zögerlich auf die Entwicklungen reagiert. So begann die Landesregierung erst 1968, fast ein Jahrzehnt nach Beginn der Kohlekrise¹, mit einem umfassenden Programm zur Unterstützung des Strukturwandels.

¹ Laut RWI Essen datiert der Beginn der Kohlekrise auf etwa 1960, die Stahlkrise folgte 1972.

Zudem blieb das Ruhrgebiet, unbeeindruckt von der Strukturkrise im Bergbau und in der Stahlindustrie, bis Anfang der 70er Jahre für den Zustrom großer Mengen an Gastarbeitern geöffnet. Diese, letztlich auf bundespolitische Vorgaben zurückzuführende Entwicklung erscheint angesichts der schon damals massiven Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität pro Kopf und dem daraus resultierenden Druck auf den Arbeitsmarkt aus heutiger Sicht nur schwer nachvollziehbar. Am härtesten traf es die Kohleförderung: Zum einen verschlechterten sich die Förderbedingungen, da die oberflächennahe Kohle im Süden des heutigen Ruhrgebiets erschöpft war und die kohleführenden Schichten nach Norden in die Tiefe abtauchten. Immer neue Förderanlagen mußten errichtet und immer größere Tiefen erreicht werden, eine hochgradig kostenintensive Entwicklung. Zum anderen drängte preiswertere ausländische Kohle ebenso auf den Markt wie andere Energieträger, vom Erdöl bis zur Kernkraft.

Dementsprechend ungünstig verlief auch die Arbeitsmarktentwicklung in den klassischen, eng miteinander verknüpften Sektoren Montan- und Stahlindustrie: Zum einen wurden wie geschildert die Wettbewerbsbedingungen im Zuge der Globalisierung schärfer. Dabei litt der Arbeitsmarkt im Steinkohlebergbau bis heute am massivsten unter der sinkenden Nachfrage. Zum anderen begann die Rationalisierung weit über den Montanbereich hinaus Arbeitsplätze zu fressen.

In den 80er Jahren war dann die strukturelle Krise auch in den vor- und nachgelagerten Branchen nicht mehr aufzuhalten. Sie konnte trotz erheblicher Anstrengungen bis heute nicht bewältigt werden. Der Druck hält bis heute an, und nach wie vor wird versucht, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen durch Subventionierungen gewaltigen Ausmaßes aufzufangen. Einige Zahlen mögen dies belegen und die Dimensionen des Strukturwandels und seiner Folgen verdeutlichen: So berichtet die Oberbürgermeisterin von Duisburg, daß die Zahl der Arbeitsplätze in der metallverarbeitenden und der Metallindustrie in Duisburg in 20 Jahren von 67.000 auf 23.000 gesunken sei, das entspreche einem knappen Drittel aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Im Bergbau sei die Entwicklung noch dramatischer verlaufen: Von ca. 30.000 seien heute lediglich noch 4.000 hochsubventionierte Arbeitsplätze übriggeblieben.

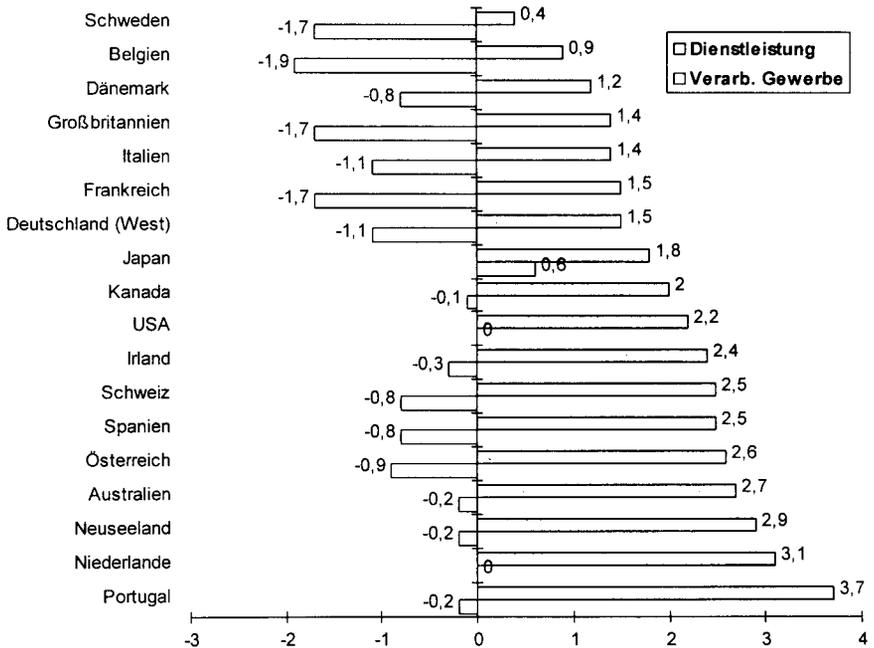
Insgesamt ist nach Auskunft des Vertreters des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) die Zahl der Beschäftigten von 1960 bis heute um gut 200.000 von 2,3 auf 2,1 Mio. gesunken. Auch bedingt durch eine höhere Nachfrage nach Arbeit pendelt so die Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet um 14% und liegt damit um rund ein Drittel über dem Bundesdurchschnitt. Angesichts der Massivität des Strukturwandels dürfte diese Tatsache kaum erstaunen: So hat sich die Zahl der Beschäftigten im Steinkohlebergbau

binnen 40 Jahren von 450.000 auf unter 60.000 mit weiter fallender Tendenz verringert, in der Stahlindustrie ist die Zahl der Beschäftigten von 230.000 auf etwa 70.000 gefallen. Dafür stieg der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor lediglich von 46% auf 62% an.² Der Vertreter des IHK-Bezirks Essen³ betont in diesem Zusammenhang, daß es im internationalen Vergleich einen Hebel zwischen Industrie- und Dienstleistungsbeschäftigung gebe. So mußten zwischen 1980 und 1996 jene OECD-Staaten, die einen besonders starken Rückgang der Industriebeschäftigten verzeichneten, meist auch mit unterdurchschnittlichen Zuwächsen bei den Dienstleistungen vorlieb nehmen.

In den Niederlanden z.B. verringerte sich die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe nicht, die Stellen im tertiären Sektor hingegen nahmen um jährlich 3,1% zu. Belgien und Schweden als Schlußlichter im OECD-Vergleich hatten bei einem Stellenabbau von -1,9% bzw. -1,7% im verarbeitenden Gewerbe lediglich 0,9% bzw. 0,4% Wachstum bei den Dienstleistungen zu verzeichnen. Deutschland im unteren Mittelfeld kommt bei -1,1% Stellenabbau im verarbeitenden Gewerbe auf ein mageres Wachstum von 1,5% im wesentlich kleineren Dienstleistungssektor – absolut gesehen ein massiver Verlust an Arbeitsplätzen bei gleichzeitig steigendem Angebot an Arbeitskraft. Eine Gesamtübersicht gibt Abb. 1:

² Zum Vergleich: In den USA sind heute rund 80% der Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig.

³ der neben Essen auch die Großstädte Mülheim a.d.Ruhr und Oberhausen umfaßt.



Quelle: Nienhaber R. (1999) Tertiärisierung der Wirtschaft, zitiert nach Institut der Deutschen Wirtschaft, Ursprungsdaten nach OECD und Eurostat.

Abb. 1: Industrie und Dienstleistung - Der Beschäftigungszusammenhang 1980 bis 1996 (in Prozent)

Als weitere Probleme treten nach Ansicht mehrerer Referenten vor allem folgende aktuelle Aspekte hinzu:

- Durch die verstärkte Fokussierung auf die neue Hauptstadt Berlin liege das Ruhrgebiet mehr als früher am Rande von Investitionsüberlegungen.
- Durch die Wiedervereinigung habe sich zwangsläufig eine Schere geöffnet. Zum einen gebe es ein vermehrtes Angebot von Investitionsoptionen in den neuen Bundesländern, zum anderen müßten aber auch die vorhandenen Strukturfördermittel vor allem des Bundes, aber auch Risikokapital aus der Privatwirtschaft auf sehr viel mehr Schultern als früher verteilt werden.

- Durch die geplante Osterweiterung der EU drohten weite Teile des Ruhrgebiets auch aus der EU-Förderkulisse herauszufallen, da auch hier vorhandene Mittel breiter verteilt werden müßten bzw. die Konkurrenz wachse.

Diese aktuellen Entwicklungen verschärfen aber letztlich nur eine Problematik, deren Wurzeln historisch-struktureller Natur sind und die von Raumordnungsaufgaben ebenso geprägt ist wie vom gesamtwirtschaftlichen Wandel zur Tertiärisierung mit all seinen Verwerfungen, vor allem für das Angebot an Arbeitsplätzen. Die insgesamt überdurchschnittlich schlechte Beschäftigungslage im Ruhrgebiet präsentiert sich dabei in einer abwärtsgerichteten Spirale als Ursache und Folge zugleich. Das Abrutschen ganzer Stadtteile in Armut und die damit verbundenen sozialen Verwerfungen schaffen eine ungleich schwierigere Ausgangslage für die erforderlichen Neuinvestitionen. Die Standortbedingungen einschließlich der Humanressourcen verschlechtern sich dramatisch, wurde erst einmal der Anschluß verloren.

Strukturen und Institutionen zur Bewältigung des Strukturwandels

Der Abwärtsspirale aus der „Verslumung“ von Stadtteilen und sich verschlechternden Ausgangsbedingungen für Neuinvestitionen versucht die Landesregierung mit ressortübergreifenden Handlungsprogrammen für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ z.B. in Duisburg-Marxloh entgegenzuwirken. Angesichts der Vielzahl betroffener Viertel einerseits und begrenzter Mittel andererseits werden jedoch die Aussichten auf substantielle Fortschritte in der Breite eher gering eingeschätzt; die Programme dienen in der Regel eher der Abwehr einer weiteren Verschlechterung der Situation in den betroffenen Gebieten.

Dennoch bietet das Ruhrgebiet heute auch eine ganze Reihe von (im folgenden dargestellten) Beispielen für eine erfolgreiche Revitalisierung betroffener Gebiete - und damit wird auch die Chance offensichtlich, die in der Krise liegt: Wer den Anschluß verloren hat, ist in der Lage, ausgetretene Pfade zu verlassen und sich neu zu orientieren. Diese Ausgangslage kann in einer grundlegend veränderten Ausgangssituation, von Vorteil sein – sie muß es allerdings nicht. Seit 1968 sind viele Milliarden DM von Land und Bund in das Ruhrgebiet gepumpt worden, um negative Folgen des Strukturwandels zu mildern und Voraussetzungen für eine positive Entwicklung zu schaffen. Die Gelder sind vor allem in zwei Bereiche geflossen:

- In den Ausbau und die Modernisierung von Infrastrukturen. Heute verfügt das Ruhrgebiet neben modernen Straßen, Autobahnen und einem dichten Eisenbahnnetz über Europas größten und wohl modernsten Binnenhafen, über zwei internationale Flughäfen, 14 Hochschulen und Fachhochschulen mit rund

160.000 Studenten, 20 Technologiezentren und 13 Forschungs- und Entwicklungszentren sowie nicht zuletzt über eine gut organisierte Ver- und Entsorgung. Auch zahlreiche An-Institute und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen von internationalem Rang sind vorhanden, z.B. Institute der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft sowie eine Vielzahl weiterer Einrichtungen im Rahmen von Public-Private-Partnership-Konzepten (sog. PPP).

In die zur Milderung sozialer Brüche als notwendig erachteten Subventionierungen, die vor allem auf dem freien Markt seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr konkurrenzfähige Sparten (wie die regionale Untertagegewinnung von Steinkohle sowie große Teile der herkömmlichen Stahlerzeugung) betreffen. Sanierungsansätze ohne entsprechende Subventionen wie z.B. in Pittsburgh, *wo man in Kauf genommen habe, daß große Bevölkerungsteile abwanderten*, sind nach Ansicht des Vertreters des Wirtschaftsministeriums in Deutschland allein aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte undenkbar.

Ein Standortnachteil im Strukturwandel ist zweifellos die historisch gewachsene, komplizierte Verwaltungsgliederung der Region Ruhrgebiet. So greifen beispielsweise allein drei der fünf nordrhein-westfälischen Regierungsbezirke in das Ruhrgebiet ein, ohne daß eines der jeweiligen Verwaltungszentren Arnsberg, Münster und Düsseldorf im Ruhrgebiet selbst liegt. Über die Landesebene und die Regierungsbezirke hinaus sind der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) ebenso wie elf kreisfreie Großstädte und vier Kreise mit insgesamt 42 Kommunen gefordert, ihre Entscheidungen in Kenntnis der jeweils externen Entwicklungen zu treffen und zu koordinieren. In diesem Zusammenhang weist die Vizepräsidentin des Landtages NRW darauf hin, daß aus Sicht der Partei, der sie angehöre, dringend ein eigener Regierungsbezirk für das Ruhrgebiet eingerichtet werden sollte, um z.B. die regionale Verkehrsplanung und eine integrierte Flächenpolitik optimieren zu können. Auch der Vertreter des KVR mahnt in allgemeinerer Form den Bedarf nach höherer Handlungsautonomie und besserer Strukturierung für das Ruhrgebiet an, zumal man sich ohnehin mitten in einer landesweiten Verwaltungsreform befinde.

Die Technologie- und Gründerzentren (TGZ) spielen nach Einschätzung des Vorstandsvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Technologie- und Gründerzentren eine besondere Rolle bei der Bewältigung des Strukturwandels, da sie sich in besonderem Maße der Förderung und Pflege von Unternehmensneugründungen im Bereich zukunftsfähiger Schlüsseltechnologien annähmen. Hier entstünden überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze - nach fünf Jahren im statistischen Durchschnitt der Unternehmensneugründungen neun Mitarbeiter in innovativen Unternehmen versus fünf Mitarbeiter in traditionellen Unternehmen - und die Rate der Konkurse in den ersten drei Jahren betrage nur 5% im Vergleich zu über 50% bei Unternehmen

außerhalb von TGZ. Während Technologiezentren sich vorrangig der Entwicklung und Pflege einer Standortgemeinschaft von technologieorientierten Unternehmen mit entsprechenden Gemeinschaftseinrichtungen und FuE-orientierten Dienstleistungsangeboten widmeten, liege der Schwerpunkt bei den Gründerzentren eher auf Gründungsberatung sowie günstigen Startkonditionen für Neugründungen. Hier sei der Aufenthalt in der Regel befristet, d.h. ein lauffähiges Unternehmen müsse in der Regel nach einigen Jahren den Standort wechseln.

Hilfestellungen der vorgenannten Art beschränken sich allerdings nicht auf Neugründungen, denn in der Mehrzahl gilt es natürlich, bestehende Unternehmen zukunftsfähig zu machen. Zu diesem Zweck hat das Land NRW u.a. ein Zentrum für Innovation und Technik (ZENIT) gegründet, um mit den Worten des Geschäftsführers kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Land als eine Art „Stabstelle Technik“ den Zugang zu modernen Strukturen und zu innovativer Technik zu erleichtern. Die Einrichtung, die zu je einem Drittel vom Land, von einem Trägerverein aus Unternehmen verschiedenster Branchen und von einem Bankenconsortium aus Westdeutscher Landesbank, Westdeutscher Genossenschafts-Zentralbank und der privaten Bankenvereinigung getragen wird, wurde Mitte der 80er Jahre durch das Engagement einiger Unternehmer ins Leben gerufen.

Neben intensiver Beratungs- und Moderationstätigkeit unterstützt bzw. verwaltet ZENIT einige NRW-Förderprogramme wie z.B. das Technologieprogramm Wirtschaft (TPW)⁴, den sog. Innovationsbezogenen Personaltransfer (IPT)⁵ oder das Programm zur finanziellen Absicherung von Unternehmensneugründungen aus der Hochschule (PFAU)⁶, mit dem der Einsatz von Hochschulabgängern auch in KMU erhöht werden soll. Anfang der 90er Jahre beschleunigte sich die Geschwindigkeit, mit der sich technische Veränderungen vollzogen, erheblich. Während ZENIT in den ersten Jahren des Bestehens einen Schwerpunkt auf die frühzeitige Identifizierung und Umsetzung einzelner vielversprechender Technologien für KMU setzen konnte, verkürzten sich die dafür zur Verfügung stehenden Zeiträume im Lauf der letzten Jahre deutlich. Das führte u.a. dazu, daß übergreifende Themenstellungen wie „Neue Materialien“ oder „Biotechnologie“ in den Vordergrund rückten.

⁴ Um angesichts kürzer werdender Entwicklungszeiten und Produktionszyklen sowie höherer Aufwendungen im F&E-Bereich die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, werden angewandte Forschung, die Einführung neuer und der Einsatz vorhandener Technologien in neuen Anwendungsfeldern finanziell unterstützt.

⁵ Hier wird die Einstellung qualifizierter Nachwuchskräfte in KMU anteilig durch Personalkostenzuschüsse und Betreuung gefördert.

⁶ Auf der Basis eines Auswahlverfahrens wird das Engagement potentieller Firmengründer durch eine maximal zwei Jahre lang gezahlte finanzielle Grundsicherung abgesichert.

Hinzu trat und tritt in steigendem Maße die europäische Komponente, der ZENIT beispielsweise durch die Wahrnehmung der Aufgaben des Euro Info Centre (EIC)⁷ und des IRC-Netzwerks⁸ gerecht wird. Weitere Arbeitsschwerpunkte lagen oder liegen in Beratungen rund um die Einführung des EURO, deren strategische Auswirkungen nach Einschätzung des Vertreters von ZENIT vielfach gar nicht gesehen oder unterschätzt werden, sowie in der Marktforschung, die überwiegend im Sinne einer angebotsorientierten Politik gefördert wird (vgl. hierzu Kap. 2.1). Insgesamt gehe aber der Handlungsbedarf hinsichtlich Globalisierung weit über Europa hinaus und so unterstütze ZENIT die KMU auch bei der Öffnung neuer Märkte weltweit. U.a. zahle die Organisation einen Lohnkostenzuschuß in Höhe von 25.000 DM jährlich für einen neu eingestellten Mitarbeiter, der den KMU helfen solle, technologische Innovationspotentiale besser zu erschließen und das Dickicht von Institutionen bzw. Förderanträgen besser durchschauen zu können.

Ein besonders wichtiger Aspekt des Strukturwandels sei schließlich erheblicher Veränderungsbedarf in Hinsicht auf hierarchisch bzw. autoritär organisierte Unternehmensstrukturen, die die Nutzung vorhandener Potentiale bei allen Mitarbeitern nachweislich behinderten. Hier berate ZENIT zu neuen Möglichkeiten hierarchieärmer bzw. -freier Organisationsformen und sei diesen Weg auch selbst gegangen: Mit Ausnahme der gesetzlich notwendigen Geschäftsführung seien alle Mitarbeiter gleichberechtigt, Aufgaben würden kundengerecht strukturiert und in Form zeitlich begrenzter Projekte abgearbeitet.

Umweltaspekte

Das Ruhrgebiet ist aufgrund seiner langen bergbaulichen und schwerindustriellen Tradition zwangsläufig von einer besonderen Intensität an Umweltbelastungen betroffen. Zwar ist der Himmel über der Ruhr seit den 80er Jahren wieder blau, dennoch werden in einzelnen Belastungen fast aller Umweltmedien immer noch bundesweit Spitzenwerte erzielt. Viele Gewässer sind nach wie vor überdurchschnittlich belastet, und große Teile der Abwasserentsorgung mußten aufgrund möglicher Bergschäden oberirdisch gebaut werden. Insgesamt gehen die Bergschäden durch absackendes Terrain aufgrund des intensiven, teils illegalen, teils schlecht gesicherten Untertagebaues in die Milliarden. In vielen Gebieten muß permanent

⁷ Im Auftrag der Europäischen Kommission und unterstützt vom Land NRW informiert das EIC seit 1987 KMU über europäische Förderprogramme, Investitionsmöglichkeiten in anderen EU-Staaten, europaweite öffentliche Ausschreibungen und neue Richtlinien bzw. Gesetze.

⁸ Das IRC-Netzwerk ist eine Initiative der DG XIII der Europäischen Kommission unter dem 4. EU-Forschungsrahmenprogramm. Hauptziel ist die Förderung der betrieblichen Innovation durch Technologietransfer (inward/outward) und allg. Beratungsleistungen wie z.B. die Unterstützung bei der Konzeption und Formulierung von Vorschlägen für EU-Vorhaben.

Grundwasser abgepumpt, müssen lange aufgegebene Untertagebaue mit erheblichem Kostenaufwand instand gehalten werden, da ansonsten massivste Schäden an Infrastrukturen bis hin zur dauerhaften Versumpfung ganzer Stadtflächen drohen.

Schließlich sind insbesondere die Böden des Ruhrgebietes gebietsweise noch hoch belastet. Die typischen Noxen reichen hier von Schwermetallen bis zu organischen Substanzen, z.B. polyzyklischen Kohlenwasserstoffen. Dementsprechend sind auch Probleme an der Schnittstelle Umwelt und Gesundheit immer wieder tagesaktuell: Die Meldungen reichen von dioxinverseuchten Schlacken auf Sportplätzen bis zur Gefährdung durch schwermetallbelastete Nahrung und Stäube, die sich statistisch u.a. in Darm- und Knochenkrankungen niederschlagen. Die Intensität der Umweltbelastungen, aber auch die permanenten Aktivitäten zur Sanierung können beispielhaft an den Kapazitäten der stationären Bodenbehandlungsanlagen in NRW verdeutlicht werden: Sie betragen im November 1999 insgesamt 529.000 Tonnen pro Jahr, weitere Kapazitäten von 244.000 t/a sind im Bau.⁹ Auf diese Weise hat sich aus der dringlichen Notwendigkeit zur Sanierung ein blühender Industriezweig ergeben, und mit dem zwangsläufig erworbenen Know-How gehört die Branche mittlerweile zu den Marktführern nicht nur in Europa. Neben solchen nachsorgenden Aufbereitungsmaßnahmen und weitergehenden, produktionsintegrierten Umweltschutzmaßnahmen wie z.B. Filteranlagen ist in NRW aber auch ein breites Spektrum an vorsorgenden, integrierten Ansätzen vorhanden. So soll z.B. die Nachfrage nach preiswertem Wohnraum mit Qualitätszielen des nachhaltigen, d.h. gleichermaßen energie- und flächensparenden Bauens verknüpft werden. Aus diesem Grunde wurden vor allem im Bereich der staatlichen Förderung Rahmenbedingungen geschaffen, die diesen Ansprüchen entgegenkommen. U.a. wird seit 1998 die Förderung des Miet- und Genossenschaftswohnbaus auf Standorte konzentriert, die im Einzugsbereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), insbesondere einer Schienenstrecke liegen.

Weitere Beiträge sind nach Darstellung der Vizepräsidentin des Landtages in der Begrenzung der Eigenheimförderung auf Grundstücksgrößen unter 400 m² und in den Revitalisierungsprogrammen für Brachflächen bzw. Altlastenflächen zu sehen. Noch seien im Ruhrgebiet rund 6000 Hektar Industriebrachen ungenutzt. Als ein Instrument wurde 1980 der Grundstücksfonds Ruhr gegründet (und vier Jahre später auf ganz NRW erweitert), für den die Landesentwicklungsgesellschaft LEG Brachflächen erwerbe und saniere, um dann die aufbereiteten Flächen zu verkaufen und einer neuen, strukturell sinnvollen Nutzung zuzuführen. Damit werde nebenbei auch der Industriezweig „Umwelttechnik“ unterstützt, indem Sanierungstechnik weiterentwickelt werden könnte.

⁹ Quelle: Landesumweltamt NRW, <http://www.lua.nrw.de/bodanl.html>

Der Grundsatz „Brache vor Freiraum“, d.h. Verdichtung statt Zersiedelung ist auch über die Ausweisung von Gewerbeflächen hinaus erklärtes Ziel des Landes NRW. So weist die Vizepräsidentin des Landtages darauf hin, daß z.B. das Recycling von Flächen trotz wirtschaftlicher und bundespolitischer Restriktionen ernst genommen werde. Man folge hier den Forderungen der Enquete-Kommission des Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“, die u.a. feststelle „langfristig soll die Versiegelung eingefroren werden, d.h. daß sich Neuversiegelung und Entsiegelung die Waage halten“. Diese Forderung sei nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus sozialen Aspekten von besonderer Bedeutung, denn im Zuge eines zunehmend spekulativen Bodenmarktes verlören Länder und Kommunen wichtige Steuerungsmöglichkeiten, um z.B. an innerstädtischen Standorten Wohnraum für einkommensschwache Haushalte zu schaffen. NRW habe seine Förderpraxis für den sozialen Wohnungsbau auch deshalb an den Einzugsbereich des öffentlichen Personennahverkehrs gekoppelt, da hierdurch die besonders einkommensschwachen Haushalte, die gar kein Auto besitzen, die Möglichkeit zur Mobilität erhielten. Dies sei ganz im Sinne der Nachhaltigkeit.

1.2 Die Region Pittsburgh

Urbanes Wachstum war in den USA der 50er und 60er Jahre derart robust, daß sich die (wirtschafts-)wissenschaftliche Theorie entwickelte, es gebe einen engen Zusammenhang zwischen der Größe und der Wirtschaftskraft von Metropolen. Städte, wenn sie erst einmal eine gewisse Größe (z.B. eine Million Einwohner) erreicht hätten, würden der Theorie zufolge nicht mehr kleiner werden, da die wirtschaftlichen Vorteile der Größe bzw. der Konzentration dies verhinderten (sog. „ratchet effect“).¹⁰

Dennoch gab es in der wirtschaftlichen Realität der Vereinigten Staaten bereits in den 60er Jahren eine eindrucksvolle Ausnahme von der theoretischen Regel: Pittsburgh mit seinen weit über 2 Millionen Einwohner verlor bereits damals an Einwohnern und Wirtschaftskraft. In den 70er Jahren erfaßte die negative Bevölkerungsentwicklung auch viele andere Agglomerationen in den USA, so daß der Glaube an die Unausweichlichkeit städtischen Wachstums erschüttert wurde.

Viele, wenn auch nicht alle dieser Regionen begannen jedoch in den 80er Jahren wieder zu wachsen. Der Bevölkerungsverlust in Pittsburgh hingegen setzte sich beschleunigt fort. Während die Theorie des „ratchet effect“ aufgrund mangelnder Übereinstimmung mit der Realität zu den Akten gelegt wurde, bekam die Region Pittsburgh ihren Mangel an wirtschaftlicher Diversität in vollem Ausmaß zu spüren. Noch bis in die 70er Jahre hinein konnte sie als eine der klassischen Stahlregionen der

¹⁰ vgl. Thomson W.R. (1965) A Preface to Urban Economics. The Johns Hopkins Press, Baltimore.

USA angesehen werden, spätestens seit Ende der 70er Jahre mündeten aber auch hier die Umbrüche bzw. Einbrüche in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in eine massive Strukturkrise. In den 80er Jahren verließen fast durchgehend rund 50.000 Menschen jährlich die Region - ein Trend, der erst Anfang der 90er Jahre gebremst und in eine leicht positive Entwicklung umgekehrt werden konnte.

Um diese Entwicklung verstehen zu können, ist ein Blick auf die Veränderungen in der Struktur der industriellen Produktion und darüber hinaus in der regionalen Wertschöpfung hilfreich (Tab. 1 und 2). Aus den Zahlen wird ersichtlich, daß der dramatische Teil des Niedergangs der industriellen Produktion in den Zeitraum 1978 bis 1988 fällt. Im folgenden Jahrzehnt bis heute ist eine Stabilisierung erkennbar, die jedoch weiterhin hinter der Entwicklung im Rest der USA zurückbleibt.

Tab. 1: Arbeitsplatzentwicklung in der Region Pittsburgh im Vergleich zu den USA insgesamt (pro Tausend Arbeitsplätze)

Sektor	Region Pittsburgh*			USA insgesamt*		
	1978	1988	1998	1978	1988	1998
Produktion	272,7	151,1 (-44,6%)	130,5 (-13,6%)	20.967	19.886 (-5,2%)	18.867 (-5,1%)
Übrige	748,6	881,5 (+17,8%)	1.053,3 (+19,5%)	66.962	91.150 (+36,1%)	113.468 (+24,5%)
Gesamtzahl Nicht-öff. Sektor (exkl. Landwirtschaft)	1021,3	1.032,6 (+1,1%)	1.183,8 (+14,6%)	87.930	111.036 (+26,3%)	132.335 (+19,2%)

* (in Klammern: prozentuale Veränderung im vergangenen Jahrzehnt)

Tab. 2: Reale Wertschöpfung in Mrd. \$ in der Region Pittsburgh im Vergleich zu den USA insgesamt (Bezugsjahr der Inflationsbereinigung: 1992)

Sektor	Region Pittsburgh*			USA insgesamt*		
	1978	1988	1998	1978	1988	1998
Produktion	7,0	5,1 (-26,5%)	5,9 (+15,3%)	1353,9	1759,3 (+29,9%)	2209,7 (+25,6%)
Übrige	23,4	25,7 (+9,9%)	32,3 (+25,7%)	2437,8	3226,5 (+32,4%)	4146,3 (+28,5%)
Gesamtzahl Nicht-öff. Sektor (exkl. Landwirtschaft)	30,4	30,9 (+1,5%)	38,3 (+24,0%)	3791,7	4985,8 (+31,5%)	6356,0 (+27,5%)

* (in Klammern: prozentuale Veränderung im vergangenen Jahrzehnt)

Quelle für Tab. 1 und 2: Giarratini et al., Univ. of Pittsburgh, nach: The 1998 Pittsburgh REMI Model.

In Pittsburgh ebenso wie in den USA insgesamt gingen in den zwanzig Jahren von 1978 bis 1998 Arbeitsplätze in der Produktion verloren, während neue im tertiären Sektor hinzukamen. Allerdings war der Rückgang im Produktionssektor in Pittsburgh sehr viel ausgeprägter als im Durchschnitt der USA: Auf zwei Jahrzehnte bezogen minus 52,1% gegenüber lediglich minus 10,0% in den USA insgesamt. Gleichzeitig war der Gewinn an neuen Arbeitsplätzen sehr viel schwächer als im Rest der USA: 40,7% gegenüber 69,5% in den USA insgesamt. Die Verluste an Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen können weitgehend auf die Entwicklungen im Stahlsektor zurückgeführt werden: Von den über 142.000 Arbeitsplätzen, die in der Produktion im Zeitraum 1978 bis 1998 verloren gingen, waren lediglich 11.000 nicht im Metallsektor (d.h. überwiegend in der Stahlerzeugung und -verarbeitung). Weltweiter Wettbewerb und technischer Fortschritt in der Eisen- bzw. Stahlerzeugung führten dazu, daß von 45 erzbasierten Stahlschmelzen im Jahre 1974 bis 1991 nur 23 überlebten, die zudem ihre Kapazitäten erheblich reduzierten. Hinzu kamen starke Rationalisierungseffekte, z.B. infolge der Umstellung von großvolumigen, sog. integrierten Hüttenwerken auf kleinere Elektrostahlwerke, die auf die Verarbeitung von Sekundärrohstoffen, i.w. Schrott, spezialisiert waren.

Dieser technologische Wandel trug auch dazu bei, daß sich der Standort der Stahlerzeugung zunehmend verlagerte bzw. diversifizierte: Waren die integrierten Hüttenwerke noch eng an die Kohle- bzw. Koksproduktion in und um Pittsburgh gebunden, arbeiten die neueren Elektrostahlwerke (sog. Minimills) mit Lichtbogenöfen, die lediglich Elektrizität benötigen. Einer der wichtigsten Wettbewerbsvorteile der Region Pittsburgh, die Nähe zur Kohle und die gute Transportinfrastruktur, verlor

demzufolge an Bedeutung. Um weiter mithalten zu können, mußte man mit erheblichem Kostenaufwand die regionale Elektrizitätserzeugung ausbauen - eine Rechnung, die angesichts des allgemeinen Rückgangs der schwerindustriellen Produktion nicht aufging: Die gerade neu aufgebauten Kapazitäten waren nicht ausgelastet, und die Kosten für Elektrizität in der Region sind nach Aussagen der Wissenschaftler vom Dept. of Economics der University of Pittsburgh bis heute nicht wettbewerbsfähig im Vergleich zum Rest der USA. Insgesamt waren vor allem folgende Nachteile nach Ansicht der Wissenschaftler mitentscheidend für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Region:

- Die Region war und ist als traditioneller Stahlstandort fest an gewerkschaftliche Organisation und dementsprechend an Tarifverträge gebunden. Das ist in anderen Regionen bzw. Staaten der USA nicht der Fall, so daß dort zumindest zeitweise Wettbewerbsvorteile durch niedrigere Löhne realisiert werden konnten.
- Die neue Minimill-Technologie ist nicht mehr abhängig von traditionellen Standortvorteilen und kann dezentral organisiert werden. Die wesentlichen Rohstoffe Schrott und Elektrizität sind überall zu vergleichbaren Bedingungen verfügbar, und unter diesen Voraussetzungen ist es von Vorteil, neue Kapazitäten auch räumlich in Marktnähe aufzubauen.
- Die Großabnehmer der Autoindustrie rund um Detroit haben über mehrere Jahrzehnte Kapazitäten der integrierten Hüttenwerke in die Gegend der Großen Seen abgezogen.
- Die Region Pittsburgh bietet keine Wettbewerbsvorteile im Markt für Sekundärrohstoffe (Schrott etc.), die für die heutige Stahlproduktion zu einem mitentscheidenden Faktor geworden sind. Im Gegenteil, die am meisten gefragten Qualitäten an Schrottstahl sind auf den Märkten des Südens und des Mittleren Westens oft preiswerter.

Allerdings ist die Stahlindustrie nicht völlig aus Pittsburgh verschwunden. Immerhin werden nach wie vor fast 7 Mio. Tonnen Stahl erzeugt, das entspricht rund 6.2% der gesamten US-Kapazitäten (Zahlen von 1994). Davon sind rund 3.7 Mio. Tonnen aus integrierten Hüttenwerken, d.h. überwiegend aus Erz erzeugter Stahl. Rund 3 Mio. Tonnen Spezialstähle, d.h. legierte Erzeugnisse (z.B. Chrom-Stähle o.ä.) werden nach wie vor in der Region erzeugt, und in diesem Sektor ist Pittsburgh mit 38% der US-Kapazitäten sogar Marktführer.

Strukturen und Institutionen zur Bewältigung des Strukturwandels

Zum Verständnis bzw. zur proaktiven Mitgestaltung des Strukturwandels ist die Frage von Interesse, in welchen neuen Branchen und mit Hilfe welcher Strukturen bzw. Institutionen die maßgeblichen Potentiale für Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu finden sind. Dazu ist als erstes ein differenzierter Blick auf die Arbeitsmarktstatistik hilfreich (Tab. 3).

Die jährlichen Wachstumsraten im nichtproduzierenden Bereich für Pittsburgh und die USA, aufgegliedert in sechs Sektoren (Dienstleistungen, Finanzen, Groß- und Einzelhandel; zu Vergleichszwecken werden Bergbau und Landwirtschaft hinzugenommen), reflektieren deutlich die Erholung der Region Pittsburgh von den Einbrüchen der frühen 80er Jahre. Dennoch bleibt die Region insgesamt hinter der Entwicklung in den restlichen USA zurück, wenn man auf den gesamten Zeitraum von 20 Jahren (1978-1998) blickt. Die Zahlen für den Zeitraum 1988-1998 zeigen substantielle Fortschritte für einzelne Sektoren, i.w. Dienstleistung, Einzelhandel, Transport und öffentliche Einrichtungen, Bausektor, aber auch in der Produktion selbst. Vor allem Produktionsbereiche wie z.B. Industrieanlagenbau, Maschinenbau, elektronische Ausrüstung, Transportausrüstung und Instrumentenbau zeigen positive Entwicklungen, sowohl hinsichtlich der Wertschöpfung als auch der Arbeitsplätze.

Tab. 3: Jährliche prozentuale Wachstumsraten der Beschäftigtenzahlen in ausgewählten Sektoren für Pittsburgh und die USA insgesamt, 1978 - 1998.

Sektor	Pittsburgh			USA		
	1978 - 88	1988 - 98	1978 - 98	1978 - 88	1988 - 98	1978 - 98
Dienstleistungen	3.64	2.18	2.91	4.56	3.23	3.89
Finanzen*	0.73	3.38	2.05	2.58	0.95	1.76
Einzelhandel	0.93	1.02	0.98	2.50	1.81	2.15
Großhandel	0.51	0.36	0.44	1.75	1.00	1.38
Transport**	-0.94	1.86	0.45	1.40	1.80	1.60
Bauen	-0.22	1.26	0.52	2.49	1.61	2.05
Bergbau	-3.29	-3.36	-3.32	0.32	-3.16	-1.44
Landwirtschaft***	6.11	4.70	5.40	5.26	3.63	4.44

* einschließlich Versicherungen und Immobilien

** einschließlich öffentlicher Dienstleistungen (public utilities)

*** einschließlich Forstwirtschaft

Quelle: Giarratini et al., Univ. of Pittsburgh, nach: The 1998 Pittsburgh REMI Model.

Vorrangig haben nach Ansicht der Ökonomen von der University of Pittsburgh internationale Investitionen in diesen Bereichen neue Substanz gebracht, z.B. durch Sony in der Produktion von Fernsehern oder durch Adtranz Nordamerika für Transportsysteme. Insgesamt habe sich die Zahl produzierender Unternehmen in der Region innerhalb eines Jahrzehnts um nahezu 11% erhöht, eine wichtige Bestätigung für die Innovationskraft mittelständischer Unternehmen. Produktion in Pittsburgh bedeutet heute größere Diversität als im Stahlzeitalter, mehr Firmen beschäftigen insgesamt weniger Arbeitnehmer.

Das Wachstum in den Sektoren Transport und Bau könne durch erhebliche Investitionen im Bereich von Verkehrsinfrastrukturen erklärt werden, z.B. wurden ein neuer Großflughafen und neue Autobahnen gebaut. Auch eine Vielzahl von Public-Private Investitionen in Schlüsseltechnologien wie Biotechnologie, Software Engineering oder Robotik hätten erheblich zu Investitionen im Bausektor beigetragen. Pittsburgh bewältige zudem ein hohes Lufttransportaufkommen, allerdings werde der Sektor von einem Unternehmen (US Airways) dominiert. Das Aufkommen habe sich in den späten 80er Jahren verdoppelt, um dann zwischen 1990 und 1996 wieder um nahezu 20% zu sinken.

Beim Sektor Finanzen, Versicherungen, Immobilien handele es sich um einen der wenigen Bereiche, in denen sich das wirtschaftliche Wachstum der später 80er Jahre auch in den 90er Jahren ungebrochen fortgesetzt habe. Auch das Beschäftigungswachstum im Bereich der Finanzdienstleistungen im weitesten Sinne habe sich bis dato fortgesetzt. Die Entwicklung sei im wesentlichen angeführt worden durch die in der Region tätigen Bankunternehmen. Desweiteren seien es vor allem die Bereiche Bildung, Medizin und wirtschaftsbezogene Dienstleistungen gewesen, die als Wachstumsmotoren auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitrugen. Die positive Entwicklung in einzelnen Sektoren konnte jedoch anfangs die insgesamt dramatische Arbeitslosigkeit nicht auffangen, und so lag noch 1983 die Arbeitslosigkeit in der Region Pittsburgh um mehr als 50% höher als im Durchschnitt der USA. Seit 1989 allerdings haben sich die Zahlen angeglichen, und Ende 1998 waren sie fast gleich: In Pittsburgh 4.6%, in den USA insgesamt 4.5%.

Eine besondere Rolle komme in diesem Zusammenhang zweifellos dem Sektor Bildung und Forschung zu, der das Rückgrat der neuen wirtschaftlichen Entwicklung darstelle. Insbesondere zur Förderung der sog. „spike industries“ also innovationsorientierter Unternehmen, sei die Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Sachverstand von zentraler Bedeutung. Aus diesem Grund existierten mittlerweile auch in der Region Pittsburgh eine entsprechende Anzahl an Technologiezentren, die in engem Kontakt mit Universitäten und den Forschungszentren großer Konzerne auf der

Suche nach erfolgreichen Lösungen an der Schnittstelle zwischen F&E und Markteinführung seien.

Darüber hinaus stellten die ortsansässigen Universitäten aber auch für sich genommen einen in der Regel nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor dar. So trügen beispielsweise allein die zwei großen Universitäten in Pittsburgh mit über zwei Mrd. \$ zu den jährlichen Einnahmen in der Region bei. Zur Erläuterung: Allein der Etat der University of Pittsburgh mit ihren rund 25.000 Studenten beträgt über eine Mrd. \$ und liegt damit weit über den Etats vergleichbarer deutscher oder französischer Universitäten. Die Carnegie Mellon University hat sogar einen noch höheren Pro-Kopf-Etat - insgesamt rund 400 Mio. \$ bei nur 7.500 Studenten. Als Zentren der regionalen F&E-Aktivitäten werden die beiden großen Pittsburgher Universitäten im kommenden Jahr rund eine halbe Mrd. \$ an Drittmitteln aus öffentlichen und privaten Quellen in die Region holen. Mit über 10.000 Angestellten in der Software-Branche, die besonders eng mit den Universitäten verknüpft ist, liegt Pittsburgh gemeinsam mit Silicon Valley, den Regionen Seattle, Austin/Dallas und Boston an vorderster Front in den USA.

Eine weitere, im Zusammenhang mit der Erschließung neuer Potentiale zentrale Institution für die Region ist die „Pittsburgh Regional Alliance (PRA)“. Diese Non-Profit-Organisation hat im wesentlichen die Aufgabe übernommen, die wichtigsten Aktivitäten zur Wirtschaftsförderung im Südwesten von Pennsylvania zu koordinieren, durch intensives Marketing dazu beizutragen, daß die Atmosphäre für Neuansiedlungen von Unternehmen geeignet ist und interessierten, vielversprechenden Unternehmern in jeder Hinsicht behilflich zu sein.

Umweltaspekte

Neben den geschilderten wirtschaftlichen und sozialen Aspekten des Strukturwandels besitzen Umweltaspekte naturgemäß auch in der Stahl- und Kohleregion um Pittsburgh einen besonderen Stellenwert. Vor allem unter dem Gesichtspunkt der Flächennutzung lassen sich hier teils erstaunliche Beziehungen zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialstrukturen aufzeigen. Pittsburgh, noch in den 70er Jahren wegen seiner enormen Luftverschmutzung und den daraus resultierenden Gesundheitsschäden „deadly smoky city“ der USA genannt, entwickelte auf der Ebene der örtlichen Regierung im Allegheny County besonders strenge Emissionsvorschriften, die wesentlich zum Zustandekommen des heute in den USA allgemein gültigen „clean air act“ beitrugen.

Weitere, vielfältige Probleme ergeben sich nach Angaben des Director Environmental Policy Studies der Univ. of Pittsburgh heute vor allem noch in den Umweltmedien

Boden und Wasser, z.B. durch die Belastung von Grundwasser mit organischen Chemikalien oder deren Abbauprodukten. Insgesamt müsse man in den USA heute von der enormen Zahl zwischen 300.000 und 500.000 Altlasten ausgehen, von denen zwangsläufig eine erhebliche Zahl in und um Pittsburgh vorzufinden seien. Es handle sich beispielsweise um stillgelegte Stahlwerke oder Kokereien auf Flächen von bis zu 170 acres (rund 70 Hektar), die teilweise weniger als 3 km vom Stadtzentrum entfernt lägen. Ihre Revitalisierung sei mit erheblichen Kosten verbunden. So habe unlängst die Stadt zwei 130 und 170 acre große „brownfields“ zu einem Preis von 75.000 \$/acre erworben, d.h. insgesamt 9,7 und 12,7 Mio. \$, um sie in einer Mischbesiedlung von Kaufhäusern, Gewerbe, Dienstleistern und Wohneinheiten zu revitalisieren. Die Kosten, die der Vorbesitzer für die Reinigung der größeren Fläche aufzubringen habe, bewegten sich zwischen 30 und 50 Mio. \$. Für eine andere, kleinere Fläche, die von der US Army als Munitionslager genutzt wurde, mußten insgesamt 37,5 Mio. \$ ausgegeben werden, um sie für die Nutzung durch ein Galvanikunternehmen wirtschaftlich interessant zu machen.

1.3 Luxemburg

Luxemburg betreibt nach Aussagen des Direktors des luxemburgischen Sozial- und Wirtschaftsforschungsinstituts CEPS/INSTEAD schon seit den 50er Jahren eine ausgeprägte Politik zur Unterstützung der industriellen Diversifizierung, mit dem Erfolg, daß auch die am klassischen Stahlstandort keineswegs spurlos vorübergegangene Strukturkrise heute erfolgreich bewältigt scheint. Es stellt sich damit unmittelbar die Frage, inwieweit diese Entwicklung übertragbar ist. Beruht der luxemburgische Erfolg auf einem eher atypischen, kaum auf andere Regionen übertragbaren Modell, handelt es sich um eine Art Gegenmodell mit Alternativcharakter für Andere oder geht es lediglich um einen interessanten Zufall, der sich aber zum Nachdenken über das jeweils eigene Vorgehen eignet?

Um diese Fragen besser beantworten zu können, soll zunächst versucht werden, ein möglichst klares und überschaubares Abbild des luxemburgischen Weges und der individuellen luxemburgischen Grundvoraussetzungen zu erhalten. Dazu ist auch ein Blick in die historische Entwicklung und die gesamtpolitischen Rahmenbedingungen hilfreich. Luxemburg hat in seiner langen Geschichte unter der Herrschaft von vielen Staaten bzw. Dynastien gestanden, jedoch letztlich seit dem zehnten Jahrhundert immer den Charakter einer separaten und weitgehend autonomen politischen Einheit bewahrt. Der Wiener Kongreß schuf dann 1814/15 das Großherzogtum Luxemburg als deutschen, jedoch mit den Niederlanden in Personalunion verbundenen Staat. Er wurde 1866 souverän und ist nach seiner Verfassung von 1868 bis heute eine parlamentarische Erbmonarchie, in der dem Großherzog umfassende Rechte zustehen. 1867 sicherte das Land im Londoner Vertrag ewige Neutralität zu, die erst unter dem

Eindruck der deutschen Besetzung in zwei Weltkriegen aufgegeben wurde (Nato-Beitritt 1949)., Luxemburg war seit der Gründung 1944 der sog. Benelux-Wirtschaftsunion gleichberechtigtes Mitglied und in der Folge führend am Zustandekommen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beteiligt. Heute ist es kleinster Mitgliedsstaat der EU und eines seiner wirtschaftlichen und administrativen Zentren. Mit einem BSP von umgerechnet über 45.000\$ pro Kopf¹¹ liegt es mit Abstand an erster Stelle in der EU und zählt insgesamt zu den reichsten Ländern der Welt. Besonders bemerkenswert ist dabei u.a. die Tatsache, daß angesichts der geringen Größe des Landes und damit seines Binnenmarktes 89,1 bzw. 92,7% des BIP auf die Ausfuhr bzw. Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezogen werden¹². Selbst klassische Handelsnationen wie die Niederlande folgen hier mit erheblichem Abstand. Schon diese Fakten machen deutlich, daß sich Luxemburg in gewisser Hinsicht seit jeher in einer Ausnahmesituation befindet, ohne jedoch lediglich Spielball externer Entwicklungen zu sein. Die jeweiligen luxemburgischen Regierungen haben sich zumindest nach dem Zweiten Weltkrieg immer aktiv zu dieser Ausnahmestelle bekannt und offenbar erfolgreich versucht, die sie umgebenden Systembedingungen so zu beeinflussen, daß die Existenz und die Sonderwege Luxemburgs gesichert waren (z.B. durch eine enge Beziehung zu den USA bei gleichzeitigem Engagement für eine europäische Staatengemeinschaft).

Dazu gehört seit jeher auch eine gezielte Zuwanderungspolitik, die sich in ihrer Ausprägung deutlich vom deutschen Modell des Umgangs mit Gastarbeitern abgehoben hat. Zum einen holte das katholisch geprägte Luxemburg vorwiegend Ausländer aus religionsverwandten Ländern, vor allem aus Portugal und Italien, ins Land. Zum anderen ließ und läßt das Land einen erheblichen Teil seiner Wertschöpfung von den sog. „frontalliers“, also Grenzgängern, erwirtschaften. Auf diese Weise trägt es in nicht unerheblichem Maß auch zur Entwicklung bzw. Stabilisierung der umgebenden Regionen in Frankreich, Belgien und Deutschland bei. Als Konsequenz aus der im Vergleich zum restlichen Europa geradezu dramatisch positiven wirtschaftlichen Entwicklung sind heute z.B. rund 10.000 Arbeitsplätze für Grenzgänger aus Rheinland-Pfalz entstanden, über 2000 für Saarländer, insgesamt rund 35.000 für Bewohner der angrenzenden Regionen Frankreichs und rund 20.000 für Belgier. Der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung in Luxemburg beträgt heute über 27% und ist damit höher als in jedem anderen europäischen Land. Dieser extrem hohe Anteil ist nicht zuletzt auf die extrem niedrige Geburtenrate bei den eingesessenen Luxemburgern zurückzuführen. Dennoch ist Luxemburg kaum mit Problemen konfrontiert, wie sie sich aus der typischen Gemengelage sozialer Isolation und finanzieller wie kultureller Benachteiligung ergeben. Im Laufe des 20sten Jahrhunderts hat zudem

¹¹ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – Auslandsstatistik – für 1996.

¹² Stat. Bundesamt 1994.

die in der ganzen Welt typische Migration von ländlichen in urbane Regionen auch in Luxemburg stattgefunden.

Industriegeschichtlich hat sich Luxemburg vom schwerindustriellen Standort der 60er Jahre, in dem 80% des Exportvolumens von der Eisen- und Stahlindustrie erwirtschaftet wurden, zum internationalen Finanzzentrum und zum Gastgeber bedeutender europäischer Einrichtungen gewandelt. Die ehemals reichen Eisenerzressourcen gelten spätestens seit den 80er Jahren als erschöpft. Auch die agrarischen Ressourcen dürfen als eher durchschnittlich angesehen werden, so daß die Wurzeln des wirtschaftlichen Erfolges heute mehr denn je eher im Umgang mit Kapital und im flexiblen und erfinderischen Einsatz von Humanressourcen liegen. Der grundlegend erfolgreiche Strukturwandel ist darüber hinaus nach Ansicht des Direktors von CEPS/INSTEAD ebenso das Ergebnis einer traditionell engen Abstimmung zwischen allen gesellschaftlichen Akteuren wie der vergleichsweise hohen Autonomie bei gleichzeitig überschaubaren Verhältnissen. Sie läßt sich seiner Darstellung zufolge am besten entlang zweier Linien verfolgen:

- Zum einen in der Weise, wie sie allen entwickelten Industrieländern und hier im speziellen den schwerindustriellen Gebieten weitgehend gemeinsam ist: Rückgang der landwirtschaftlichen Tätigkeiten, gefolgt vom Rückgang der industriellen Tätigkeiten mit paralleler Entwicklung der Dienstleistungen. Typisch für Luxemburg ebenso wie für die Vergleichsregionen sind die monolithischen Dimensionen der Eisen- und Stahlindustrie, in deren Licht der Strukturwandel überwiegend als massive Entindustrialisierung wahrgenommen wurde.
- Zum anderen entlang individueller luxemburgischer Komponenten: So gab es bis in die 60er Jahre keine nach außen wahrnehmbaren massiven Veränderungen, obwohl die Politik schon in den frühen 50er Jahren nicht nur den Veränderungsbedarf erkannte, sondern auch konsequent den Grundstein für eine industrielle Diversifizierung legte. Die tieferegehenden Veränderungen vollzogen sich dann in den 70er Jahren, ohne jedoch - zumindest laut etablierten makroökonomischen Indikatoren wie BIP oder Arbeitslosenzahlen - das Schicksal der anderen Regionen in Hinsicht auf die zum Teil erheblichen Verwerfungen zu teilen. Zu der insgesamt positiven Entwicklung trug im wesentlichen das außergewöhnlich kräftige Wachstum des Bankensektors bei.

Um die Bewältigung der Strukturkrise entlang der zweiten Linie genauer zu verfolgen, bietet es sich an, Luxemburg als Teil eines Großraumes zu betrachten, der insgesamt unter der Stahlkrise gelitten hat, zumal seit jeher viel Erwerbsarbeit in Luxemburg von Grenzgängern geleistet wird, die aus Lothringen, Wallonien und Rheinland-Pfalz sowie dem Saarland kommen. Jedes dieser Gebiete hat sich auf der

Basis seiner spezifischen Voraussetzungen und Ressourcen mit dieser Entwicklung auseinandergesetzt. Die verschiedenen Entwicklungsverläufe lassen sich beispielhaft an der Entwicklung der Einwohnerzahlen, des Bruttoinlandsprodukts BIP über die Jahre und nicht zuletzt an der Beschäftigungsentwicklung skizzieren (Tab. 4 und Abb. 2).

Tab. 4: Bevölkerungsentwicklung und Entwicklung des BIP pro Kopf in Luxemburg und angrenzenden Regionen.

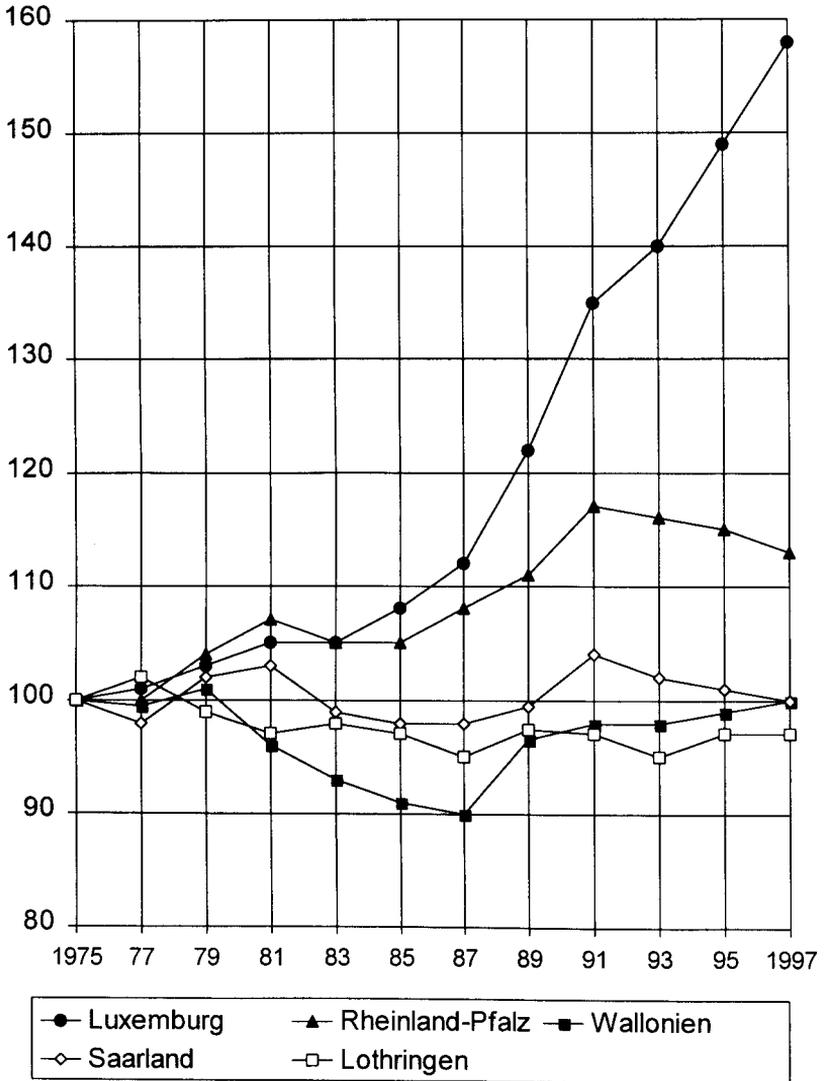
Region/Bezirk	Bevölkerungsentw. (%, 1985 – 1997)*	BIP pro Kopf 1998 (Basis 1994=100%)
Belgien		
Hainaut	+ 0,1	83
Brabant-Wallon	+ 14,9	82
Namur	+ 6,3	85
Liège	+ 2,3	104
Province de Luxembourg	+ 8,3	100
Deutschland		
Saarland	+ 2,9	106
Reg.Bez. Trier	+ 8,0	89
Reg.Bez. Rheinhessen-Pfalz	+ 10,7	92
Reg.Bez. Koblenz	+ 10,9	108
Frankreich		
Vosges	- 1,8	Lothringen insg. 94
Moselle	+ 0,7	
Meuse et Moselle	- 0,7	
Meuse	- 3,3	
Luxemburg	+ 11,1	169

* Zur besseren Interpretation seien die Zahlen der Gesamtbevölkerung in den Regionen vermerkt (Stand 1.1.97): Rheinland-Pfalz 4,0 Mio., Luxemburg 0,4 Mio., Lothringen 2,3 Mio., Saarland 1,1 Mio., Wallonien 3,3 Mio.

Aus den Darstellungen ergibt sich u.a., daß Luxemburg das bei weitem höchste BIP pro Kopf erwirtschaftet, und daß es de facto einen Arbeitsplatzüberschuß gibt. Auch der Index für das Wohlstandsniveau ist vom Vergleichswert 100 im Jahr 1985 auf über 160 heute gestiegen. Die Probleme der Armut halten sich dabei im Vergleich zu den europäischen Nachbarn in Grenzen. Im Vergleich zu den USA, wo das Wirtschaftswachstum überwiegend ohne die Schaffung neuer Arbeitsplätze stattgefunden

den hat (sog. jobless growth), entstehen zudem in Luxemburg im Mittel 6000 Arbeitsplätze pro Jahr neu, davon rund 1000 für Neubürger.

Abb. 2: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in Luxemburg und angrenzenden Regionen (1975 = 100).



Quelle: Schaber G., CEPS/INSTEAD nach: Eurostat

Diese Entwicklung war möglich, obwohl sich Luxemburg bestimmten Rahmenbedingungen des allgemeinen Strukturwandels nicht entziehen konnte. So sank auch in Luxemburg die Zahl der Stahlarbeitsplätze seit den frühen 50er Jahren von 18.000 auf heute unter 5.000. Aus ehemals 25 Hochöfen und sieben Stahlwerken wurden drei kleinere Elektrostahlwerke und sieben Walzstraßen.

Strukturen und Institutionen zur Bewältigung des Strukturwandels

Während der weltweiten Stahlkrise der 70er Jahre reagierte man anfangs, indem die im Land ansässigen Unternehmen restrukturiert und unter einem Dach vereint wurden. Der sog. ARBED-Konzern entstand (Aciéries Réunies de Burbach-Eich-Dudelange), dessen weitere Entwicklung u.a. auch für die Stahlindustrie des Saarlandes entscheidend war (ARBED-Saarstahl). Im Zuge des weiteren Rückganges der westeuropäischen und nordamerikanischen Stahlproduktion wurde die industrielle Produktion in Luxemburg dann jedoch schließlich weitgehend auf andere Branchen verlagert, z.B. Reifenproduktion, Chemie, Metallverarbeitung. Der Anteil der Stahlindustrie (einschließlich der metallverarbeitenden Industrie) am Bruttoinlandsprodukt ist von rund 30% in seiner Blütezeit auf heute rund 2% gesunken - ein Wert, der in seiner Größenordnung in etwa dem heutigen Beitrag der Landwirtschaft entspricht.

Der Anteil der Banken am BIP hingegen ist nach einer in den ersten Jahrzehnten kaum wahrnehmbaren Steigerung seit 1970 sprunghaft von 4% auf etwa 20% gestiegen. Noch 1979 waren lediglich 39 Banken in Luxemburg vertreten, heute sind mehr als 200 Bankinstitute aus 22 Ländern und insgesamt über 800 Kredit- und Versicherungsinstitutionen in Luxemburg tätig. Der Sektor Banken und Versicherungen stellt 10% der inländischen Arbeitsplätze, er erwirtschaftet 20% des BIP und entspricht in etwa einem Drittel des Staatshaushaltes. Insgesamt sind rund zwei Drittel der luxemburgischen Arbeitsplätze heute im weiteren Sinne dem Dienstleistungsbe-
reich zuzuordnen, annähernd ein Drittel ist in Industrie und Handwerk beschäftigt, der verbleibende kleine Rest in der Landwirtschaft.

Diese Entwicklung sei kein Zufall, so der Direktor von CEPS/INSTEAD, sondern die Folge einer auch mit Hilfe der Politik geförderten Diversifizierung bzw. grundsätzlich einer stetigen, intensiven und handlungsorientierten Auseinandersetzung mit dem Strukturwandel. Tab. 5 gibt eine Übersicht über die Entwicklung des ökonomischen Wandels in den Jahren 1975 bis 1997.

Tab. 5: Übersicht über die Entwicklung des ökonomischen Wandels in Luxemburg von 1975 bis 1997.

1975 – 1997 Entwicklung der ...	Prozentuale Veränderung	Kommentar
Bevölkerung	+ 11 %	In etwa vergleichbar mit benachbarten deutschen Regierungsbezirken, in benachbarten Regionen Belgiens hingegen geringeres Wachstum, in denen Frankreichs Nullwachstum bis Verluste.
Inlands-Beschäftigung	+ 44 %	Die Umstrukturierung vollzieht sich überwiegend durch die Entwicklung des DL-Sektors, aber auch durch den Erhalt und die Erneuerung von Industrietätigkeiten außerhalb der Metallbranche.
Lohnbeschäftigung	+ 58 %	Starker Kontrast zu allen umgebenden Regionen (vgl. Abb. 2), die angesichts eines in etwa gleichbleibenden Angebots an Lohnbeschäftigung bei gleichzeitig deutlich mehr Arbeitssuchenden mit hohen Arbeitslosenzahlen zu kämpfen haben. In Luxemburg existiert de facto ein Arbeitsplatzüberschuß.
Arbeitslosigkeit	+ 1,8%	Heute 2,8%, prozentuale Veränderung bezogen auf 1975 lediglich 1%.
Wertschöpfung aus industrieller Produktion	- 35 %	Massive Verluste in der Eisen- und Stahlbranche, aber neu geschaffene Industrie bringt rund 11.000 neue Arbeitsplätze.
Wertschöpfung im Bau-sektor	+ 45 %	Das Wachstum entspricht der günstigen Entwicklung der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit.
Dienstleistungen (marktbezogen)	+ 109 %	Branchen mit besonderem Wachstum: - Transport und Kommunikation +74% - Kredit und Versicherung +214% - Übrige DL +288%.
Dienstleistungen (nicht marktbezogen)	+ 102 %	Inkl. 12.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der Verwaltung.

Ein Ende des ökonomischen Wandels sei auch heute nicht absehbar. Man diskutiere schon jetzt, welche weiteren Schritte zu unternehmen seien, falls sich der ebenfalls

zerbrechliche Wirtschaftsfaktor Banken eines Tages nicht mehr als tragfähig erweise. Diversifizierung und Antizipation seien auch für die Zukunft gefragt.

Eine Auswahl wichtiger Meilensteine dieser bis heute im Zentrum der luxemburgischen Strategie stehenden Politik der Diversifizierung und Antizipation zeigt die folgende Tab. 6:

Tab. 6: Auswahl wichtiger Ereignisse in der (wirtschafts-)politischen Entwicklung Luxemburgs.

Jahr	Ereignis
1949	Niederlassung des US-Konzerns Goodyear
1952	Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit Vermittlerrolle und Sitz in Luxemburg
1958	Schaffung der Europäischen Wirtschaftsunion
1962	Rahmengesetz zur systematischen Diversifizierung
1968	Rahmengesetz für den Mittelstand
1974 - 1980	Kontinuierlicher Ausbau von Maßnahmen zur Stärkung der nationalen Solidarität, u.a. <ul style="list-style-type: none"> - Gesetz vom 26.7.95, mit dem die Regierung ermächtigt wird, Maßnahmen zur Vermeidung von Entlassungen aus Konjunkturgründen und zum Erhalt der Vollbeschäftigung zu treffen; - Gesetz vom 30.6.76: Schaffung eines Beschäftigungsfonds zur Regelung von Arbeitslosenentschädigungen; - Gesetz vom 24.12.77, mit dem die Regierung ermächtigt wird, Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zum Erhalt der Vollbeschäftigung zu ergreifen.
1977	Schaffung der <i>Société Nationale du Credit a l'Investissement</i>
1986	Anpassung der Mittelstandsgesetzgebung an eine regionale Perspektive; Schaffung des „pole européen de developpement“ zur Förderung grenzüberschreitender Wirtschaftsaktivitäten in der Region
1990	Gesetz über Vorruhestandsregelungen zur Vermeidung von Entlassungen
1993	Gesetz über Maßnahmen zugunsten der Einstellung älterer Arbeitsloser und Langzeitarbeitsloser
1995	Gesetz zur finanziellen Beihilfe für Unternehmen, die Berufsschülern während ihrer Ausbildung Praktikumsplätze anbieten
1999	Grundlegendes Gesetz zu einem nationalen Beschäftigungsplan

Die Gesetzgebung fördere beispielsweise nicht nur den Dienstleistungssektor, von 200 neugeschaffenen Betrieben seien derzeit sogar rund 90% im Bereich der industriellen Fertigung angesiedelt. Der Staatssektor sei gleichzeitig enorm geschrumpft, der zwangsläufig in diesem Sektor notwendig werdende Arbeitsplatzabbau sei mit Hilfe von Sozialplänen aufgefangen worden. Beispielsweise habe man übergangsweise gemeinnützige Beschäftigung aus Steuermitteln finanziert. Insgesamt habe sich hier das sog. „système tripartite“ mit seiner engen (und institutionalisierten) Kooperation von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Staat sehr bewährt. Im Gegensatz zum deutschen Bündnis für Arbeit, das erst nach langer Zeit und unter dem Druck offenbar unlösbarer Gegensätze zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern sowie den bekannten Problemen am Arbeitsmarkt zustande kam, hat die regelmäßige Einbeziehung der Politik als Moderator im luxemburgischen système tripartite eine selbstverständliche Tradition und wird als ständige Einrichtung begriffen.

Umweltaspekte

Wählt man die wesentlichen Beiträge zur Wertschöpfung in Luxemburg als Ansatz für die Einbeziehung von Umweltaspekten, dann müßten Themen wie nachhaltigkeitsorientierte Investmentfonds¹³, Rahmenseetzungen im internationalen Handel oder z.B. auch die Auswirkungen der IuK-Technik auf den globalen Energie- und Rohstoffverbrauch eine besondere Rolle spielen. Hier konnte jedoch kein besonderes Engagement, weder im Rahmen der Tagung noch in weitergehenden Medienrecherchen ermittelt werden. Offene umweltpolitische Kontroversen beschränken sich in Luxemburg i.w. auf einzelne Schadstoffaspekte wie z.B. den weiteren Einsatz ozon- und klimaschädlicher Stoffe in der Chemieproduktion. Über lokale Altlasten aus der ehemaligen Stahlproduktion konnten keine Informationen recherchiert werden.

Das Bewußtsein über globale Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung erscheint trotz der vergleichsweise guten Verfügbarkeit von Daten, z.B. bei dem in Luxemburg ansässigen und in dieser Hinsicht durchaus engagierten Statistischen Amt der EU (Eurostat) weder bei der Regierung noch bei den im Land ansässigen Banken und Versicherungen sonderlich ausgeprägt zu sein. Anders kann kaum erklärt werden, daß Luxemburg auf diesem zukunftssträchtigen Gebiet bislang keine führende Rolle spielt, ganz entgegen der sonst immer wieder unter Beweis gestellten Fähigkeit zu vorausschauendem Handeln.

¹³ wie sie z.B. in der Schweiz aktuell sind, vgl etwa SAM – Sustainable Asset Management..

1.4 Lille und sein Umland

Lille, einst regionales Zentrum in der französischen Peripherie, wird immer mehr zum wichtigen Knotenpunkt im Entwicklungskorridor zwischen den britischen Inseln und dem kontinentalen Europa. Ursprünglich war, ähnlich wie im Ruhrgebiet, die Kohle zentraler Drehpunkt für die Ansiedlung von Industrien, und so hat sich seit Beginn des industriellen Zeitalters nördlich eines Gürtels von Kohlenzechen, der sich vom französischen Bethune über Valenciennes bis zum belgischen Charleroi erstreckte, die Textilindustrie und östlich davon um Maubeuge die Metallgewinnung und –verarbeitung zu einer bedeutenden Industrieregion zusammengeballt. Dementsprechend stieg zwischen 1850 und 1910 die Bevölkerung in Lille und Umgebung von 50.000 auf über 800.000 Menschen, vor allem als Folge einer einmaligen Blüte des Textilsektors. Lille wurde das wichtigste Zentrum des europäischen Textilhandels, hinzu kamen aber auch über 200.000 Beschäftigte in den Kohlenzechen der Region. Bis 1910 war die Region um Lille (Nord-Pas de Calais) zur wichtigsten Industrieregion Frankreichs aufgestiegen. Diese Entwicklung setzte sich über zwei Weltkriege bis in die 50er Jahre fort.

In den darauffolgenden Jahrzehnten bis heute hat diese klassische Industrieregion in ähnlicher Weise wie die zuvor beschriebenen Regionen Ruhrgebiet, Pittsburgh und Luxemburg eine intensive Strukturkrise durchlitten, bei der über 200.000 Arbeitsplätze verloren gingen. Bereits Ende der 50er Jahre begann, ähnlich wie im Ruhrgebiet, der Abstieg in die Rezession, für den ein komplexes Ursachengemisch ausgemacht werden kann, das u.a. folgende Aspekte umfaßt:

- Die Erfindung und breite Verwendung synthetischer Fasern führten zu einem strukturellen Umbruch in der Textilindustrie;
- Lieferstrukturen, Arbeitsmärkte und Rohstoffpreise wandelten sich im Zuge der Entkolonialisierung der dritten Welt;
- die Globalisierung durch neue Telekommunikationsmöglichkeiten, neue Fertigungstechnologien und damit neue Marktstrukturen führte schließlich auch hier zu zunehmender Konkurrenz.

Als Folge verlagerten sich große Teile der europäischen Textilindustrie in die ehemaligen Kolonien bzw. Länder der dritten Welt. Hinzu kam die Strukturkrise im Montan- und Stahlbereich, von der auch Lille nicht verschont blieb (Tab. 7):

Tab. 7: Drei Phasen des Strukturwandels am Beispiel des Montansektors der Region Nord-Pas-de-Calais

Zeitraum	Entwicklung	Anmerkungen
Phase 1 1960 - 1968	Arbeitsplätze aus dem Bergbau werden in zwei anderen regional etablierten Sektoren ersetzt: Maschinenbau und Bekleidung.	Der Wandel geht mit einer deutlichen Feminisierung der Arbeitsplätze einher.
Phase 2 1968 - 1975	Abkehr von der Idee einer internen Konversion auf der Basis vorhandener Strukturen. Als neue Bereiche kommen hinzu: Automobilindustrie, Plastik- und Metallverarb., Industriebau, Elektroindustrie.	Der überwiegende Teil der neuen Arbeitsplätze ist für Männer. Die Krise im Textilsektor führt zu besonderer Erwerbslosigkeit bei Frauen.
Phase 3 1975 - 1996	Zu Beginn Stagnation in allen Sektoren, steigende Zahl von Insolvenzen bei Firmenneugründungen, breite Rezession. Seit 1985 ein Schub in Richtung tertiärer Sektor, der gedämpft bis heute anhält.	Weiterer Rückgang um 100.000 Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit 1996 bei über 16%, Abwanderungsrate bei jährlich ca. 4,2%.

Auf diese Weise gingen binnen dreier Jahrzehnte rund 200.000 Arbeitsplätze verloren, das entspricht rund der Hälfte aller Arbeitsplätze in der Metropole Lille. Diese Entwicklung konnte bis heute nicht aufgehalten werden, und so gab es 1996 in Lille und Umgebung 100.000 Arbeitsplätze weniger als 1976. Allein seit 1990 hat die Region nach Angaben des Referenten rund 12.600 Arbeitsplätze verloren, etwa doppelt soviel wie der nationale französische Durchschnitt. Zwischen 1982 und 1990 war die Arbeitsplatzentwicklung kurzfristig von Hoffnung gekennzeichnet, denn ein spektakulärer Wandel von Industriearbeitsplätzen zum tertiären Sektor fand statt. Natürlich entstanden auch nach 1990 weiterhin neue Arbeitsplätze im tertiären Sektor, jedoch nicht in gleichem Ausmaß wie zuvor. Heute beläuft sich die Arbeitslosenrate in der Region Nord-Pas-de-Calais auf 16,3%, davon sind wiederum 39,3% Langzeitarbeitslose und 23% jünger als 25 Jahre. All diese Zahlen liegen über dem französischen Durchschnitt. Dementsprechend hoch ist die Migrationsrate von minus 4,2% jährlich, die höchste in Frankreich. Das verfügbare Bruttoeinkommen ist mit 73.400 FF pro Haushalt und Jahr das niedrigste in Frankreich. Bezüglich der Armutssituati-

on bzw. den damit verbundenen Ausgaben für Sozialhilfe belegt die Region Platz zwei hinter Korsika.

Strukturen und Institutionen zur Bewältigung des Strukturwandels

Lille ist trotz dieser dramatischen Einbrüche in relativ kurzer Zeit heute wieder zu einem der wichtigsten urbanen Zentren Frankreichs aufgestiegen. Allein 1998 haben sich 52 ausländische Unternehmen neu in Lille angesiedelt.¹⁴ So konnten nach Auskunft des Referenten von CEPS die ca. 200.000 verlorenen Stellen zwischenzeitlich durch Stellen in folgenden Sektoren annähernd ausgeglichen werden:

- In der Textilindustrie selbst blieben noch ca. 20.000 Stellen erhalten;
- die Profilierung von Lille als medizinisches Zentrum für weite Teile Nordfrankreichs und angrenzender belgischer Gebiete erbrachte ca. 13.000 neue Stellen;
- durch e-commerce-Aktivitäten entstanden ca. 25.000 Stellen;
- im Nahrungsmittelsektor einschließlich der dazugehörigen Logistik entstanden insgesamt ca. 45.000 Stellen;
- darüber hinaus entstanden durch den generellen Ausbau von Lille als Logistikzentrum ca. 50.000 weitere Stellen;
- weitere Stellen entstanden im politisch-administrativen Bereich (Lille als Hauptstadt einer Region mit über 4 Mio. Einwohnern);
- nicht zuletzt bietet auch der Wissenschafts- und Schulbereich mit insgesamt über 100.000 Studenten an vier Universitäten und 17 (Fach-) Hochschulen ein erhebliches Beschäftigungspotential.

Insbesondere die Vielzahl neuer Arbeitsplätze im Logistikbereich beruht auf der Rolle von Lille als Verkehrsknotenpunkt. Gerade angesichts der traditionellen französischen Verkehrsstrukturen, die auf die zentralen Verbindungen zu Paris ausgelegt waren, haben sich für Lille neue Chancen ergeben. Heute haben sechs der zehn größten französischen Unternehmen des Logistikbereichs ihren Sitz in Lille, denn die Transportwege plazieren Lille in einer ausgezeichneten strategischen Position. Besonders erwähnenswert sind hier z.B. die Autobahnachsen von Antwerpen und Rotterdam über Gent nach Paris oder auch nach Strasbourg und Süddeutschland oder die Achse London über den Kanal-Tunnel nach Brüssel und weiter nach Düsseldorf und in das Ruhrgebiet. Weiter ist Lille ein Bahnknotenpunkt für Hochgeschwindigkeitszüge, mit denen Paris in einer Stunde, Brüssel in 30 Minuten oder London in weniger als zwei Stunden erreichbar sind. Die Flughäfen Roissy, Brüssel und Lille-

¹⁴ Vgl. den Artikel „For fear of McJobs“ im Economist vom 5. Juni 1999.

Lenquin (die letzten beiden mit jeweils über 1 Million Passagieren und hohen Frachtkapazitäten) tun ein übriges.

Mit den sich wandelnden Ansprüchen an die Güter- und Personenmobilität im vereinten Europa hat Lille seine alte Rolle als europäischer Verkehrsknotenpunkt nach Einschätzung des Referenten von CEPS/INSTEAD bereits heute in hohem Maße wiedergefunden und wird sie in den kommenden Jahren weiter ausbauen. Man müsse bedenken, daß in einem Radius von 300 km über 100 Millionen Menschen mit hoher Kaufkraft leben. Zudem leben in der Region Nord-Pas-de-Calais selbst rund 4 Mio. Menschen, von denen 40% jünger als 26 Jahre seien - damit sei es die Region Frankreichs mit der jüngsten Bevölkerung.

Hinzu komme, daß Lille für Belgien, die Niederlande und auch für Großbritannien das Tor nach Frankreich darstelle und damit auch den ersten Zugang zu den großen südeuropäischen Märkten. Umgekehrt stelle Lille für einen Großteil der Warenströme aus diesen Märkten einen obligatorischen Kreuzungspunkt auf dem Weg in die Niederlande, nach Belgien und Großbritannien dar. Schließlich dürfe die Lage in unmittelbarer Nähe des Meeres bzw. großer Häfen nicht vergessen werden.

Auf der Basis dieser strategischen Vorteile planen die Stadt- bzw. Regionalplaner Großes für die Region: Nachdem die drei großen Ereignisse 1) Tunnel unter dem Ärmelkanal, 2) TGV-Halt in Lille und 3) der Europäische Binnenmarkt neue Türen geöffnet haben, soll die urbane Region Lille mit ihren über 100 kleinen Kommunen und insgesamt über 1,6 Mio. Einwohnern bis zum Jahr 2015 zu einem der wichtigsten europäischen Zentren für Unterkunft, Umwelt, Transport und Kommunikation werden (ähnlich wie dies auch verschiedene Städte des Ruhrgebiets anstreben). So entsteht u.a. ein Servicezentrum für Telekommunikation als „Euro-Teleport“ in Roubaix bei Lille, und weitere Servicezentren, z.B. im Gesundheitssektor oder für den Logistikbereich sind geplant. An der Kreuzung der Hochgeschwindigkeitszüge London-Brüssel und Südfrankreich-Paris-Amsterdam bzw. Ruhrgebiet entstand unter dem Namen Euralille ein Geschäfts- und Freizeitzentrum auf rund 300.000 m² in unmittelbarer Nähe des TGV-Bahnhofs Lille-Europe.

Diese modernen Ergänzungen der Innenstadt kontrastieren mit dem ebenfalls durchgängig sanierten Altstadtviertel in flandrischer Architektur. Insgesamt ist man sich aber der besonderen Bedeutung einer baulichen Harmonisierung bewußt, denn mangels natürlicher „Vorzüge“ (Fluß, Panorama etc.) müssen Urbanität, Lebensqualität und Attraktivität in besonderem Maße durch die gebaute Umwelt geschaffen werden.

Auch dem öffentlichen Personennahverkehr wird in Hinsicht auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Lille setzt auch hier auf innovative technologische Konzepte: So wird die Metropole von einer vollautomatischen Untergrundbahn (VAL) bedient, die in der Region gebaut und zudem in regionalen Forschungszentren entwickelt wurde. Das System konnte bislang erfolgreich nach Toulouse, nach Atlanta und Jacksonville (beide USA) und nach Taipeh (Taiwan) exportiert werden. Weitere U-Bahnen, Hochgeschwindigkeitszüge und das „Shuttle“ unter dem Ärmelkanal werden bereits in der Region hergestellt.

Man ist bemüht, diese Erfolge zu einem weiteren Kristallisationspunkt für die Ausweitung der Aktivitäten im gesamten Sektor Bahnkonstruktion und Transportforschung werden zu lassen. Für das Jahr 2015 wird allein für die VAL ein Passagieraufkommen von 15 Mio. Passagieren jährlich angestrebt, und sie soll grenzüberschreitend auch die zwei nächstliegenden belgischen Städte erreichen.

Aus der Nähe zum Nachbarland Belgien ergeben sich im zusammenwachsenden Europa weitere Einflüsse auf die Entwicklung der Metropole. Mittelfristiges Ziel ist letztlich die Schaffung einer „métropole lilloise transfrontalière“ mit einer Bevölkerung von rund zwei Mio. Menschen im Umkreis von 30 km. Schon seit 1991 kooperieren interkommunale und kommunale Strukturen auf französischer und belgischer Seite (in Flandern und Wallonien) projekt-, d.h. einzelfallbezogen, und 1998 hat man erstmals begonnen, in einem auf drei Jahre konzipierten Vorhaben ein gemeinsames Entwicklungskonzept unter Beteiligung aller fünf interkommunalen Strukturen auf französischer wie belgischer Seite zu erarbeiten. Dieses Entwicklungskonzept für eine grenzübergreifende Metropolregion wird unter dem Namen TERRA von der Europäischen Kommission unter dem Gesichtspunkt „Neue Ansätze in der Raumplanung“ gefördert.

Nicht zuletzt sollen die lokalen kulturellen Möglichkeiten ausgebaut und international vermarktet werden, von den rund 20 Museen über Theater- und Konzerthallen bis zu ortsansässigen Orchestern bzw. Ensembles. So wurde z.B. ein Tanz- und Vergnügungsort aus dem Beginn des Jahrhunderts, unter Schirmherrschaft des französischen Kulturministeriums als „studio national des arts contemporains“ wiedereröffnet. Die Einrichtung ist einmalig in ihrer Art und steht international als Ausbildungsort für Künstler (Postgraduierung) und für Ausstellungen zur Verfügung. Auf der Suche nach einer neuen Identität hat man sich sogar um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2004 beworben.

Über diese, überwiegend auf lokalen Stärken beruhenden Ansätze hinaus kann die Entwicklung der Region um Lille nur unter Berücksichtigung des generellen politisch-wirtschaftlichen Rahmens in Frankreich verstanden werden. Anders gesagt: Viele

der Probleme, unter denen die Region zu leiden hat, sind zu einem erheblichen Anteil auf gesamtfranzösische Problemlagen zurückzuführen. Dazu gehören z.B. die im internationalen Vergleich nach wie vor sehr hohe strukturelle Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, die sich seit den 70er Jahren entwickelt hat. Einem McKinsey-Report zufolge haben sich zwischen 1970 und 1995 die Arbeitsstunden pro Kopf im nichtöffentlichen Dienstleistungsbereich mehr als verdoppelt. In Frankreich hingegen haben sie sich im gleichen Zeitraum halbiert. Hinzu kommen hohe Lohnnebenkosten und ein traditionell dichtes Netz an staatlichen Regularien rund um den Arbeitsmarkt und die soziale Sicherung. So sind z.B. Zeitarbeit, ja sogar befristete Verträge nach wie vor heftig umstritten, und die meisten Franzosen gehen mit 55 (viele öffentliche Bedienstete mit 50) Jahren in den Ruhestand – eine kostenträchtige Angelegenheit für das öffentliche Rentensystem. Mit rund 10% des Bruttosozialprodukts sind zudem die Gesundheitskosten so hoch wie in keinem anderen Land der EU.

Verschiedene Programme zur Verbesserung dieser Rahmenbedingungen sind seit dem Regierungswechsel 1997 initiiert worden, darunter ein allgemein als erfolgreich beurteiltes Programm zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit. Mit Hilfe dieses Programms unter der Schirmherrschaft der Ministerin Aubry, die gleichzeitig stellvertretende Bürgermeisterin von Lille ist, konnten bislang über 180.000 Jugendliche einen in der Regel zu 80% vom Staat subventionierten Arbeitsplatz erhalten. Die Gesamtkosten für dieses Programm belaufen sich auf rund 35 Mrd. FF, und Kritiker sehen dies als Teil eines neuen, umfangreicheren Problems¹⁵. Der gesamte französische Arbeitsmarkt ist in besonders hohem Maße staatlich subventioniert. So ist einer OECD-Untersuchung zufolge zwischen 1973 und 1997 die Gesamtzahl der subventionierten Arbeitsplätze in Frankreich von 100.000 auf über 2,2 Mio. gestiegen, während sich gleichzeitig die Gesamtzahl an nicht subventionierten Arbeitsplätzen von 21,4 auf 20,3 Mio. verringert habe. Um dieses steigende Maß an Subventionierungen finanzieren zu können, sei das System quasi gezwungen, die Lohnnebenkosten ebenfalls hoch zu halten. Damit steht das französische Modell im Gegensatz zum anglo-amerikanischen Weg einer substantiellen Senkung der Lohnnebenkosten, wie er auch von den meisten übrigen westeuropäischen Ländern bevorzugt wird.

Die französische Regierung vertritt diesen Weg mit Selbstbewußtsein: „Wenn der private Sektor seine Hausaufgaben nicht machen will, dann will ich, daß der öffentliche Sektor diese Aufgabe übernimmt“ sagte sinngemäß der frühere französische Finanzminister Strauss-Kahn. In Frankreich ist der OECD-Untersuchung zufolge auf diese Weise inzwischen nahezu ein Viertel der französischen Arbeitskraft an öffentli-

¹⁵ Vgl. Artikel des Economist, a.a.O.

che Unterstützung gekoppelt, entweder in Form von Arbeitslosengeldern oder von subventionierten Tätigkeiten. Kritiker geben zu bedenken, daß die französische Wirtschaft unter diesen Umständen kaum in der Lage sei, flexibel auf Globalisierungseffekte zu reagieren, und daß die Steuerungsaufgabe dem Staat mittelfristig über den Kopf wachsen könnte, vor allem angesichts unterschiedlicher Lohnniveaus in einer EU mit gemeinsamer Währung und weit unterdurchschnittlicher Lohnniveaus im Bereich der Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa.

Umweltaspekte

Wie häufig in Frankreich sind Umweltaspekte im Vergleich zu Deutschland nur selten Gegenstand einer breiten und überregionalen öffentlichen Diskussion. Allenfalls in besonders problematischen Fällen, die angrenzende Bereiche wie die menschliche Gesundheit unmittelbar berühren, finden sich Umweltaspekte in den Schlagzeilen wieder.

Es kann aber davon ausgegangen werden, daß die üblichen Altlastenprobleme einer Kohle-, Stahl- und Textilregion hier ebenso wie in allen Vergleichsregionen zum Tragen kommen. Hinzu kommen „moderne“ Problemlagen einer Industrieregion, etwa wenn auf Beschluß der französischen Regierung 1998 die Milch von 16 Erzeugern in der Region wegen zu hoher Dioxin-Werte nicht mehr verkauft werden durfte. Die Schuld dafür wurde Müllverbrennungsanlagen gegeben, die nicht mit der andernorts üblichen Filtertechnologie ausgestattet waren bzw. sind. Nach neuerlichen Meldungen über breite Dioxinbelastungen in Eiern und Fleisch aus Belgien im Laufe des Jahres 1999 gehört die Region damit zu den prominenten Vertretern der mit organischen Giften hoch belasteten Gebiete, in der Aspekte von Emission bzw. Immission im Strukturwandel als Standortrisiko zukünftig verstärkt berücksichtigt werden müssen – eine Aufgabe, in der die regionale „Direction Environnement“ (DIREN) eine wichtige Rolle spielen muß.

2. Hemmnisse und Entwicklungspotentiale

2.1. ... aus unternehmerischer Sicht

Das verarbeitende Gewerbe - traditionell vor allem die Bereiche Industrieproduktion und Handwerk umfassend - nimmt seit rund drei Jahrzehnten in allen Industrieländern an gesamtwirtschaftlicher Bedeutung ab. Gleichzeitig wachsen der tertiäre bzw. der quartäre Sektor¹⁶, wobei in der Gesamtbilanz einem stetigen Plus bei der Wertschöpfung regelmäßig ein Defizit bei den Arbeitsplätzen gegenübersteht. Diese Veränderungen - gemeinhin als Strukturwandel bezeichnet - sind Krise und Chance zugleich: Krise, weil in der Regel bestimmte Branchen und Regionen konzentriert betroffen sind und weil vergleichbare neue Potentiale nur ausnahmsweise zeitgleich aufgebaut werden können. Chancen ergeben sich vor allem deshalb, weil knappe Ressourcen in produktivere Bereiche gelenkt werden können. Aus Sicht des Hauptgeschäftsführers der Industrie- und Handelskammer (IHK) Essen sind hier vor allem folgende Eckpunkte zu beachten:

- **Die Rolle der Politik.** Strukturpolitik, wie sie letztlich Ende der 60er Jahre erstmals definiert worden sei, müsse sich im marktwirtschaftlichen Rahmen bewegen. Sie sei aber legitimiert, bei regionalen arbeitsmarktlichen bzw. sozialen Härten mildernd - nicht verhindernd - einzugreifen. Dementsprechend fänden auch die an den deutschen Steinkohlebergbau gezahlten und noch zu zahlenden Subventionen hier dem Grunde nach ihre Berechtigung.
- **Das Bewußtsein für übergeordnete Entwicklungen.** Die für die OECD-Staaten insgesamt aufgezeichneten Trends gälten auch für Deutschland. Der Anteil der Dienstleister an den Erwerbstätigen und am BIP wachse ständig, die Landwirtschaft verliere weiter, die Industrie habe bis in die Mitte der 70er Jahre im Mittel noch gewinnen können, zeige aber seitdem mehr oder minder gleichmäßige Verluste.
- **Die Grenzen einer klassischen sektoralen Betrachtung.** So verstelle beispielsweise der durchaus interessante Vergleich zwischen dem Rückgang des verarbeitenden Gewerbes gegenüber dem Anstieg der Dienstleistungen bei insgesamt steigendem Bruttosozialprodukt den Blick auf den Produktionsfaktor Information, der vor allem bei globalen und komplexeren wirtschaftlichen Tätigkeiten ungleich wichtiger werde.

Aus Sicht eines modernen, zukunftssträchtigen Dienstleistungsunternehmens des „quartären“ Sektors hingegen stellt sich der Strukturwandel vor allem als Konse-

¹⁶ Der sog. quartäre Sektor wird hier im wesentlichen auf der Basis des Produktionsfaktors Information definiert (Informationserstellung, -verarbeitung, -verteilung)

quenz menschlicher Verhaltensweisen und Entscheidungen dar: Erfolg bezieht die Inhaberin und Geschäftsführerin der erfolgreichen Neugründung „assistenz business centers gmbh“¹⁷ weniger auf so abstrakte Dinge wie etwa die Einführung moderner Wirtschaftsstrukturen als vielmehr darauf, inwieweit Menschen in dieser Gesellschaft in der Lage seien, serviceorientiert zu denken, u.a. um attraktiver für ihre Kunden zu werden. Der vielzitierte Bezug zur produktorientierten Dienstleistung anstelle des Produktes gehe hier nicht weit genug. Statt dessen müsse der Mensch selbst in den Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Überlegungen gestellt werden. So kauften Menschen letztlich von denjenigen Mitmenschen, die sie mögen - häufig spiele der Preis erst danach eine Rolle, sofern er in einem vertretbaren Rahmen bleibe.¹⁸

Schließlich und endlich sei das eigene Gehirn nach ihrer festen Überzeugung die wichtigste Instanz in der Gestaltung oder besser im Zustandekommen der wirtschaftlichen Entwicklung. Ein solcher Denkansatz wirke sich in dramatischer Weise nicht nur auf die Geschäftsbeziehungen zu anderen Unternehmen und Privatkunden aus, sondern verändere auch die Arbeitsbedingungen entscheidend zum Positiven. Die üblichen, von Unternehmern als Hemmnisse ins Feld geführten Aspekte wie z.B. die Fülle an Gesetzen und Verordnungen bzw. Bürokratie im allgemeinen, Unstetigkeit in politischen Entscheidungen, die Haltung von Gewerkschaften, Medien etc. seien letztendlich in hohem Maße auf menschliches Verhalten, auf Ängste ebenso wie auf Lust, auf den Willen zur Verbesserung von Zuständen bei allen Beteiligten zurückzuführen. Erfolg hänge dementsprechend nicht nur vom „Faktor“ Mensch im Sinne des fakturierbaren Menschen bzw. der Einführung einer vollständigen Monetarisierung ab, sondern vom Wohlfühl des Einzelnen, das wiederum auf der Attraktivität des gesellschaftlichen und damit auch des wirtschaftlichen Miteinander basiere.

Oft sei z.B. innovative Technik benutzerunfreundlich, bzw. die Betreuung dieser Technik lasse zu wünschen übrig. Als Beispiel nennt die Unternehmerin aus ihrer Sicht unzureichende Dienstleistungen der Deutschen Telekom rund um die bei ihr eingesetzten Telefonanlagen. Diese Anlagen seien für jeden nachvollziehbar von zentraler Bedeutung für ihre Unternehmen – so sei es unerlässlich, daß man flexibel in der Schaltung sei und bestimmte Veränderungen für die Kunden sehr schnell umsetzen könne, z.B. die Umlegung einer Nebenstelle, die Schaltung einer neuen Ruf-

¹⁷ Die Assistenz Business Centers GmH bietet in mittlerweile vier Städten in NRW ihre Dienste an. Im wesentlichen handelt es sich um Dienstleistungszentren für Büro- bzw. Verwaltungsaufgaben, in denen zeitlich befristete Rundumangebote von der Anmietung von Büroräumen über Sekretariatsdienstleistungen (einschließlich Rufumleitung und Bearbeitung von Anfragen in Zeiten der Abwesenheit der sonst dafür Zuständigen) über Krankheits- oder Schwangerschaftsvertretungen bis hin zu virtuellen Geschäftsadressen im Mittelpunkt stehen.

¹⁸ Anm.: Diese Sicht erscheint attraktiv, jedoch auch idealisiert. Es wird nicht berücksichtigt, wie sehr in einer einseitig an Konkurrenz orientierten Gesellschaft geldwerte Vorteile mit darüber bestimmen, wen man mag.

nummer oder die Einrichtung eines neuen Geschäftszweiges. Hier hätten sie und ihre Mitarbeiterinnen häufig Probleme mit den zuständigen Stellen, und offenbar sei dies kein Einzelfall, denn über derartige Hemmnisse könne man leider fast jeden Tag etwas in der Zeitung lesen.

Immer häufiger müsse man feststellen, daß der Mensch nicht in der Lage sei, sich den ständig steigenden Anforderungen des Marktes anzupassen. Technik entwickle sich weiter, unser Gehirn aber könne mit der Beschleunigung nicht länger Schritt halten. Aus diesem Grund hätten die meisten Unternehmen mit wachsenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre menschlichen Ressourcen zu kämpfen. Im Grunde sei bereits die klassische Einteilung des Wirtschaftens in Bereiche wie Produktion und Dienstleistung problematisch bzw. werfe ein falsches Licht auf die Dinge: Ertrag, egal in welchem Bereich, werde letztlich von Menschen für Menschen erbracht. In diesem Sinne *betreibe eigentlich jeder Mensch sein eigenes Dienstleistungsunternehmen.*

Folgt man der Sicht der Unternehmerin, daß sich alle als Dienstleister verstehen sollen, wäre Dienstleistung als statistisch zu erfassender Sektor in letzter Konsequenz natürlich zwangsläufig in Auflösung begriffen.¹⁹ Eine solcher Denkansatz ist aber nach ihrer eigenen Einschätzung noch weit von einer breiten Realisierung entfernt. Die meisten dächten immer noch, daß sie für irgend jemand Anderes als sich selbst arbeiteten, z.B. für denjenigen, der ihr Gehalt am Monatsende bezahle. Diese Einstellung trage wesentlich dazu bei, daß Deutschland immer noch eine Dienstleistungswüste sei.

In Ergänzung zu den weitgehend selbstverständlichen Investitionen in technische Funktionalität muß daher nach Ansicht der Unternehmerin mindestens ebenso sehr in die Wartung und Optimierung der fachlichen und persönlichen Fähigkeiten von Mitarbeitern investiert werden. Dies sei eine grundlegende Leitlinie in ihrem eigenen Unternehmen²⁰, denn das Entwicklungspotential von Mitarbeitern werde immer entscheidender, weniger ihre Funktion, die sich zunehmend rasch ändern könne. Es komme darauf an, den aus dem Marketing bekannten Begriff der „unique selling proposition“ auf jedes einzelne „Dienstleistungszentrum“, d.h. jeden Mitarbeiter bzw. jede Mitarbeiterin herunterzubrechen.

¹⁹ Die Unschärfe des Begriffes Dienstleistung und der Tätigkeiten, die aus verschiedenen Sichtweisen darunter subsumiert werden, wird auch an anderer Stelle deutlich. So weist der Vorstandsvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Technologie- und Gründerzentren (ADT) darauf hin, daß in dieser Hinsicht auch die Statistik überaltert sei: Begriffe wie Dienstleistung stimmten nicht mehr, wenn z.B. ein Unternehmen mit insgesamt 400 Mitarbeitern im Sektor "Entwicklung und Produktion von cmos-Technologie" bei der IHK als Dienstleister geführt würde, obwohl 250 Mitarbeiter in der Produktion beschäftigt seien.

²⁰ mit mittlerweile 60 Beschäftigten, davon 58 Frauen und 2 Männer (Stand August ' 99)

Um diese Einzigartigkeit, die jedes Unternehmen im Wettbewerb von den anderen abhebe, auch für die Menschen unmittelbar nachvollziehbar zu machen, sei eine offene Kommunikation unbedingte Voraussetzung, die allerdings strukturiert geführt werden müsse. In ihrem Unternehmen gebe es daher außer einem Jahresgespräch, in dem Ziele für die kommenden 12 Monate festgelegt würden, auch wöchentliche Rücksprachen, möglichst mit jedem einzelnen, sowie monatliche Teamsitzungen, die jeweils strukturiert und zeitlich begrenzt stattfänden. Darüber hinaus seien selbstverständlich Fortbildungen und Trainings zu Themen wie Organisation, Kommunikation, Vertrieb und EDV eine ebenso entscheidende Grundlage, um die eigene Verantwortlichkeit und die Eigenmotivation zu fördern.

Die Folgen dieses Ansatzes für die Qualität der Dienstleistung seien, daß die Mitarbeiterin lerne, nicht nur Kunden als Kunden zu verstehen, sondern sogar Kollegen und ihre Chefin als Kunden zu betrachten. Erfahrene Coaches, die ihre Akteure spielerisch in die Umsetzung einbezögen, täten ein übriges, damit alle Beteiligten ihre jeweilige Rolle bewußt leben und mögen könnten. Damit werde für den Einzelnen „Jobfähigkeit“ (employability) erreicht, beziehe man aber diese klaren Vorgaben auf die Makrowelt, so seien letztlich noch sehr viel weitergehende Ziele zu erreichen, von einer Verringerung der Arbeitslosenzahlen über eine Senkung der staatlichen Alimentierung und eine Erhöhung der Steuereinnahmen bei steigender Kaufkraft bis hin zur Steigerung der sozialen Zufriedenheit bzw. einer allgemeinen Verbesserung der Stimmung im Land.

Auf die Frage des Veranstalters, was sie politisch am meisten störe, antwortet die Unternehmerin, die Arbeitnehmerüberlassung stoße auf zu viele Hemmnisse, vor allem auch in den Köpfen, dementsprechend säßen Vorurteile tief. Zeitarbeit sei mittlerweile der größte Arbeitgeber weltweit, und die Gesetze in Deutschland würden dieser Entwicklung nicht gerecht. Beispielsweise seien sie zu eng in Bezug auf die Beschäftigungsdauer gefaßt, die maximal ein Jahr betrage. Zwischen traditionellen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hingegen dürften zeitlich befristete Verträge längerer Dauer abgeschlossen werden, und jedes „normale“ Unternehmen bekomme zudem mit Leichtigkeit 60 - 70% staatliche Förderung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Die von der Unternehmerin ins Zentrum ihrer Betrachtungen gerückten Aspekte unterscheiden sich deutlich von den übrigen Darstellungen. Sogar nach Ansicht des Vertreters von ZENIT, das sich als Institution nachvollziehbar einem modernen Personalmanagement verschrieben hat, sind letztlich etablierte Ansätze einer vorbereitenden Marktforschung bis hin zur operativen Marketing-planung die entscheidenden Kriterien für den Erfolg eines Unternehmens. Dementsprechend stehen in der Regel angebotsorientierte Instrumente wie Marktrecherchen oder Vertriebskonzeptionen im

Vordergrund. Diese Sicht mag auf die stärkere Technologieorientierung zurückzuführen sein und kommt auch in der Einstellung zur Rolle der Informations- und Kommunikationstechnologien zum Ausdruck. So liegt nach Darstellung des Referenten von ZENIT neben den allgemein üblichen Aktivitäten wie Förderung des Internet-Gebrauchs etc. ein wesentlicher Schwerpunkt darauf, auch die Wissensressourcen der Mitarbeiter besser nutzbar zu machen. Die Wissens- und Erfahrungswerte der Kunden hingegen bzw. die Optimierung der Beziehung Anbieter-Verbraucher finden offenbar keine besondere Berücksichtigung.²¹

Auch in den Betrachtungen aus kommunalwirtschaftlicher Sicht spielen derartige Aspekte in der Regel keine Rolle. Hier dominieren ebenfalls klassische Indikatoren, z.B. Arbeitslosenzahlen im Vergleich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in bestimmten Branchen, einschließlich eines Multiplikationsfaktors zur Erfassung der Wirkung auf andere Branchen, oder die erwarteten finanziellen Effekte durch Kaufkraftbindung infolge neuer Kommerzzentren in den Innenstädten. So soll beispielsweise die UFO genannte Überbauung des Dortmunder Hauptbahnhofs mit einem solchen Wirtschaftszentrum jährlich rund 330 Mio. DM einzelhandelsrelevanten Umsatz binden. Davon sollen allein 125 Mio. DM aus dem Dortmunder Umland in dieses Zentrum gelenkt werden. Die Folgen für die dort betroffenen Einzelhandelsstandorte bleiben aus Sicht des Vertreters der Dortmunder Wirtschaftsförderung - eines städtischen Eigenbetriebs - in einem verträglichem Rahmen.²² Insgesamt sei aber für Dortmund seit dem Niedergang des klassischen sog. „Dortmunder Dreiklangs“²³ vor allem die Hinwendung und Förderung zu zwei Wirtschaftssektoren vorrangig: Erstens die Kommunikations- und Medienwirtschaft mit Schwerpunkten in Software-Entwicklung und e-commerce). Hier gehöre Dortmund mit über 17.500 Arbeitsplätzen und über 5.000 Studierenden bundesweit zur Spitze. Zweitens die Logistik, in dem Dortmund für den Bereich Forschung, Entwicklung und Lehre nach Einschätzung der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG bundesweit Spitze sei. Als weitere Schwerpunkte mit deutlichen Synergieeffekten zu den beiden genannten Sektoren seien die Bereiche Robotik und Mikrosystemtechnik in raschem Aufbau begriffen.

²¹ Die Rolle des Verbrauchers, der als intelligenter, gleichwertiger Partner in die Lage versetzt wird, sich im allgemeinen Informationsüberfluß ein sinnvolles Bild von den wichtigsten globalen Konsequenzen seiner Kaufentscheidung machen zu können, kommt in keinem der vorgestellten Ansätze adäquat zur Geltung.

²² Diese Einschätzung wird seitens des RWI-Vertreters indirekt unterstützt, indem er darauf hinweist, daß sich die Krise der Montanindustrie mittlerweile zu einer Krise der Stadt entwickelt habe, in der es Randgebieten in der Regel besser gehe, vor allem in Hinsicht auf Arbeitsplätze.

²³ Das Bild bezieht sich auf die drei im Mengenausstoß fast gleichwertigen Bereiche Kohle, Stahl und Bier, die für viele Jahre das Gesicht und die Identität der Stadt Dortmund prägten. So hatte Dortmund in den besten Jahren dieses „Dreiklangs“, einen Ausstoß von ca. 7,4 mio. t Steinkohle, 7,5 Mio. Hektoliter Bier und 7 Mio. t Stahl.

Mit dem Ausbau entsprechender Aktivitäten in Dortmund sei man zuversichtlich, einen substantiellen Beitrag zur Reduzierung der Arbeitsmarktlücke zu leisten.²⁴

Angesichts ähnlicher Darstellungen aus anderen Ruhrgebietsstädten stellt der Moderator Dr. Frech die Frage, inwieweit es Sinn macht, daß mehrere Standorte konkurrierend die gleichen Aktivitätsfelder zu Schwerpunkten ihrer wirtschaftlichen Entwicklung respektive Wirtschaftsförderung machen.²⁵ So legt z.B. Duisburg ebenso wie Dortmund einen besonderen Schwerpunkt auf das breite Aktivitätsfeld rund um das Thema Logistik, und fast alle großen Ruhrgebietsstädte einschließlich der angrenzenden Städte wie Düsseldorf, Köln oder Bonn haben das Thema Information und Kommunikation für sich entdeckt. Hier werden bei den Referenten unterschiedliche Einschätzungen deutlich: Die Stellungnahmen reichen von Appellen zur stärkeren Kooperation bis zu der Einschätzung, daß es falsch sei, gleichzeitig vier bis fünf Medienstandorte etablieren zu wollen.

Im einzelnen wird gefordert, die lokalen Akteure besser zu vernetzen, z.B. die Kompetenzen in der Förderung enger zusammenzubringen. Dazu müsse allerdings, so der Hauptgeschäftsführer der IHK Essen, ideologiefrei über Interessen(-gruppen) hinweg agiert werden - eine Forderung, die angesichts der immer noch vorherrschenden traditionellen Strukturpolitik beinahe idealistisch erscheine. Es seien grundlegend neue Ansätze erforderlich, um das zu initiieren, und einige Symbolprojekte, z.B. die Zeche Zollverein in Bochum, ließen hoffen. Den Erfolg derartiger Projekte hätte vor 15 Jahren noch niemand für möglich gehalten. Der Vertreter des RWI gibt darüber hinaus zu bedenken, daß in diesem Zusammenhang auch die Arbeitsteilung zwischen Kommunen, Ländern, dem Staat und der EU neu überdacht werden müsse. Insgesamt habe eine kooperative Arbeitsteilung wie sie häufig gefordert werde, im Gegensatz zu einer eher thematischen Arbeitsteilung wie in den USA schon rein zahlenmäßig ihre Grenzen.

Nach Ansicht des Geschäftsführers der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Technologiezentren ist es grundsätzlich richtig, wenn im produktiven Bereich klare regionale Schwerpunkte innerhalb des Ruhrgebietes gesetzt werden. So habe es sich z.B. als gut erwiesen, das Stahlgeschäft auf Duisburg zu konzentrieren, ähnliches müsse nun auch für die Kohle etc. bedacht werden. Zur Rolle der in dieser Hinsicht umstrit-

²⁴ Betrieben wird der gesamte Prozeß der Wirtschaftsförderung weitgehend in kommunaler Regie, konsequent ist die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Dortmund keine GmbH, sondern ein Eigenbetrieb der Stadt - der aber im Sinne eines sozialverträglichen Wirtschaftens konsequent unternehmerische Gesichtspunkte zur Grundlage seiner Aktivitäten macht. Aus diesem Grund wird das Beispiel an dieser Stelle und nicht im Teil 2.2 „... aus politischer Sicht,“ abgehandelt.

²⁵ In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, inwieweit die staatliche bzw. kommunale Wirtschaftsförderung überhaupt noch an Standortentscheidungen der zumeist privaten Investoren mitwirken kann. Hierzu vergleiche Kap. 2.2 „... aus politischer Sicht,“

tenen Regionalkonferenzen äußert er sich im Prinzip positiv, lediglich viele der dort diskutierten Inhalte seien nicht zielführend. Im übrigen glaube auch er daran, daß mit einer besseren Vernetzung der Standorte und der unterschiedlichen Akteure viel erreicht werden könne. Dies trage u.a. dazu bei, daß Kompetenzen gestrafft werden könnten und sich entscheidungsorientierte Strukturen herausbildeten, die nicht an der Kommunalgrenze haltmachten. Als Projekt mit besonderem Potential erwähnt der Geschäftsführer des KVR in diesem Zusammenhang die hunderte Kilometer zusammenhängendes Schienennetz der Montanwirtschaft, die das gesamte Ruhrgebiet durchzögen und die weitgehend brachlägen. Ein anderes Beispiel ist nach Auffassung des Vertreters des RWI die besondere Situation in Gelsenkirchen, daß bei über 18% Arbeitslosen selbst quasi keine Flächen zur Verfügung habe, so daß hier eine enge Zusammenarbeit mit dem angrenzenden Kreis Recklinghausen und die Berücksichtigung von Pendlerstrukturen unerlässlich sei. Dennoch könne man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Kooperationsbereitschaft gering sei, obwohl das Ruhrgebiet nicht mehr recht wisse wohin - die Tagung reflektiere gewissermaßen die schlechten Zustände.

Ein Blick nach Pittsburgh zeigt nach übereinstimmender Auffassung aller Diskutierenden, daß die Region dort sehr viel homogener gegenüber potentiellen Investoren auftritt. Um auf der globalen Bühne eine erfolgreiche „Außenpolitik“ im Sinne einer durchdachten und auf Nachhaltigkeit geprüften Akquisition von unternehmerischen Aktivitäten zu betreiben, hält der Vertreter der Pittsburgh Regional Alliance (PRA) ein breites und gut koordiniertes Spektrum an Dienstleistungen für unerlässlich. Das Spektrum reiche von Online-Angeboten über Werbung hinsichtlich der regionalen Vorzüge bis zu einem maßgeschneiderten Consulting für Unternehmen, die z.B. eine Gewerbefläche suchen. Nach innen wirke die PRA als Koordinator und Mediator zwischen so verschiedenen Akteuren wie der kommunalen Infrastrukturplanung, der Tourismusagentur, der Handelskammer und anderen Beteiligten.

Um dieses komplexe Tätigkeitsspektrum strukturieren zu können und um allen Beteiligten eine gemeinsame Richtschnur vorzugeben, hatte sich die PRA im Jahr 1997 entschlossen, mit Unterstützung von McKinsey einen Aktionsplan für die Region zu erarbeiten, mit dessen Hilfe sie die wirtschaftliche Entwicklung dramatisch zu beschleunigen hoffte. Der ursprünglich auf fünf Jahre angelegte Aktionsplan unter dem Namen „A Marketing Strategy and Action Plan to Accelerate Economic Growth in Southwestern Pennsylvania“ war und ist nach Einschätzung des Vertreters der PRA ein großer Erfolg, mit dessen Hilfe bis heute geschäfts- bzw. imagefördernde Maß-

nahmen umgesetzt werden.²⁶ Eines der zentralen Ziele war die Schaffung von 77.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Region, in Ergänzung zu den ohnehin aufgrund des allgemeinen Wirtschaftswachstums prognostizierten 43.000 neuen Arbeitsplätzen. Als wichtigste Instrumente werden die Förderung von Humankapital und einer regionalen „Corporate Identity“ gesehen.

Seitens eines Zuhörers wird darauf hingewiesen, daß eine derart homogene Corporate Identity wohl kaum auf das Ruhrgebiet übertragbar sei - die Städte ständen wie geschildert in erheblicher Konkurrenz zueinander. Der Vertreter der PRA antwortet, natürlich sei das auch in Allegheny County und Umgebung nicht ganz problemlos, aber zuvorderst gehe es doch darum, potentiellen Investoren ein erstes attraktives Bild zu vermitteln, und da sei die Pittsburgher Skyline eben ein gemeinsames Symbol, hinter dem sich alle versammeln könnten. Weitergehend gibt er zu bedenken, daß, wenn man die Phase der reinen Überlebensstrategien hinter sich lassen wolle oder hinter sich gelassen habe, eine positive Sicht der Dinge entscheidend an Wert gewinne. In der Regel sei ein zu lange andauerndes Festhalten an alleiniger Hemmnis- bzw. Problembewältigung zu beobachten. Dies müsse ergänzt bzw. ersetzt werden durch Betrachtungen, wohin die Region bzw. die Individuen gerne gehen möchten, zu was sie werden möchten.

Aus dem Publikum heraus wird in diesem Zusammenhang weiter kritisiert, daß bei den gängigen technologie- oder faktenorientierten Betrachtungen häufig die emotionale Seite zu kurz komme. Es sei lange nicht alles so rational, wie es gemeinhin dargestellt werde, und u.a. sei entscheidend, welche Schlüsselpersonen mit welchem Erfahrungs- und Lebenshintergrund hinter bestimmten Entscheidungen stünden. Diese Kritik bezieht der Referent für die Region Lille auf die häufig diskutierte Rolle der französischen Regierung als dirigistisch-planerischer Institution und antwortet, daß zwar die Idee ursprünglich von der Regierung kam, daß aber nach über 20 Jahren die Region selbst zum tragenden Faktor geworden sei.²⁷ Der Vertreter der Universität Jena weist darauf hin, daß für ihn die Frage der Strategiefähigkeit von Parteien und Verbänden im Vordergrund stünde, deren Bereitschaft zum Reagieren oft erst angesichts massiver Krisen gegeben sei. Darüber hinaus seien naturgemäß persönliche Faktoren wichtig. Entscheidend seien jedoch die Rahmenvorgaben. Stimme der Rahmen nicht, könnten auch die besten Leute nichts machen. Auch der

²⁶ Die PRA hat sich mittlerweile entschlossen, ihre Programme aufgrund besserer Controlling-Möglichkeiten jährlich fortzuschreiben und hat den geographischen Fokus auf ein Gebiet rund um Pittsburgh eingeschränkt.

²⁷ Er geht dabei allerdings nicht auf die Rolle des Bürgermeisters von Lille ein, der in diesem Zusammenhang als Schlüsselperson beschrieben wird. So heißt es im Economist (a.a.O.): „The city's renaissance owes much to the craftiness of Pierre Mauroy, mayor and political baron of Lille since 1973, who, at hefty public cost, persuaded his socialist friends to lay the TGV track from Paris to the Channel Tunnel along a dog-legged detour through Lille..“

Direktor von CEPIS/INSTEAD äußert sich zurückhaltend zur Bedeutung der Schlüsselpersonen. Natürlich gebe es wichtige Personen, es sei aber Vorsicht geboten, ihnen zuviel Einfluß zuzuschreiben. Weil sich Wirkungen immer auf viele verteilen, sei letztlich die allgemeine Stimmung ebenso entscheidend.

Unter dem Strich bleibt festzustellen, daß die Dynamik der tertiären bzw. quartären Sektors nicht ausreicht, um die Verluste der Industrie bei den Arbeitsplätzen auszugleichen. Dies, ebenso wie die Ungleichgewichte in den Eignungs- und Anforderungsprofilen und auch ein geändertes Erwerbsverhalten erklärt nach Einschätzung des Vertreters der IHK Essen die hohe Arbeitslosigkeit in den vom Strukturwandel besonders betroffenen Hochburgen der industriellen Produktion. Fest stehe, daß der Sektor der industriellen Produktion sowohl in Hinsicht auf die Wertschöpfung als auch in Hinsicht auf die Arbeitsplätze weiter auf dem Rückzug sei. Man dürfe allerdings daraus keine falschen Schlüsse ziehen und z.B. nicht die Aktivposten übersehen: Nach wie vor sei die Industrie der Exportmotor Nummer Eins: Seit über 25 Jahren liege der Anteil der Güter des produzierenden Gewerbes am gesamten Export bei rund 90%. Ebenso werde nach wie vor fast die Hälfte aller Auszubildenden in gewerblich-technischen Berufen ausgebildet. Diese Tatsachen dürfen in Zeiten wachsender Märkte in Schwellenländern wie z.B. China zweifellos nicht vernachlässigt werden, und auch der Vertreter des RWI kommt zu dem Schluß, daß die Beibehaltung und Förderung industrieller Kerne unerläßliche Voraussetzung für ein Prosperieren des Dienstleistungssektors sei.

2.2 ... aus politischer Sicht

Strukturpolitik für das Ruhrgebiet ebenso wie für die anderen Regionen steht vor einem Paradigmenwechsel - darüber sind sich im Grundsatz alle Referenten einig. So weist der Vertreter des Arbeits- und Stadtentwicklungsministeriums in NRW zu Recht darauf hin, daß sich im Rahmen des allgemeinen Strukturwandels derzeit auch Theorie und Praxis der Raumwirtschaftspolitik neu definieren. Sowohl die Ziel-systeme als auch die organisatorischen und methodischen Rahmenbedingungen der regionalen Entwicklungspolitik befänden sich im Wandel. Offensichtliche wie scheinbare Widersprüche seien bereits auf der Leitbildebene vielfältig, z.B. gebe es:

- **Die soziale Stadt.** Anspruch ist es hier, die zunehmende sozialräumliche Differenzierung auszugleichen, um den Aufbau räumlicher Barrieren in den Städten zu verhindern. Positiv gesehen bedeute dies, die Funktionsfähigkeit der „Integrationsmaschine Stadt“ aufrecht zu erhalten.
- **Die freizeitorientierte Stadt.** Die Zielkonzeption setzt vorrangig darauf, die derzeit ausgesprochen große Dynamik im Freizeitsektor für Ziele der Stadtentwicklung zu nutzen, insbesondere im Sinne einer Wiederbelebung der Stadtzentren. Dabei wird naturgemäß angestrebt, städtische Entwicklungspolitik mit wirtschaftlichen Entwicklungen zu synchronisieren.
- **Die technologieorientierte Stadt.** Impulse des technologischen Wandels sollen stadt- bzw. regionalverträglich nutzbar gemacht werden. Dazu werden vor allem technologische Leitprojekte unterstützt.
- **Die kommunikative/virtuelle Stadt.** Dieses Leitbild zeigt erhebliche Überschneidungen mit der technologieorientierten Stadt, wobei hier die Auswirkungen auf das soziale Gefüge im Vordergrund stehen. Zum einen entwerfen neue IuK-Techniken den herkömmlichen öffentlichen Raum, zum anderen aber führen sie zur Herausbildung neuer Qualitäten, die auch erhebliche Potentiale für städtische bzw. regionale Qualitäten aufweisen. Ziel ist es hier, die Dezentralisierungspotentiale der IuK-Techniken für ein neues Urbanitäts- bzw. Regionenverständnis zu nutzen.
- **Die ökologische Stadt.** Analog zur Diskussion um das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung stehen Begriffe wie „Ressourcenschonung“, „Kreislauforientierung“, „Rückholbarkeit“ und „Integration von Umweltaspekten in soziales und wirtschaftliches Geschehen“ im Vordergrund dieses Ansatzes.

Diese vielfältigen Leitbilder entwickeln sich räumlich wie zeitlich versetzt. Charakteristisch ist, daß bislang keines der älteren Leitbilder zugunsten eines Neuen vollstän-

dig aufgegeben wurde, sondern daß sich in der Regel lediglich Handlungsschwerpunkte verschoben haben. Insofern hat zumindest bis heute ein echter Paradigmenwechsel noch nicht stattgefunden, denn schließlich impliziert er zwangsläufig einen Bruch mit alten Ansätzen. Weitergehend ist nach Ansicht des Referenten das Leitbild „**Die Stadt der Internationalen Bauausstellung**“. Der zentrale Denkansatz dieses Leitbildes liege darin, durch eine neue Form des Managements von Veränderungen vor allem punktuelle Entwicklungsimpulse geben zu können, die sich bei weitestmöglichem Erhalt von Eigendynamik zu einer Gesamtstrategie der Innovation verbinden lassen. Die bisherigen Leitbildmodifikationen spiegelten sich naturgemäß auch in den stetig wechselnden Programmen der Politik. Hemmnisse und Potentiale dieser Entwicklung könnten beispielhaft an den Schwerpunktsetzungen der Landesregierung NRW im Laufe der Jahre verdeutlicht werden:

- So folgte etwa dem Ruhrprogramm von 1968 das Nordrhein-Westfalen-Programm von 1975, denn jedes für das Ruhrgebiet gedachte Programm weckte Begehrlichkeiten im Rest des Landes, und die Politik mußte darauf eine Antwort finden. Politische Machtverhältnisse und die Bewußtseinslage der Bevölkerung kommen nach Einschätzung des Vertreters des Wirtschaftsministeriums NRW in vielen Diskussionen um die Strukturpolitik für alte Industrieregionen zu kurz.
- Die nächste programmatische Veränderung setzte mittels des Aktionsprogramms Ruhrgebiet ab 1979 einen stärkeren Schwerpunkt auf den Technologietransfer, denn infrastrukturelle Verbesserungen wie z.B. der Bau von Hochschulen erwiesen sich als nicht hinreichend für die Diffusion von Forschungsergebnissen in die Unternehmen. Damit wurde auch der erste Schritt weg von der vorrangigen Steuerung harter Faktoren wie Baumaßnahmen, Bereitstellung von Gewerbeflächen etc. hin zu einer Förderung weicher Standortfaktoren wie z.B. Vernetzung getan.
- Der Beginn der 80er Jahre war nach Einschätzung des Vertreters des Wirtschaftsministeriums NRW vor allem von einem Bewußtseinswandel in der gesamten Region gekennzeichnet. Die Konzentration auf das Neue stand im Vordergrund, und über die Politik hinausgehende Initiativen wie der Unternehmensverband Pro Ruhrgebiet oder die „Expertenkommission Montanregionen“ waren zeittypisch. Dieser qualitative Sprung sei letztlich zur Grundlage für die ab 1987 durchgeführte Zukunftsinitiative Montan-Regionen oder die 1989 ins Leben gerufene IBA-Emscherpark geworden.

Für jede Diskussion, jeden Prozeß zur Entscheidungsfindung muß dabei nach Aussage des Vertreters des Arbeits- und Stadtentwicklungsministeriums NRW berück-

sichtigt werden, daß sich nicht nur die inhaltlichen Rahmenvorgaben, sondern auch das Selbstverständnis der Regionalplanung weitgehend verändert hätten:

- Die finanziellen Handlungsspielräume der öffentlichen Hände seien eng begrenzt. Somit würden die Entwicklungspfade der Stadtentwicklung in erster Linie durch private Investoren bestimmt, und kommunale bzw. regionale Politik wandelt sich zwangsläufig von der Ordnungsinstanz zur Moderatorenfunktion. Damit verliere auch die traditionelle Arbeitsmethodik der öffentlichen Planung ihren Rahmen. Die Produktion von raumbezogenen Plänen weiche ebenfalls dem Bedarf nach Moderation und Mediation, und parallel zur Verlagerung der Investitionsdynamik vom öffentlichen in den privaten Sektor gewinnen Strategien des Public-Private-Partnership an Bedeutung.
- Die für eine nachhaltige Entwicklung zwingend erforderliche Langfristorientierung stehe angesichts der mittlerweile weltweit postulierten ökonomischen Flexibilität unter Druck. Stadtentwicklungspläne mit mehrjährigen Zielfestlegungen würden zunehmend als unflexible und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht angepaßte Selbstbindungen interpretiert, die der Wettbewerbsfähigkeit schaden.
- Einem allgemeinen Trend folgend werde auch der Erfolg kommunaler bzw. regionaler Steuerungsmodelle zunehmend an konkret meßbaren, zumeist wirtschaftlichen Indikatoren gemessen. Wesentliche Produkte der Regionalplanung wie Kommunikationsfähigkeit, Kooperation und Wohlergehen der Bürger ließen sich allerdings quantitativ nur bedingt nachweisen.

Als Folge der mit auf diesen Entwicklungen beruhenden populären Kritik an Bürokratie und Politik höre man immer häufiger die Forderung nach der Abschaffung von Planungsämtern. Deregulierung, mehr Entscheidungsfreiheiten für Bürger und Investoren, das seien Forderungen, von denen man annehmen dürfe, daß sie mittlerweile eine breite Zustimmung in der Bevölkerung finden. Derartige Forderungen sind aber nach Einschätzung des Vertreters des o.g. nordrhein-westfälischen Ministeriums in der Regel zu pauschal und berücksichtigen vor allem nicht, daß sich durch die genannten Veränderungen nicht nur Restriktionen ergeben, sondern daß im Gegenteil die Chance zur Neugestaltung ebenso darin ruht. So könne Stadtentwicklungspolitik vor dem Hintergrund der neuen Anforderungen nunmehr dynamischer, in neuen Handlungsfeldern, fachlich integrativer und in neuen Akteurskonstellationen agieren. Wesentliche Eckpunkte der regionalen bzw. Stadtentwicklungspolitik des Landes NRW stellen sich demzufolge wie folgt dar:

- Kleinräumige Strukturen (also z.B. Stadtteile, Nachbarschaften etc.) scheinen zu den großen Verlierern der Globalisierung bzw. der neuen Entwicklungen auf der Basis von Informations- und Kommunikationstechniken zu gehören. Gleichsam als unvermeidliche Gegenentwicklung wird aber das konkrete Bedürfnis nach Nachbarschaft durch das Gefühl einer zunehmenden Abhängigkeit von gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen und Kontrollverlust gestärkt. So dürfte es beispielsweise kaum zufällig sein, daß Diskussionen um kommunitaristische Ansätze in der Bundesrepublik derzeit eine Renaissance erleben.
- Das Dezentralisierungspotential der neuen Kommunikationstechnologien bietet zweifellos auch die Chance zu neuen Formen der Öffentlichkeit z.B. in Ballungsrandgebieten, es bleibt aber abzuwarten, welche Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens sich infolge der technologischen Möglichkeiten letztlich konkretisieren. Zur Zeit stehen isolationistische Tendenzen bzw. soziale Fragmentierung im Vordergrund. So zeigt die Erfahrung, daß sich auch im Ruhrgebiet immer größere zusammenhängende Gebiete in einer Wechselwirkung zwischen infrastrukturellen Defiziten, wirtschaftlichen Ungleichgewichten und sozialen Problemen zu einer Abwärtsspirale aggregieren. Unter dem Stichwort „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ sind derartige Bereiche notwendigerweise zu einem Schwerpunkt der Stadterneuerungspolitik geworden.
- Als wesentlichster Handlungsansatz gilt diesbezüglich in NRW die Zusammenführung bzw. das Synchronisieren der unterschiedlichen staatlichen Politik- und Subventionsbereiche mit dem Ziel, die Abwärtsspirale aufzuhalten und durch die Wiederherstellung eines Mindestmaßes an positiven Zukunftsoptionen die Handlungsfähigkeit der dort lebenden Menschen zu aktivieren. Stadterneuerungspolitik steht damit zunehmend im Zeichen einer räumlichen Ausgleichspolitik, die im Interesse einer Gesamtstabilisierung marktbedingte Differenzierungsprozesse in Gewinner und Verlierer ausbalanciert. Es muß betont werden, daß es dabei nicht um planerische Restriktionen auf Mikroebene geht, sondern darum, durch geeignete Rahmenvorgaben und Mindeststandards großräumig zu verhindern, daß sich an einzelnen Brennpunkten die beschriebenen Abwärtsspiralen in Gang setzen.
- Die Strategie der Synchronisierung verschiedener staatlicher wie kommunaler Handlungsansätze bestimmt auch die Politik auf der räumlichen Ebene der Städte im Ruhrgebiet. Akute wie chronische Probleme der Großstädte im Ruhrgebiet sind ausgiebig beschrieben worden und daher im Kern bekannt: Hohe Arbeitslosigkeit, Verarmung, Defizite der lokalen Infrastrukturen, finanzielle Restriktionen der öffentlichen Hände, Hilflosigkeit traditioneller Instrumente der

öffentlichen Steuerung von Stadtentwicklungsprozessen sind nur einige Stichworte. Andererseits ist aber unverkennbar, daß sich im Zusammenhang mit der europäischen Integration und dem wirtschaftlich-technologischen Strukturwandel neue Optionen insbesondere für Großstädte bzw. Ballungsräume ergeben.

Kennzeichnend für diese „Renaissance der Metropolen“ seien Standortentscheidungen großer, dynamischer Unternehmen der IuK-Branche, der Logistik und der Medienwirtschaft ebenso wie Hochschulen und Forschungsinstitute, die die Großstadregionen zu Wissenszentren machten. In diesem Zusammenhang verfügt nach Ansicht des Vertreters des Arbeitsministeriums NRW das Ruhrgebiet auch im internationalen Vergleich über hervorragende Optionen. Dementsprechend habe sich das Investitionsvolumen in Bereichen wie Infrastruktur und Logistik, Finanzdienstleistungen und „Entertainmentwirtschaft“ in den vergangenen Jahren deutlich vergrößert. Um diese Entwicklungen aufzugreifen und im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung für das Ruhrgebiet zu verstetigen, gelte es aus strategischer Sicht, zentrale Leitlinien zur Weiterentwicklung der Städte im Ruhrgebiet vor allem im Bereich der Profilierung und der regionalen Arbeitsteilung zu verfolgen und vorrangig auf die Bereiche Kultur, Medien, Kommunikationstechnologie und Freizeit anzuwenden.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang der eingangs bereits erwähnte KVR, dessen Vertreter ein überwiegend kritisches Bild der Gesamtlage und der Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene bzw. auch im Rahmen eines Kommunalverbundes zeichnet. Im Gegensatz zu Pittsburgh etwa ergebe sich besonderer regionaler Handlungsbedarf durch den ausgeprägten polyzentrischen Charakter der Region. Im hochverdichteten Raum Ruhrgebiet lebten rund 5,5 Mio. Menschen nicht in einer oder nur mit Bezug zu einer Metropole, sondern verteilt auf elf kreisfreie Großstädte und vier Kreise mit insgesamt 42 Kommunen. Ein gleichberechtigtes Nebeneinander ebenso wie gemeinsame Zieldefinitionen müßten deshalb mühsam und immer wieder neu erarbeitet werden, und es sei vor allem die Verantwortung des Landes, dem Ruhrgebiet eine dafür geeignete administrative Struktur an die Hand zu geben. Anstelle wechselnder Tagesparolen von aufzulösendem KVR bis zur Schaffung von Regionaldirektorenposten oder neuer Agenturen sei es entscheidend, dem Ruhrgebiet ein schlagkräftiges Dienstleistungsinstrument zur Seite zu stellen, das die Kommunen auf regionaler Ebene entlaste und voranbringe. Ein solches Instrument müsse nicht KVR heißen, entscheidend sei jedoch die angemessene Berücksichtigung des regionalen Know-How und die Zubilligung größerer formaler Kompetenzen durch das Land. Statt dessen sei zu befürchten, daß die Ruhrgebietskommunen im Rahmen des derzeit auf Landesebene diskutierten Reformmodells künftig für weniger regionale Leistung lediglich mehr bezahlen sollten.

Die Kritik wird im Grundsatz auch von anderen Referenten geteilt, es wird jedoch generell bemängelt, daß der Kritik offenbar zu wenig eigene zugkräftige Alternativkonzepte gegenüberstehen. So wird insbesondere das Fehlen von Angeboten einer gemeinsamen „Außenpolitik“ im Sinne einer für die übrige Welt nachvollziehbaren und attraktiven Darstellung der besonderen Ruhrgebietsqualitäten vermißt. Kritische Stimmen aus dem Publikum weisen darauf hin, daß die Internet-Darstellung des KVR üblichen Marketingstandards nicht genüge – vor allem seien nicht einmal englischsprachige Seiten als erste Voraussetzung für die Wahrnehmung durch potentielle ausländische Investoren oder Besucher vorhanden. Desweiteren wird gefragt, welche Strukturen geschaffen werden müßten, um „Frühwarnsysteme“, proaktive Information und Dialog zu fördern, und welche Akteure in diesem Zusammenhang identifiziert worden seien. Die Antwort lautet, daß die vorhandenen neun Verwaltungsebenen zu kompliziert seien. Viele Akteure wüßten nichts voneinander respektive von den jeweiligen Aktivitäten der anderen, insgesamt seien auch zu viele verschiedenen Kompetenzen vorhanden. Allein aus diesem Grund erscheine es attraktiver, anstelle des bisherigen KVR mit seinen wenigen Kompetenzen Dienstleistungszentren analog dem altem SVR-System²⁸ mit planerischen und Entwicklungskompetenzen einzurichten.

Allein aus finanziellem Druck heraus gebe es hier erheblichen Handlungsbedarf. So sind sich mehrere Referenten einig, daß beispielsweise die regionalpolitischen Fördermittel auf EU-Ebene spätestens mit der EU-Osterweiterung dramatisch abnehmen würden. Derartigen Entwicklungen kann nach Aussagen der Duisburger Oberbürgermeisterin letztlich nur durch ein eigenes, integriertes Konzept begegnet werden, mit dem Sachverstand und Handlungsfähigkeit unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung zusammengeführt werden könnten. Integration meine auch, daß in Zukunft noch stärker als bislang schon seit Jahrzehnten unter dem Schlagwort Public-Private-Partnership (PPP) diskutierte Konzepte zum Zuge kämen. Dies bedeute keinen Rückzug der Politik als gestaltende Kraft, sondern sei als Bekenntnis zu standortspezifischen Entwicklungsmöglichkeiten in einer Zeit zu verstehen, die keinen Platz für Patentlösungen mehr biete. Ein typisches Beispiel für eine Einbeziehung der individuellen Standortqualitäten ist nach Auffassung der Duisburger Oberbürgermeisterin z.B. die Tatsache, daß trotz einer insgesamt nachlassenden Bedeutung des Montansektors die Stahlproduktion dennoch ein wichtiges Standbein für die individuelle Duisburger Situation bleibe.

Ein andere, auch im Ruhrgebietsverband individuelle Stärke von Duisburg sei zweifellos Europas größter Binnenhafen mit rund 15.000 Arbeitsplätzen. Nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, daß in 200 km Umkreis 60 Mio. Europäer lebten, sei Duis-

²⁸ als Vorläufer des KVR existierte der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk SVR.

burg prädestiniert als Logistikzentrum, zumal die Branche in Europa rund 175 Mrd. DM p.a. mit zweistelligen Wachstumsraten umsetze. Aufgrund der Lage des Hafens sei er überdies von zentraler Bedeutung für die Innenstadtentwicklung, so daß hier vielfältige Aktivitäten der kommunal- und regionalpolitischen Unterstützung bedürften. In diesem Zusammenhang sei z.B. die Förderung der Vernetzung mit den Aktivitäten der Mercator-Universität bzw. des Technologietransfers, z.B. in Form des Mikroelektronikparks in Duisburg-Neudorf mit seinem sehenswerten Zentralgebäude des Architekten Norman Foster, erwähnenswert. Um den Rhein respektive das Hafengelände mit der Innenstadt zu verbinden, sei u.a. auf einem Gelände von ca. 89 ha eine Mischbebauung mit Freizeitbezug geplant. Insgesamt gehe man soweit, ein ganzes Walzwerk zu verlagern, um im Stadtteil Duisburg-Hochfeld Raum für Tertiärfunktionen und einen ansprechenden Zugang zum Rhein zu schaffen. Damit finde der ideell ausgeprägte Rheinbezug – mit den Städten der Rheinachse wie Düsseldorf oder Krefeld verbinde Duisburg ohnehin mehr als mit dem klassischen Ruhrgebiet – auch verstärkt seinen räumlichen bzw. materiellen Ausdruck.

Positive Aspekte in der Bereitstellung von Gewerbeflächen sieht auch der Vertreter des Wirtschaftsministeriums NRW. Hier folge die Landesregierung schon seit vielen Jahren erfolgreich dem Grundsatz „Brache vor Freiraum“ (vgl. auch Umweltaspekte unter Kap. 1.1). Um die vorhandene Infrastruktur nicht zu entwerten und vor allem den gewaltigen Ballungsraum von über 4.300 km² nicht weiter ausufern zu lassen (vgl. auch den „urban sprawl“ in Pittsburgh, Kap. 2.3), werde es auch weiterhin Aufgabe der Landesregierung bleiben, alte Industriebrachen mit gehörigem Mitteleinsatz so aufzubereiten, daß sie für neue Nutzungen zur Verfügung stünden. Beispiele in diesem Zusammenhang seien das CentrO in Oberhausen oder die geplante Überbauung des Dortmunder Hauptbahnhofs. Auch die Referenten aus anderen Städten des Ruhrgebiets nennen vergleichbare Umnutzungen: So stehe z.B. das Casa-Zentrum mit Einzelhandel, Spielbank und Stadion in der Nähe des Duisburger Hauptbahnhofs gleichermaßen unter dem Anspruch des direkten wirtschaftlichen Erfolgs wie auch einer Wiederbelebung der Innenstadt. Essen habe in diesem Zusammenhang in den vergangenen fünf Jahren in unveränderten kommunalen Grenzen rund 60.000 m² Bürofläche neu errichtet.

An diesen kommunalen Beispielen mag die Vielschichtigkeit deutlich werden, an der Entscheidungen zur Standortförderung nach individuellen Vorgaben orientiert werden müssen. Trotz dieser vielfältigen und überwiegend auch erfolgreichen Maßnahmen weist das Ruhrgebiet allein aufgrund seiner Wirtschaftsgeschichte bis heute aber dennoch einige erhebliche Defizite auf, die nach Einschätzung des Vertreters aus dem Wirtschaftsministerium NRW ursächlich für eine trotz vieler Erfolge nach wie vor unbefriedigende Lage sind und somit zu den größten Herausforderungen

gehören: So sei beispielsweise die Zahl der Handwerksbetriebe im Ruhrgebiet besonders gering: In Bayern gebe es rund 100 Betriebe pro 10.000 Einwohner, in NRW durchschnittlich nur 70, im Ruhrgebiet sogar nur 60 Betriebe.²⁹ In diesem beschäftigungsintensiven Sektor seien die Potentiale noch nicht ausgeschöpft. Ähnlich schlecht sehe es mit den Bereichen Bildung und Ausbildung aus: So liege heute insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet, z.B. in Gelsenkirchen mit 23,9% der Anteil der Abiturienten und Abiturientinnen deutlich niedriger als der Landesdurchschnitt von 27,0%, der bundesweit zurückgehende Anteil an Hauptschulabgängern dagegen entsprechend höher (26.6% statt 24.2% im Landesdurchschnitt).

Dies konterkariere die ansonsten für NRW positive Entwicklung, bei der sich von 1980 bis 1998 der Anteil der Schulabgänger mit Abitur von 16,9% auf 27% gesteigert habe. Der Anteil der Hauptschulabsolventen hingegen sei von 36,7 auf 24,2% gesunken. Und auch im Dualen Ausbildungssystem, in dem Berufsschulen und Unternehmen gemeinsam die berufliche Ausbildung der Arbeitskräfte betreiben, sei die Situation im Ruhrgebiet schwieriger als anderswo in NRW. Sowohl durch demografische Entwicklungen, aber auch durch den Rückgang der Industrie habe sich in den letzten Jahren eine ernstzunehmende Schieflage auf dem Markt für Ausbildungsstellen eingestellt. Nicht alle Bewerber hätten daher einen Ausbildungsplatz erhalten können.

Aus diesem Grund habe die Landesregierung seit 1996 besondere Schwerpunktprogramme und Initiativen unter dem Dach des „Ausbildungskonsens NRW“ ins Leben gerufen, von deren Erfolgen das Ruhrgebiet in gleichem Maß wie die anderen Landesteile habe profitieren können. Besonderer Wert werde in diesem Zusammenhang auch auf die Ausbildung in neuen Berufsbildern gelegt, vor allem unter dem Gesichtspunkt der überall durchschlagenden Entwicklungen der Informations- und Kommunikationstechnik.

Ungleich schwieriger erscheint jedoch die Situation der Langzeitarbeitslosen bzw. allgemein derjenigen Beschäftigten, die bislang vergleichsweise einfache Tätigkeiten ausüben oder ausgeübt haben. Auch hier können nach Ansicht des Referenten aus dem Wirtschaftsministerium NRW letztlich nur Qualifizierungsmaßnahmen helfen, eine weitere Subventionierung wie heute stelle keine Lösung dar, statt dessen seien Kombilohn-Experimente ein denkbarer Ansatz.

²⁹ Nach Aussage des RWI-Vertreters ist dieser Zustand weit über das Handwerk hinaus charakteristisch für die traditionell geringe Verflechtung des großindustriellen Montansektors mit klein- und mittelständischen Unternehmen. In den Montanunternehmen habe es immer einen besonders hohen Grad an Selbsterstellung von Leistungen gegeben.

Als weitere, dringlich zu ändernde politische Rahmenbedingungen ergänzt die Vizepräsidentin des Landtages NRW noch folgende Aspekte:

- Die Förderrichtlinien für Unternehmen müßten stärker auf lokale bis regionale Aktivitäten ausgerichtet werden. Derzeit würden z.B. Unternehmen gefördert, wenn sie mehr als 50 km transportierten (Exportförderung).
- Es sei ein weiteres Umdenken erforderlich von der autogerechten zur menschengerechten Stadt, worunter eine Vielzahl von Maßnahmen aus den Bereichen ÖPNV, Arbeiten und Wohnen, Wiederbelebung von Stadtvierteln etc. subsumiert werden könnten. Sog. Factory Outlets auf der grünen Wiese seien hier nicht der richtige Weg.
- Insgesamt sei die politischen Schwerpunktsetzungen im Sektor Mobilität kritisch zu hinterfragen, allein vor dem Hintergrund daß es heute bereits mehr Arbeitsplätze im Umweltschutz als im Automobilbau gebe.³⁰

³⁰ Hier stellt sich allerdings die Frage, ob die Zahl der Arbeitsplätze ein sinnvoll gewählter Indikator ist: Erstens bleibt unklar, wieviel Arbeitsplätze hier zum Umweltschutz hinzugerechnet werden (z.B. im umstrittenen Entsorgungsbereich), zweitens werden die Wertschöpfung bzw. indirekte Arbeitsplatzwirkungen pro Arbeitsplatz nicht berücksichtigt, und drittens erscheint es nicht unwahrscheinlich, daß bei hohem Automatisierungsgrad mit einer vergleichsweise geringen Zahl von Arbeitsplätzen sehr viele Autos produziert werden, deren unerwünschte Nebenwirkungen (Unfälle, Krankheiten, Umweltbelastungen) dann mit einer sehr viel höheren Zahl von Arbeitsplätzen auch im Umweltschutz zu beiseitigen wären – eine sicherlich nicht erwünschte Wirkung.

2.3 ... aus wissenschaftlicher Sicht

Aus wissenschaftlicher Sicht stellt sich nach Einschätzung des Vertreters des RWI Essen erst einmal die grundsätzliche Frage, inwieweit die Bezeichnung Ruhrgebiet überhaupt eine sinnvolle Betrachtungseinheit darstelle. Zwar könne das Ruhrgebiet wirtschaftshistorisch über die Standorte der Montanindustrie abgegrenzt werden, versuche man aber, diese Abgrenzung aus heutiger Sicht nachzuvollziehen³¹, so zerfalle die Region in wenigstens drei Teilräume, die zum einen über die traditionellen Grenzen deutlich hinausgehen, zum anderen aber auch innerhalb dieser Grenzen große Unterschiede aufwiesen. So habe beispielsweise eine Region wie Hagen heute nur noch sehr wenig mit dem Ruhrgebiet gemeinsam (vgl. hierzu auch die Äußerungen der Duisburger OB in Kap. 2.2). Trotz dieser Brüche bezeichne man heute pragmatisch jene Kreise als Ruhrgebiet, die im gleichnamigen Kommunalverband zusammengeschlossen sind, und im allgemeinen Bewußtsein werde trotz oder gerade wegen der Vielzahl quer dazu liegender Verwaltungsgliederungen, wirtschaftlicher und kultureller Unterschiede an der historisch gewachsenen Abgrenzung mit all ihren Unschärfen festgehalten. Im Einzelfall, etwa bei raumpolnerischen Entscheidungen in einem Ballungsraum von über 5 Millionen Menschen, dürfen diese Differenzen natürlich nicht aus dem Auge verloren werden.

Bedenklich stimmen nach Ansicht des RWI-Vertreters vor allem die Tatsachen, daß a) sich der Dienstleistungssektor weitaus schwächer als im Landesdurchschnitt entwickelt habe und b) die Arbeitslosenquote auch nach Jahrzehnten immer noch erheblich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt liege (September 1998: 16%, im Landesdurchschnitt ohne Ruhrgebiet dagegen nur 11%, im Bundesdurchschnitt rund 10%). Diese Zahlen sprächen bei oberflächlicher Betrachtung dafür, daß die regionale Wirtschaftspolitik ein Fehlschlag gewesen sei, bei differenzierter Betrachtung hingegen sei diese These in mehrfacher Hinsicht zu widerlegen. Dazu seien als erstes wesentliche Ursachen der Krise zu benennen:

- Die geologischen Bedingungen im Kohlenbergbau des Ruhrgebiets ebenso wie im Braunkohlenbergbau angrenzender Gebiete benachteiligten die entsprechenden Grundstoffindustrien gegenüber der globalen Konkurrenz. Diese Benachteiligung nimmt bis heute zu. Zudem ging die Nachfrage aufgrund der Substitution dieser Energieträger, i.w. durch Erdöl, Erdgas und Kernenergie erheblich zurück.
- Auch die Stahlindustrie stand durch verschiedene Faktoren unter erheblichem Kostendruck. Stellvertretend seien hier nur Wechselkursprobleme, ein hohes

³¹ Etwa mittels Verflechtungsanalysen

Lohnniveau inklusive hoher Lohnnebenkosten, schwankende Nachfrage und Umweltauflagen genannt. Insbesondere die Beendigung der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg, der Aufbau großer Kapazitäten in Süd- und Osteuropa sowie der Verlust von Marktanteilen an andere Werkstoffe, i.w. Kunststoffe und Nichteisenmetalle setzten die Stahlindustrie unter erheblichen Anpassungsdruck.

- Die Krise des Montansektors wirkte sich in vielfältiger Weise auch auf die anderen Branchen aus: Eine Vielzahl von Zulieferern waren betroffen, und der Montansektor wies eine geringe Verflechtung mit kleinen und mittleren Unternehmen aus, so daß u.a. viele handwerkliche Leistungen von den Großunternehmen in Eigenleistung erbracht wurden. Das wiederum hatte einen geringen Besatz mit Handwerksbetrieben zur Folge, die heute zu den Positivposten im Arbeitsmarkt gehören.
- Die funktionale Trennung von Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit, wie sie als stadtplanerischer Anspruch z.B. in der Charta von Athen verankert ist, ist im Ruhrgebiet häufig nicht vorhanden. Klassischerweise waren Wohngebiete unmittelbar rund um Zechen oder Stahlwerke angeordnet, so daß eine aufgegebene Produktionsfläche nicht ohne weiteres einer neuen wirtschaftlichen Nutzung offenstand.
- Die Qualifizierung der arbeitenden Bevölkerung war vergleichsweise hoch³², jedoch sehr spezifisch. So geht die Qualifikation eines Hüttenfacharbeiters mit dem Stahlwerk unter. Für viele neue Branchen hingegen, z.B. die Mikroelektronik oder die Biotechnologie waren keine qualifizierten Kräfte vorhanden. Angesichts des allgemeinen Trends zur Rezession während des Aufkommens dieser Technologien war auch an die Ansiedlung junger Betriebe, die entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte ins Ruhrgebiet hätten ziehen können, kaum zu denken. Zudem waren vielfach Standortbedingungen nicht attraktiv genug.

Hinzu komme, daß oft übersehen werde, daß Teilregionen des Ruhrgebiets zu unterschiedlichen Zeiten von den Montankrisen erfaßt wurden und bis hinunter auf die Ebene einzelner Stadtteile sehr verschiedene Ausgangsbedingungen für die Krisenbewältigung hatten. So wurden die klassischen Bergbaustandorte entlang des Hellwegs (v.a. Dortmund, Bochum, Essen) zu einem Zeitpunkt betroffen, als auf Westdeutschland bezogen noch Vollbeschäftigung herrschte. Bereiche wie Duisburg oder der Kreis Recklinghausen hingegen wurden von der Stahlkrise zu einer Zeit erfaßt, als Arbeitslosigkeit schon ein beherrschendes Thema für ganz Westdeutschland

³² gemessen am Facharbeiteranteil

war. Typisch für diesen Zeitraum sei auch der generelle Trend zur Deindustrialisierung von Ballungsräumen gewesen, der auch vor Köln oder Düsseldorf nicht haltgemacht habe. Die Regionalpolitik der Gebietskörperschaften, von der EU über den Bund bis zum Land NRW habe angesichts dieser gesamtwirtschaftlichen Umstände *nur begrenzte Wirksamkeit entfalten können*. In Zeiten, in denen starke und schwache Regionen lediglich nach dem Grad des Anstiegs der Arbeitslosigkeit unterschieden würden, sei eine aktive Sanierung von Regionen nahezu unmöglich. Neue Perspektiven für das Ruhrgebiet sieht der Vertreter des RWI im wesentlichen entlang der generellen Entwicklungslinien für qualifizierte Tätigkeiten in Zusammenhang mit neuen Technologien. Das zeigten nach seiner Ansicht die sich herauskristallisierenden Schwerpunkte Softwareindustrie in Dortmund, Telekommunikation in Essen und Logistik in Duisburg. Dazu trügen entscheidend die politischen Vorgaben bei, die von einer Rekultivierung der Montanflächen über den systematischen Aufbau der dichtesten Universitätslandschaft Europas bis zur Verbesserung der Umweltbedingungen reichten.

Der ehemalige Rektor der Universität Duisburg gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, daß die alleinige Veränderung institutioneller Strukturen, z.B. in Form einer technologieorientierten Förderung von Universitätseinrichtungen etc. keinesfalls ausreiche. Der Strukturwandel müsse in den Köpfen der Betroffenen beginnen, ansonsten drohe z.B. die Universität ein Fremdkörper zu bleiben. Drastisch gesprochen *müßten die Verantwortlichen statt an akademischen Erfolgen (z.B. invited lectures) mehr an Erfolgen vor Ort interessiert sein* – ein ungleich schwieriger zu vermittelnder Bereich. Die Universität könne wohl durch Gründungshilfe für High-Tech-Unternehmen 1000 Arbeitsplätze schaffen, gleichzeitig gingen aber am Stahlstandort Rheinhausen 15.000 traditionelle Arbeitsplätze verloren, und die Universität beteilige sich zwangsläufig durch F&E im Bereich Automatisierung daran. Um solche Entwicklungen wenigstens teilweise auffangen zu können, müsse über Parteigrenzen hinweg gedacht und gearbeitet werden, müsse sich die Universität von der reinen Wissenschaft in die Region entwickeln. Entsprechende Schwerpunktsetzungen seien dringlich, denn Duisburg habe heute rund 16% Arbeitslosigkeit, 1992 seien es erst 12% gewesen. Aus Sicht des ehemaligen Rektors der Universität darf es nicht darum gehen, die Verhältnisse schönzureden, sondern in offener Auseinandersetzung gemeinsam herauszufinden, wie man die Zustände frei von ideologischer Voreingenommenheit ändern könne.

Nach Ansicht des Referenten von der Universität Jena bleibt aber dennoch nur der Weg, in Richtung Hochqualifizierung weiterzugehen. Arbeitsplatzabbau werde ohnehin in der Regel *primär über Migration und nicht über Strukturwandel gelöst*. Diese Erfahrung sei nicht auf amerikanische Verhältnisse beschränkt (vgl. Pittsburgh),

auch die von der Strukturkrise betroffenen neuen Bundesländer zeigten dies mit einem Bevölkerungsverlust von über 10%. Die Frage, ob die Abwanderung dann irgendwann vom Strukturwandel aufgefangen worden sei oder lediglich aufgrund des abgetragenen Überhanges aufgehört habe, sei eigentlich falsch gestellt. Beides wirke wechselseitig, so wirke z.B. die Neigung der Alten, dazubleiben, stabilisierend, indem u.a. neue Arbeitsplätze im Gesundheitssektor entstünden.

Um für das Ruhrgebiet Lösungen zu erarbeiten, böten sich vor allem zwei Vergleiche an: Zum einen ein problembezogener Vergleich und zum anderen die Frage, wie es an guten Standorten aussehe bzw. was davon übertragbar sei. Bei letzterem ergäben sich allerdings zwangsläufig Grenzen, so sei z.B. die Entwicklung am Stahlstandort Göteborg ungleich erfolgreicher, aber mit der Riesenregion Ruhrgebiet eben nur schwer vergleichbar. Eine erste grobe Standortbetrachtung unter dem Blickwinkel Forschung und Entwicklung ergebe aus seiner Sicht folgende Eckpunkte:

- Branchen mit know-how-intensivem Charakter und hochqualifizierten Arbeitskräften seien traditionell sehr gering vorhanden und im Ruhrgebiet nach wie vor unterdurchschnittlich repräsentiert. Seit einigen Jahren verlaufe das Wachstum in diesen Bereichen im westdeutschen Durchschnitt, d.h. zumindest der Anschluß werde gehalten, von einem Aufholen könne aber keine Rede sein.
- Forschungsstrukturen mit Anbindung an internationale Netzwerke seien nach den ihm vorliegenden Zahlen immer noch weit unterrepräsentiert. So betrage der Anteil im Bereich Spitzentechnologie nur ca. 3,5%, im Vergleich zum deutschlandweiten Durchschnitt von ca. 13%.
- Im Hinblick auf die erforderliche Flexibilität von Strukturen und Unternehmensgrößen müsse nach Branchen unterschieden werden. So seien die Voraussetzungen im Fahrzeugbau mit vergleichsweise geringen F&E-Aktivitäten schlechter zu beurteilen als die insgesamt guten Ausgangsbedingungen im Bereich Chemie im weitesten Sinne, hier vor allem in den Sektoren Biotechnologie und Umwelttechnik, in denen eine kontinuierlich steigende Anzahl von KMU zu beobachten sei.

Parallel zu den wirtschaftlichen Entwicklungen sei auch ein Lernprozeß in der Politik zu beobachten, der vom Schwerpunkt Innovationsförderung in den 80er Jahren zur Regionalen Wirtschaftsförderung in den 90er Jahren geführt habe. Für die Zukunft sei hier seines Erachtens eine konsequente Weiterentwicklung in Richtung auf endogene Faktoren wichtig. Der Strukturwandel müsse in der Tat von innen kommen, also wie bereits gesagt auch in den Köpfen der Betroffenen verankert werden, denn

exogene Faktoren wie Förderung und Investitionsbereitschaft ließen zwangsläufig angesichts neu entstehender Angebote (z.B. in mittel- und osteuropäischen Staaten) nach. Es sei daher der richtige Weg, Netzwerke und lokale Stärken zu fördern, wobei man natürlich neue Technologien stets im Auge behalten müsse.

In Hinsicht auf die lokalen Stärken wird aus dem Publikum bemerkt, daß es wohl symptomatisch für alle Regionen sei, sich selbst in den Mittelpunkt der Entwicklungen zu rücken, wobei dann im Zweifel doch wieder jeder auf überregional erfolgreiche Entwicklungen setze. Hier stelle sich die Frage, ob nicht bei aller Berücksichtigung lokaler Stärken doch auch die überregionale Kooperation eine entscheidende Rolle spiele. Ansonsten bestehe die Gefahr, daß sich der kommunale Wettbewerb lediglich auf eine Ebene höher verlagere? Darauf antwortet der Direktor von CEPS/INSTEAD, es komme in der Tat auf die richtige Mischung an. Am Beispiel Luxemburg als Vier-Länder-Gebiet lasse sich verdeutlichen, daß wenn alle Regionen dasselbe täten, sie sich tatsächlich blockieren würden. Jede der Regionen müsse die richtigen Nischen besetzen, jede der Subregionen habe verschiedene Stärken und Schwächen, unterschiedliche Souveränitätsgrade und verschiedene Entwicklungsgeschwindigkeiten.

Diese Anforderungen lassen sich prinzipiell auch am Beispiel Pittsburgh nachvollziehen. So muß nach übereinstimmenden Aussagen der Vertreter der University of Pittsburgh berücksichtigt werden, daß weder die Arbeitslosigkeit noch die wirtschaftliche Entwicklung in der Region Pittsburgh so homogen verteilt waren, wie es die Übersichtszahlen auf den ersten Blick erscheinen lassen. Beispielsweise rangierte Allegheny County mit 128 verschiedenen Kommunen mit einer Einwohnerzahl von meist unter 10.000 auf dem 2. Platz in den USA hinsichtlich kommunaler Fragmentierung.

Diese hochgradige Fragmentierung, insbesondere in der unmittelbaren Umgebung von Pittsburgh, habe zu zusätzlichen Problemen beim Strukturwandel beigetragen, vor allem weil die verfügbaren öffentlichen Ressourcen zur wirtschaftlichen Entwicklung bei den einzelnen Gemeinden sehr begrenzt waren und es zusätzlichen Aufwand bedeutete, sie zu bündeln. Innerhalb der 80er Jahre wurde z.B. innerhalb der Stadtgrenzen von Pittsburgh lediglich ein Stahlwerk geschlossen. In diesem Fall verfügte Pittsburgh als Großstadt über genügend Reserven, um sich wirtschaftlich vergleichsweise schnell von diesem Einbruch zu erholen. In der Umgebung hingegen, z.B. entlang des Monongahela Flusses südlich der Stadtgrenzen, im sog. Mon Valley, habe es anders ausgesehen: Sechs Stahlwerke seien im Lauf der 80er Jahre geschlossen worden, zwei weitere stellten ihre Stahlproduktion weitgehend ein und produzierten lediglich noch eingeschränkt im Bereich der Metallverarbeitung und Verkokung.

Für die hier betroffenen kleinen Städte habe diese Entwicklung ein verheerendes Ausmaß angenommen, weil der größte Teil der kommunalen Einkünfte und der Arbeitsplätze verloren ging. Dementsprechend hätten sich die meisten kleineren Stahlstandorte in der Umgebung von Pittsburgh bis heute nicht erholt. Bevölkerungsverlust und ein besonders hoher Anteil an alten und an arbeitslosen Menschen kennzeichneten die Situation, oftmals sei die finanzielle Basis der Kommunen durch das Ausbleiben von Steuereinnahmen völlig zusammengebrochen. An anderen Stellen hingegen sei robustes Wachstum zu beobachten, das zum Teil auf die auch in den USA endemische Suburbanisierung zurückzuführen sei, zum Teil aber auch auf mehr Arbeitsplätze in der Innenstadt selbst (trotz zurückgehender Bevölkerung), und zum Teil auf Einflüsse wie den neuen Flughafen oder Industrieparks.

Natürlich könne nicht nur nach der geographischen Verteilung differenziert werden, sondern ebenso auch nach der sozialen Verteilung. So seien in den 80er Jahren naturgemäß sehr viel mehr Arbeitsplätze in der Produktion (sog. blue collar jobs) verlorengegangen als Schreibtischarbeitsplätze in Management und Verwaltung (sog. white collar jobs). Vor allem die afro-amerikanische Bevölkerung sei vom Arbeitsplatzverlust in der Produktion besonders hart betroffen. Die entsprechenden Unterschiede in den Arbeitslosenzahlen und in der Armutssituation dauerten bis heute an, und Pittsburgh gehöre in dieser Hinsicht nach wie vor zu den am meisten betroffenen Regionen der USA.³³

So positiv die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitslosenzahlen in der Region Pittsburgh zweifellos sei, so sehr gelte es doch zu berücksichtigen, daß Arbeitslosenzahlen lediglich die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage repräsentierten. Sie erlaubten z.B. für sich genommen noch keine Aussage darüber, inwieweit sich auch durch sinkende Nachfrage eine Verbesserung ergeben habe. Hier liege einer der Schlüssel für die Entwicklung in Pittsburgh, die in hohem Maße durch Abwanderung von Arbeitssuchenden mitbestimmt sei: Zwar entstand wie geschildert ein Angebot an neuen Arbeitsplätzen in der Region, jedoch in einem Ausmaß, das gemessen an der Entwicklung im Rest der USA bescheiden genannt werden müsse.

Der Löwenanteil der positiven Entwicklung der Arbeitslosenzahlen müsse also der Nachfrageseite zugeordnet werden. Hier seien zwei Faktoren entscheidend: Zum einen eine regelrechte Auswanderungswelle - binnen weniger Jahre verließen über 200.000 Menschen die Region.³⁴ Zum anderen die qualitativen Auswirkungen die-

³³ vgl. Banks (1994) Economic Benchmarks Report. University of Pittsburgh, Center for Social and Urban Research. Pittsburgh.

³⁴ In den Vereinigten Staaten ist die wirtschaftlich-technologische Entwicklung seit jeher mit einer besonderen Mobilität der arbeitenden Bevölkerung verbunden. Generell ist z.B. die Bereitschaft höher, bei Bedarf häufig umzuziehen oder regelmässig weitere Strecken zwischen Arbeitsplatz und Wohnort zurückzulegen.

ser Auswanderung: Migration wirke selektiv, so daß es nicht überrasche, daß ein besonders hoher Anteil der Migranten junge, mobile und arbeitssuchende Menschen gewesen seien. In der Folge habe sich die demografische Zusammensetzung massiv in Richtung älterer Jahrgänge verschoben, und die besondere soziale Problematik von Langzeitarbeitslosigkeit und Altersarmut trat deutlicher hervor. Diejenigen, die die Suche nach Arbeit aufgegeben hatten (und damit zudem nicht länger in der Arbeitslosenstatistik geführt wurden), verblieben oft genug allein aus ihrer wirtschaftlichen Zwangslage heraus in der Region. Der Bevölkerungsanteil derjenigen, die 65 und älter sind, habe schließlich in der Region im Jahr 1998 bei 17,4% gegenüber 12,3% für die USA insgesamt gelegen und gehöre damit zu den höchsten in den USA. Im engeren Bereich um die Stadt Pittsburgh selbst (Allegheny County) seien sogar 18,3% der Bevölkerung 65 Jahre und älter.

Zusammenfassend kann jedoch nach Ansicht einiger Vertreter der University of Pittsburgh festgestellt werden, daß die Region trotz vieler immer noch nicht verheilten Narben die Krise des Niedergangs der (US-)Stahlindustrie grundsätzlich überstanden habe. Seit 1986 gehe es langsam, aber stetig aufwärts. Als 1998 die letzte Kokerei innerhalb der Stadtgrenzen von Pittsburgh - und damit die letzte mit der Stahlerzeugung noch verbundene Aktivität - geschlossen worden sei, war die Arbeitslosenrate in der Region, genauer in Allegheny County, auf dem historischen Tief von 3,3%. Wichtige Arbeitsplätze entstanden wie beschrieben z.B. im High-Tech-Sektor, aber auch im Bereich der industriellen Produktion habe die Talfahrt gestoppt werden können, denn Pittsburgh sei in der Lage gewesen, in diesem Sektor einige bedeutende Investoren anzuziehen (vgl. auch Kap. 1.2).

Der beste Beweis für die Überwindung der Strukturkrise sei aber wohl das Ende der großen Abwanderung aus der Region. Seit Ende der 80er Jahre habe sich der Trend teilweise umkehren lassen, und auch wenn aktuell wieder ein leichter Anstieg der Abwanderung zu beobachten sei, reichten diese Zahlen bei weitem nicht an die Größenordnungen früherer Jahrzehnte heran. Für ein vorläufiges Ende der Krise bzw. eine substantielle Erholung spreche auch die makroökonomische Entwicklung. Während infolge der Rezession von 1982 die Entwicklung in den USA und Pittsburgh gegenläufig waren (USA in den folgenden Jahren positiv, Pittsburgh negativ), hat Pittsburgh in der allgemeinen Rezession von 1990 und der anschließenden Erholung den Anschluß an den generellen Trend wiedergefunden. Wichtige etablierte Sektoren wie Bau und Transport lagen Anfang der 90er Jahre sogar über dem nationalen Durchschnitt, ebenso wie einige zukunftsorientierte Wachstumsbranchen, z.B. Banken, Information und Kommunikation, Bildung, Recht, Wissenschaft und Forschung erweiterten ihr Spektrum parallel von den klassischen medizinischen Schwerpunkten der University of Pittsburgh bis zu Softwareentwicklung, Ingenieurwissenschaften

und Robotik an der Carnegie Mellon University. Diese Entwicklung könne als klares Zeichen dafür gewertet werden, daß sich die durchschnittliche Effizienz der Unternehmen in der Region soweit erhöht hat, daß sie mit den unvermeidlichen zyklischen Ab- und Aufwärtsbewegungen der wirtschaftlichen Entwicklung mithalten können.

Andere Stellungnahmen hingegen lassen die Situation in einem skeptischeren Licht erscheinen: So weist die Vertreterin der Graduate School of Public and International Affairs der Univ. Pittsburgh darauf hin, daß sich das Beschäftigungswachstum in den letzten Jahren auf die Hälfte des US-Durchschnitts verlangsamt habe, und auch die Expansion in den Dienstleistungssektoren habe letztlich trotz einer grundsätzlich positiven Entwicklung nicht mit den nationalen Trends Schritt halten können. Entsprechend dem allgemeinen Trend zum Wachstum in einigen Dienstleistungsbereichen wie Recht, Bildung, moderne Medien oder auch F&E habe sich die Situation auch in Pittsburgh positiv entwickelt. In allen anderen Dienstleistungsbereichen hingegen sei die Entwicklung in den 90er Jahren hinter den nationalen Durchschnitt zurückgefallen. Auch durch den neuen Großflughafen seien zwar durchaus Spin-off-Effekte eingetreten, insgesamt seien die hohen Erwartungen an den Flughafen als Katalysator neuer Wirtschaftsaktivität in der Region jedoch enttäuscht worden. Die weitere Entwicklung hänge kritisch davon ab, inwieweit es gelinge, zusätzliche Airlines anzuziehen und das Frachtgeschäft auszuweiten.

Ein besonderer Beitrag zu der von allen Anwesenden als vordringlich erachteten regionalen Spezialisierung könne dementsprechend nicht abgeleitet werden. Die positive Entwicklung bei den sozialen Diensten sei vor allem Ausdruck des „outsourcing“ ehemals staatlicher Dienste an privatwirtschaftlich tätige Anbieter, aber auch der ausgeprägten Nischenfunktion von Pittsburgh im Bereich Stiftungen und anderer „Non-Profit“-Organisationen. Schließlich verdienten vor allem die IuK--Dienstleistungen besondere Erwähnung. Auch hier biete sich aber vor allem hinsichtlich der Beschäftigungszahlen ein gemischtes Bild. Die hohen Wachstumsraten sollten auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch sie hinter dem nationalen Durchschnitt zurückgeblieben seien. Vor allem kleine Unternehmensneugründungen wüchsen schnell, das in der Region großgewordene Internet-Unternehmen Lycos hingegen habe aufgrund offensichtlich besserer Bedingungen anderswo die Region verlassen.

Insgesamt sei das Zurückbleiben hinter der positiven Entwicklung des US-Durchschnitt zu erwarten gewesen, denn der Prozeß der Restrukturierung sei erheblich komplexer, als dies makroökonomische Eckwerte eines Wechsels von einer Produktions- zu einer Dienstleistungsökonomie suggerierten. So beinhalte der Verlust der Produktionsbasis Stahl den Verlust eines hundert Jahre gewachsenen ökonomischen und gesellschaftlichen Netzwerks und eines wichtigen Teils seiner Insti-

tationen mit allen Konsequenzen für die soziale, wirtschaftliche und räumliche Organisation der Region. Der Strukturwandel in Pittsburgh habe gerade in den letzten Jahren wesentlich an Fahrt verloren, und so rangiere Berichten zufolge Pittsburgh Ende der 90er Jahre unter den 25 größten Metropolen der USA mit Abstand auf dem letzten Platz bei der Entstehung neuer Arbeitsplätze.³⁵ Um hier wieder Anschluß zu gewinnen, muß sich Pittsburgh nach Ansicht der Wissenschaftler im wesentlichen mit den gleichen Trends auseinandersetzen, die die Arbeitsplatzentwicklung in den USA allgemein bestimmen. Dazu gehören vor allem:

- Vorhandene Arbeitsplätze sterben sehr viel schneller als früher, neue entstehen ebenfalls schneller. Der Arbeitsplatzumsatz ist somit dramatisch gestiegen, und die arbeitende Bevölkerung ist heute eher denn je damit konfrontiert, sich einen neuen Arbeitsplatz suchen zu müssen.
- Die Arbeitsplatzdemografie verändert sich entlang der allgemeinen gesellschaftlichen Trends. So suchen heute sehr viel mehr Frauen und sehr viel mehr Alleinerziehende als früher Vollzeitarbeitsplätze.
- Die Anforderungen an neu entstehenden Arbeitsplätzen sind andere, in der Regel qualitativ hochwertigere, als noch vor einem Jahrzehnt. Auf der Angebotsseite divergiert auch der Ausbildungsstand der Arbeitssuchenden immer stärker.

So seien einerseits selbst in traditionellen produzierenden Gewerben sehr viel mehr Arbeiter mit College-Abschlüssen beschäftigt, während in anderen Bereichen wie z.B. Datenbankadministration oder Systemanalyse der Besuch einer höheren Schule allein bei weitem nicht ausreicht. Häufig werde übersehen, daß die neuen qualitativen Anforderungen nicht nur für neue Tätigkeiten oder in neu aufkommenden Geschäftsfeldern gelten, sondern auch für die meisten etablierten Industrien und Dienstleistungen. Nach Schätzungen wurden fast zwei Drittel aller neuen Arbeitsplätze in traditionellen Branchen wie Versicherungen oder im Sektor Bildung und Erziehung geschaffen - u.a. ein Indiz dafür, daß modern ausgebildete Arbeitskräfte einen der Schlüsselfaktoren auch für regionale Wettbewerbsfähigkeit darstellen. In diesem Zusammenhang werden vor allem unter dem Aspekt des lebenslangen Lernens große Herausforderungen für die Ausbildung von Arbeitskräften auf allen Niveaus gesehen.

Der Einfluß von Umweltaspekten auf die wirtschaftliche bzw. soziale (Re-)vitalisierung der Region schließlich könne auf zwei Wegen deutlich gemacht werden: Zum einen durch Faktoren, die unmittelbar auf den Umweltzustand der sog.

³⁵ Domenick, J. (1998) Region Lags in Goal to Create New Jobs. Pittsburgh Tribune Review, 9 May.

„brownfields“, also belasteter Industriebrachen, zurückzuführen seien. Zum anderen spielten indirekte Faktoren eine Rolle, z.B. die Rückwirkungen durch die zunehmende Nutzung der sog. „greenfields“, also bislang naturnaher Räume im Rahmen der zunehmenden Suburbanisierung (urban sprawl). Wesentliche direkte Einflüsse beständen z.B. durch

- die Lage und Größe von Altlastenflächen. Sie seien entscheidend für das Entwicklungspotential der unmittelbaren Umgebung. Allein die Existenz von etwa 130 kleineren Kommunen im Umland von Pittsburgh bzw. die Tatsache, daß einige größere Altlasten jeweils mehrere Kommunen tangierten, erschwere die Revitalisierung u.U. erheblich durch Abstimmungsprobleme oder durch die schlichte Höhe des Finanzbedarfs, den einzelne Kommunen kaum bewältigen könnten (vgl. Kap. 1.4). Aber auch unter sozialen Gesichtspunkten könne die Lage von „brownfields“ entscheidend sein, etwa wenn die Altlasten in Gebieten mit starker Minderheitsbevölkerung oder mit einem besonders hohen Anteil an sozial Schwachen lägen. Rund um „brownfields“ wandere in der Regel mehr Bevölkerung ab als anderswo und die Arbeitslosigkeit sei im Durchschnitt deutlich erhöht.
- die Anfang der 80er Jahre in Kraft getretenen strengen Bestimmungen hinsichtlich der finanziellen Verantwortlichkeit für die Beseitigung von Kontaminationen oder für eventuelle Schäden aufgrund der vorhandenen Umweltbelastungen. Sie ließen potentielle Käufer und Verkäufer von Grundstücken zurückhaltend mit Investitionen sein. Aus diesem Grund seien in den folgenden Jahren auf Bundesebene in den USA zahlreiche Modifikationen eingeführt worden, mit dem Ziel, Investitionshemmnisse zu beseitigen oder zumindest zu mildern. Auch Steuervorteile für die Absetzbarkeit von Reinigungskosten wurden eingeführt.

Wesentliche indirekte Einflüsse hingegen beständen

- durch die zunehmende Zersiedelung bzw. Suburbanisierung. Während beispielsweise die Bevölkerung in der Region Chicago von 1970 bis 1990 um 4% gewachsen sei, wuchs die urbanisierte Fläche im gleichen Zeitraum um 46%. In Pittsburgh sank die Bevölkerungszahl um 9%, während der Flächenverbrauch gleichzeitig um 33% stieg. Oder in Houston sei z.B. der Benzinverbrauch pro Kopf um 50% höher als in Chicago - im wesentlichen aufgrund einer um 10% geringeren Bevölkerungsdichte.

- durch die Tatsache, daß infolge einer an Emissionen orientierten, vor allem ordnungspolitischen Umweltgesetzgebung die Entwicklung unbelasteter Flächen gegenüber der (Rück-)entwicklung belasteter Flächen bevorzugt werde. Der Besitz belasteter Flächen sei kostenintensiv und risikobehaftet, und das mache es naheliegend, vorrangig unbelastete Flächen zu entwickeln. In der heutigen Realität führten die emissionsorientierten Bestimmungen zu dem Dilemma, daß vor allem unbelastete Flächen für die wirtschaftliche Entwicklung nutzbar gemacht werden und auf diese Weise der Umweltverbrauch steige.
- die direkte und indirekte Subventionierung nicht erneuerbarer Ressourcen. Dabei spiele die Energiepolitik der USA eine entscheidende Rolle in der Begünstigung der Suburbanisierung. Vor allem die politischen Rahmensetzungen für niedrige Benzinpreise, von Steuervergünstigungen für die Exploration neuer Vorkommen bis zu massiven Rüstungsausgaben zum Schutz der Einflußsphäre in Ölförderländern, z.B. im Nahen Osten, verschleierten die wahren Kosten für Flächenverbrauch und Zersiedelung. Auch werde die Exploration in sensiblen Naturschutzgebieten³⁶ erlaubt, und die Kosten für Umweltschäden durch Verkehr würden den Verursachern nicht angelastet.

Die Entwicklung der suburbanen Ausdehnung mündet nach Ansicht des Direktors der Environmental Policy Studies der University of Pittsburgh spätestens dann in eine Spirale, wenn sich Arbeitgeber in den aufstrebenden Dienstleistungsbranchen ebenfalls in der Nähe der suburbanen Wohngebiete ansiedeln und wenn eine abnehmende Bevölkerungszahl in innerstädtischen oder Problemzonen mit steigenden Kosten für die Erhaltung der auch unter Umweltschäden leidenden Infrastrukturen konfrontiert werden. In den entsprechenden Kommunen bleibe häufig nur die Wahl zwischen höheren Kosten pro Kopf oder nachlassenden öffentlichen Dienstleistungen. Staatliche Förderprogramme seien zudem auf das Bauen auf der grünen Wiese ausgerichtet, Umbau und Renovierung von Altbauten würden nicht bedacht. Sei jemand trotzdem willens, sich in einem Altgebiet zu engagieren, müsse er damit rechnen, aufgrund des möglicherweise als höher eingeschätzten Risikos schlechtere Kreditbedingungen zu erhalten.

Es gebe zweifellos eine Vielzahl isolierter, überwiegend kommunaler Anstrengungen, sich in der Revitalisierung von Industriebrachen zu engagieren. Angesichts der allgemeinen Rahmenbedingungen seien diese Bemühungen aber nicht geeignet, den Trend zur Suburbanisierung aufzuhalten. Die Kombination aus emissionsorientierten Umweltgesetzen, energie- und verkehrspolitischen Rahmensetzungen, Subventionen, staatlichen Förderprogrammen für Neubau und der Benutzung von Öko-

³⁶ z.B. im Arctic National Wildlife Refuge

systemen ohne angemessene Preise führe zu einer Form von „greenfields economics“, die man letztlich als Herausforderung begreifen müsse, sich für die Wiederbelebung von „brownfields“ einzusetzen.

Eine besonders wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang, u.a. auch nach Einschätzung des Vertreters der „Pittsburgh Regional Alliance“ PRA, das Engagement der lokalen Universitäten. Auf die Frage, welche Kräfte dieses Engagement gefördert hätten, antworten die Vertreter der Universitäten, daß sowohl Eigeninitiative als auch Anfragen aus Industrie und Kommune eine Rolle gespielt hätten. Wichtig sei es allenfalls festzuhalten, daß es in der Regel deutliche Unterschiede zwischen gemeinsamen Interessen der Universität und den Interessen einzelner Professoren gegeben habe und immer noch gebe. Die corporate identity auf dem Niveau einzelner Universitäten oder gar darüber hinaus des akademischen Sektors sei gering ausgeprägt. Wichtiges Engagement sei vor allem in Zusammenarbeit mit örtlich ansässigen und überregionalen Stiftungen zu beobachten.

4. Ziele und Perspektiven für eine nachhaltige Regionalpolitik - Versuch einer Kommentierung

Eine Krise der ökonomischen Kernbranchen, die eine Großregion mit mehreren Millionen Menschen erfaßt hat, läßt sich nicht im Verlauf weniger Jahre auffangen - das bestätigen die Erfahrungen in allen betrachteten Regionen. In der Regel sind mehrere Jahrzehnte vonnöten, zumal es nicht lediglich um eine Anpassung an neue wirtschaftliche oder technische Gegebenheiten geht. Die gesamte Bevölkerung muß sich neu orientieren, und um die tiefgreifenden Neuerungen sinnvoll verarbeiten zu können, müssen sich viele gesellschaftliche Konventionen ändern.

Darin liegt Risiko und Chance zugleich. Angesichts der berechtigten Furcht vor wirtschaftlichem Niedergang, vor Arbeitsplatzverlust und sozialem Abstieg werden solche Botschaften von der breiten Mehrheit der Betroffenen aber nur ausnahmsweise als Chance, als Befreiung von Erblasten oder als kreatives Tor zur Gestaltung eines besseren Lebens empfunden. Resignation, Hilflosigkeit und Enttäuschung sind statt dessen die verbreiteten Gefühle derjenigen, die den Willen zur politischen und wirtschaftlichen Gestaltung des Systems weitgehend an Andere delegiert haben. Die Krise der Schwerindustrie in den betrachteten Regionen ist längst zu einer Krise der Industriegesellschaft geworden, die sich in zunehmendem Mißmut über Politiker ebenso äußert wie in der Hilflosigkeit im Umgang mit einem stetigen Anpassungsdruck an veränderte Rahmenbedingungen.

Dynamisierung und Leitbilddiskussionen auf allen Ebenen

Um diesem ständigen Anpassungsbedarf auf regionaler Ebene gerecht werden zu können, so der Vertreter des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport in NRW, müssen Theorie und Praxis der Raumwirtschaftspolitik neu definiert werden, ist die Dynamisierung von Lern-, Verständigungs- und Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen vonnöten. Das beinhaltet die Bereitschaft, sich von etablierten Leitbildern und Erfolgsindikatoren zu lösen, und es bedarf des Verständnisses dafür, daß es keine klaren und detaillierten Handlungsanweisungen, keine Patentrezepte für den Umgang mit derartigen Problemstellungen geben kann.

Statt dessen gilt es, Verfahrensregeln und Kommunikation zu optimieren und zu lernen, mit der verwirrenden Vielfalt und Komplexität von Information besser als bisher umzugehen. So ist beispielsweise die verwirrende Heterogenität der derzeitigen Leitbilder der städtischen Entwicklung nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sie unter wenig operationalen Begriffen wie z.B. Nachhaltigkeit subsumiert werden, ohne die zahlreichen Zielaspekte auf ganz unterschiedlichen Ebenen zu unterscheiden und wenn möglich zu verbinden. Widersprüchlichkeiten sind ebenso die Folge wie

die Diskrepanz zwischen allgemeiner Zustimmung und der tatsächlichen Umsetzung angestrebter Ziele.

Letztendlich ist aber die Vielfältigkeit und Vieldeutigkeit der konkurrierenden Leitbilder weder neu noch wirklich störend. Neu ist allenfalls die Explosion der tatsächlich realisierbaren Möglichkeiten. Die auch im Lauf der Tagung deutlich gewordene Vielzahl an Großprojekten und Leitinvestitionen ebenso wie an bottom-up-Ansätzen gibt einen Eindruck davon, und auch die zunehmende Geschwindigkeit, mit der sich immer neue Infrastruktur- und Dienstleistungsnetze über das Ruhrgebiet legen, legt hiervon beredtes Zeugnis ab.

Diese Beschleunigung ist im Grundsatz für alle betrachteten Regionen charakteristisch. Lediglich in Luxemburg scheinen die Uhren etwas anders zu ticken. Luxemburg steht weniger für raschen Wechsel als für Beständigkeit – bis hin zu den politischen Strukturen, die zumindest bei oberflächlicher Betrachtung eher traditionell als modern erscheinen. Schneller als anderswo wurden aber dennoch Grundsatzentscheidungen zur strategischen Positionierung des Großherzogtums getroffen, die ein hektisches Hinterherrennen auf der Ebene taktischer Reaktionen offenbar zumindest teilweise überflüssig machten. Dabei spielte es, wie der Vertreter von CEPS/INSTEAD betonte, stets eine große Rolle, von Anfang an nicht nur sektoral zu reagieren, sondern globale Trends zu berücksichtigen und wesentliche Faktoren aus allen Dimensionen - sozial, ökonomisch und ökologisch - in die Entscheidung einzubeziehen.

Der Erfolg könnte als Indiz dafür gewertet werden, daß die vielbeschworene Notwendigkeit zur immer schnelleren Anpassung nicht zwingend in Kurzatmigkeit ausarten muß. Zwar muß, wer am heutigen Markt bestehen will, seine Angebote immer mehr ausdifferenzieren und alle Kraft in den Endspurt legen³⁷. Es sei jedoch auch an das Märchen von Hase und Igel erinnert, in dem sich der Hase fast zu Tode rennt, weil er einen wichtigen externen Faktor nicht erkennt. Wartet im Märchen ein zweiter Igel immer schon am Ziel, so werden in der Wirklichkeit die im Wettrennen um Marktvorteile erzielten Gewinne nach einiger Zeit unweigerlich von externen Umwelt- und Sozialkosten kompensiert.

³⁷ vgl. z.B. Negroponte (1995) Total Digital. Die Welt zwischen 0 und 1 oder die Zukunft der Kommunikation: „Erinnern Sie sich noch an das Kinderrätsel: Wenn man den ersten Tag des Monats für einen Pfennig arbeitet und sich der Lohn jeden Tag verdoppelt, wieviel verdient man dann am Monatsende? Falls Sie dieses Lohnprogramm am Neujahrstag beginnen, würden Sie am 31. Januar mehr als 10 Mio. Mark pro Tag verdienen. Das ist der Teil der Lösungsantwort, an den sich die meisten von uns gut erinnern. Was wir aber schon vergessen haben, ist, daß wir nur 1,3 Mio. Mark verdienen würden, wenn der Januar (wie der Februar) drei Tage kürzer wäre. ... Wenn es sich um einen exponentiellen Effekt handelt, können die letzten drei Tage von entscheidender Bedeutung sein! Und im Bereich der Computer und der digitalen Telekommunikation nähern wir uns unaufhaltsam diesen letzten drei Tagen.“

Nach Ansicht des Vertreters des RWI ist es deshalb von entscheidender Bedeutung für die Akzeptanz von Reformschritten, daß die Regionalpolitik von vornherein keine falschen Hoffnungen hinsichtlich der zeitlichen Dauer solcher Prozesse oder z.B. zur Entwicklung relativer Einkommenspositionen weckt. Regionalpolitik habe grundsätzlich nur dann Chancen, wenn sie sich als angebotsorientierte Politik begreife. Die Bereitstellung attraktiver Gewerbeflächen, Anlagen und Einrichtungen der Infrastruktur inklusive marktferner Forschungseinrichtungen sowie vor allem eine gut ausgebildete Bevölkerung seien die wesentlichen Parameter einer solchen Politik. In einer Marktwirtschaft könne Regionalpolitik ein Angebot an regionsfremde und bereits ansässige Unternehmen schaffen, diesen aber nicht etwa Standorte vorschreiben.

Bleibe in diesem Zusammenhang noch die Frage zu beantworten, wie Regionalpolitik über die funktionalen Grenzen der Marktwirtschaft hinaus wirken kann. Hier bietet sich das Beispiel Luxemburg erneut als Zielvorgabe an. Als Gründe für den Erfolg des Luxemburger Modells werden genannt: Luxemburg ist kleiner und souveräner, die Minister sind eng eingebunden und stehen damit nach Einschätzung des Direktors von CEPS/INSTEAD unter Denkdruck und unter Dialogdruck. Die Hierarchien seien zwangsläufig vergleichsweise flach, auch gebe es wenig entfernte Machtblöcke, die Wege zwischen Wirtschaft (einschließlich internationaler Banken), Politik und Gesellschaft seien kurz.

Es wäre zu kurz gedacht, diese Aspekte lediglich als Unterschied, etwa zum Ruhrgebiet zu sehen. Statt dessen sollten sich Entscheider auf allen Ebenen die Frage stellen: Inwieweit sind derartige Rahmenbedingungen, also größtmögliche regionale Souveränität, Überschaubarkeit und Dialogdruck, grundlegende Voraussetzungen für einen erfolgreichen Strukturwandel³⁸, und welche Anforderungen an eine Umgestaltung der Beziehungen zwischen den Betroffenen leiten sich daraus ggf. für deutsche Verhältnisse ab? Es wäre ebenso zu kurz gedacht, in diesem Zusammenhang die auf allen Ebenen anstehenden Verwaltungsreformen lediglich unter dem Gesichtspunkt einer bloßen Rationalisierung zu gestalten und sich nicht an eine grundlegende Diskussion z.B. der Gewaltenteilung oder des bürgerschaftlichen Engagements zu wagen.

Derartige Entwicklungen lassen sich allerdings nach Einschätzung einiger Referenten nicht ohne Druck von unten voranbringen, da die Trägheit des etablierten Systems zwangsläufig groß sei. Es gelte also, Veränderungen und eine bessere Koordinierung staatlichen Handels unermüdlich vor Ort einzufordern.

³⁸ Vgl. etwa auch die im Rahmen der Tagung nicht behandelte „Großregion“, Schweiz.

Keine Dienstleistung ohne Produktionsbasis

Bezüglich der Inhalte - für welche Projekte sollen zukünftig Schwerpunkte in der regionalen Wirtschaftsförderung gesetzt werden, welche Bereiche von Produktion und Dienstleistung sind zukunftsfähig? – hat sich gezeigt, daß hinsichtlich des teils euphorisch beschworenen Wandels zur Dienstleistungsgesellschaft durchaus Skepsis angebracht ist. Der sog. tertiäre Sektor entpuppt sich zumindest teilweise als Chimäre: So verstellt beispielsweise nach Einschätzung des Vertreters der IHK Essen der durchaus interessante Vergleich zwischen dem Rückgang des verarbeitenden Gewerbes gegenüber dem Anstieg der Dienstleistungen bei insgesamt steigendem Bruttosozialprodukt den Blick auf den „Produktionsfaktor Information“, der vor allem bei globalen und komplexeren wirtschaftlichen Tätigkeiten ungleich wichtiger werde.

Weitergehend betont der Vertreter des RWI die Bedeutung der industriellen Produktion für die Region. Ein wesentliches Ziel der Restrukturierung muß, auch nach Einschätzung der Referenten aus den Vergleichsregionen, die Schaffung neuer industrieller Kerne sein. Deren Bedeutung könne nicht allein an Beschäftigtenzahlen gemessen werden, sondern vor allem an den „motorischen“ Wirkungen auf produktionsorientierte Dienstleister und auf Zulieferunternehmen, so auch die Pittsburger Wissenschaftler. Das Wegbrechen der Produktionsbasis in Pittsburgh sei das Ergebnis gewaltiger, externer Marktkräfte gewesen, und die Effekte dieser Krise hätten die Entwicklung auch in den nicht-produzierenden Sektoren in weiten Teilen negativ beeinflusst. Nicht zuletzt aufgrund der Politikkultur in den USA habe es außerhalb der Möglichkeiten einer jeden regionalen Initiative gestanden, solchen Strukturkrisen umfassend entgegenzuwirken und die Basis der Wertschöpfung in einer Region zu erhalten. In diesem Sinne sei die Wiederherstellung von Pittsburghs Vitalität ein enormer Erfolg. Es gelte jedoch, sehr wach zu bleiben, vor allem angesichts der Tatsache, daß die im Prinzip positive Entwicklung dennoch in wichtigen Teilbereichen hinter nationalen Trends zurückgeblieben sei. Die Ursachen dafür müßten analysiert, besondere Anstrengungen zur weiteren Identifizierung von positiven Potentialen müßten weiter unternommen werden.

Dies gilt im Grundsatz auch für das Ruhrgebiet: Vor allem die neue Dimension des globalen Wettbewerbs bzw. der Einfluß der technisch revolutionierten und globalisierten Möglichkeiten der Finanzmärkte auf regionale Strukturen müssen besser als bisher berücksichtigt werden. Auf der Grundlage einer regionalen Abstimmung individueller städtischer Entwicklungskonzepte müssen deshalb Stadtentwicklungspolitik, regionale und letztlich auch überregionale Strukturpolitik stärker als bisher harmonisiert werden. Damit kommt nach übereinstimmender Einschätzung wohl aller

Referenten über die Stadtteil- und städtischen Konzepte hinaus der Ebene der Regionalplanung und -politik eine hervorgehobene Bedeutung zu.

Bessere Planung wird möglich und notwendig sein in internationalen Beziehungen, in den Beziehungen zur Weltwirtschaft, den sozialen Strukturen, dem Gesundheitswesen, der Erziehung und vielen anderen Gebieten. Planung ist in einer globalisierten Welt unvermeidlich. Aber wir wissen nur allzugut, daß es leichter ist, ein technisches System zu planen als das Verhalten von Menschen. Darum müssen Wege gefunden werden, um besser planen zu können, ohne die Freiheit der Menschen zu unterdrücken. Ein einfaches Beispiel mag dies verdeutlichen: Seitdem so viele Produkte erfunden und benutzt werden, um Zeit zu sparen, sind alle vom Zeitmangel betroffen. Die Anzahl der Menschen, die wir in unserer globalisierten Welt durch Telekommunikation und Verkehrsmittel erreichen können, ist um so viel größer als die Anzahl, mit der wir noch vor zwei Jahrzehnten verkehren konnten, daß dieses Wachstum bei weitem die technisch ermöglichte Zeitersparnis in jedem einzelnen menschlichen Kontakt übertrifft. Die Globalisierung, so scheint es also, ist ein zweischneidiges Schwert - zumal sie noch weiter voranschreitet und jede ihrer sichtbaren Wirkungen in Zukunft durch eine größere überholt werden kann.

In der wirtschaftlichen Realität sind Anbieter wie Verbraucher aber dennoch aufgefordert, täglich Entscheidungen zu treffen, deren Wirkung mit Blick auf das dauerhafte Wohlergehen von Mensch und Natur sie nur unvollkommen abschätzen können. Um damit sinnvoll umzugehen, bleibt in erster Instanz wenig anderes übrig, als sich bei möglichst vielen Gelegenheiten die Frage zu stellen: Wie kann die Globalisierung uns und unseren Mitmenschen im „globalen Dorf“ praktisch und wirtschaftlich erfolgreich helfen, Lebensumstände nachhaltig zu verbessern? Dazu wird man lernen müssen, das Wesen des Menschen besser zu verstehen, denn die meisten im Rahmen der Tagung diskutierten Probleme stammen ja nicht aus einer unzureichenden Herrschaft über die Kräfte der physischen Welt. Sie stammen aus der Unfähigkeit, menschliche Handlungen zu lenken, vorherzusagen, ja auch nur zu verstehen.

Nun wäre es falsch zu leugnen, daß die Globalisierung wichtige Beiträge zum Verständnis des menschlichen Handelns ermöglicht. Menschliches Handeln ist nicht zuletzt von Wissen geprägt, und der Weg in die globalisierte Zukunft ist ja aller Voraussicht nach weitgehend identisch mit dem Weg in die Wissensgesellschaft. Aber wer bedient sich der Möglichkeiten der Globalisierung in unserer heutigen Gesellschaft am besten? Daß besseres Wissen die Akteure zugleich mit der sittlichen Größe ausstattet, die sie benötigen, um die aus der Anwendung ihres Wissens erwachsende Verantwortung zu tragen, ist bisher nur eine Hoffnung geblieben. Das Verhaltensschema der Wirtschaft braucht den Hintergrund einer Ethik, die die Wirtschaft

selbst nicht zu geben vermag. Gleiches gilt im übrigen für die Politik, die dennoch in besonderem Maße aufgerufen ist, über gesellschaftliche Grundwerte und Ziele zu wachen.

Subsistenz statt Konkurrenz

Als Quintessenz für die nächstliegenden praktischen Schritte läßt sich festhalten, daß es in erster Näherung auf die Abstimmung der einzelnen gewählten Schwerpunkte innerhalb der Region ankommt, unabhängig davon, ob es sich um weitgehend identische Aktivitätsfelder handelt. So ist z.B. das Aktivitätsfeld Information und Kommunikation zweifellos groß genug für alle, und da es sich ohnehin um eine alles durchdringende Technologie handelt, muß man sie zwangsläufig überall zu einem Schwerpunkt machen. Sicherlich macht es aber wenig Sinn, wenn jede Kommune ihr Image um das gleiche Mediensegment herum aufbaut, beispielsweise Musical, E- oder U-Musik, Dokumentarfilm etc.

Lediglich in ausgewählten Bereichen mit herausragendem Marktpotential bei gleichzeitig geringem Bezug zu ökologischen Lebensgrundlagen könnte Konkurrenz das Geschäft dauerhaft beleben. In diesem Zusammenhang verweist auch der Vertreter der IHK Essen zu Recht darauf, daß Wettläufe mit Blick auf die Nachbarn in der Regel wenig zielführend seien. Es gelte vielmehr, möglichst gemeinsam Stärken auszubauen und Schwächen auszumerzen.

Im Prinzip sollte für die Entwicklung der Region die gleiche triviale Wahrheit gelten, die ein Anlageberater für die Investition von individuellem Kapital empfiehlt: Möglichst gleichmäßige Verteilung auf verschiedene Investitionsformen mit unterschiedlichem Grad an Sicherheit. Eine Region, die das Glück hat, wesentliche Grundbedürfnisse ihrer Bürger weitgehend aus eigenen Mitteln decken zu können, hat den Rücken frei, sich aus dieser Position der Sicherheit heraus ihre Nischen suchen zu können, in denen sie erfolgreich im globalen Markt agiert.

Hingegen bringt die im Prinzip positive Schaffung oder Aufrechterhaltung eines industriellen Kerns einer Region dann wenig, wenn die dort produzierten Güter a) überwiegend exportorientiert sind und b) im Grundsatz überall gut zu produzieren sind. Derartige Produkte werden zwangsläufig in absehbarer Zeit in Konkurrenz mit Niedriglohnländern treten müssen und sind von daher nur eingeschränkt zukunftsfähig für die Entwicklung der eigenen Region.³⁹ Natürlich kann eine exportorientierte klassische Güterproduktion noch einige Jahre gut vom ungeheuren Nachholbedarf an sog.

³⁹ Diese Problematik gilt im Grundsatz auch für den quartären Sektor, wie zahlreiche Beispiele, von der Softwareentwicklung in China bis zur Buchhaltung in Indien zeigen.

„Commodities“ z.B. in den mittel- und osteuropäischen Staaten leben, angesichts der möglichen Risiken, i.w.

- zunehmende Marktsättigung bei gleichzeitiger internationaler Konkurrenz,
- Zunahme politisch-gesellschaftlicher Instabilität und
- rasch wachsende Möglichkeiten des Technologietransfers, daraus folgend der leichtere Aufbau eigener Kapazitäten in den jeweiligen Märkten,

sind aber für zukunftsweisende Investitionen, von denen ggf. das Wohlergehen einer Region etwa in Hinsicht auf Arbeitsplätze in hohem Maße abhängt, eine genaue Prüfung und ein vorausschauendes Abwägen unerlässlich.

Um regionalen Produkten und regionalisierten Produktionsstrukturen zum Erfolg zu verhelfen, muß ausreichende Nachfrage gewährleistet sein. Die wiederum gibt es nur, wenn der Preis stimmt (was angesichts schwieriger Rahmenbedingungen wie z.B. subventionierter Transportkosten eher selten der Fall ist) oder sich das Bewußtsein bei Verbrauchern wie Anbietern ändert. In diesem mittelfristigen Prozeß sind Nebensfelder wie Ambiente, gute Schulen, Bildungskonzepte etc. von herausragender Bedeutung und müssen dringend sowohl mit den Konzepten der Wirtschaftsförderung als auch der Stärkung der Verbraucherkompetenz integriert werden. Hier ist auch der Mittelstand gefordert, nicht nur Impulse durch Innovation und Kreativität in Bezug auf Technik zu geben, sondern auch hinsichtlich der Humanressourcen und der Kunden. Es reicht nicht aus, lediglich neue Arbeitsplätze durch Subventionierungen oder (zeitweilige) Umsatzsteigerungen bei beliebigen Angeboten zu schaffen. Das Jahrtausend benötigt Menschen, die Spaß und Lust an der Arbeit haben, die jobfähig sind und bleiben. Der Bedarf an geschulten und permanent lernenden Mitarbeitern wird zunehmen, und auf dem Arbeitsmarkt werden mittelfristig nur Arbeitnehmer gefragt sein, die etwas für ihr eigenes Fortkommen tun - und Arbeitgeber, die ihnen die Möglichkeiten dazu geben.

Dieses anspruchsvolle Profil darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß es umfangreicher Hilfen bedarf, um die Schere zwischen Hochqualifizierung und einfachen Tätigkeiten nicht noch weiter zu öffnen. Den 100% dynamischen Mitarbeiter oder Verbraucher, der bereit und in der Lage ist, sich jeder neuen Herausforderung zu stellen, die sich Technologen und Marketingabteilungen für ihn ausgedacht haben, wird es nicht geben. Er ist weder gesellschaftlich wünschenswert noch überlebensfähig. Es zeigt sich, daß nicht alles dynamisiert werden kann: Bestimmte traditionelle Strukturen, z.B. die Familie, benötigen Schutzräume und -zeiten, die weder disponierbar noch vermarktbar sein dürfen. Familienstrukturen, in denen aufgrund materieller Not oder Begehrlichkeit zu wenig Zeit für eine Beziehung zu den Kindern

bleibt, bilden die Grundlage für einen Mangel an unverzichtbarer Solidarität in der kommenden Generation. Eine echte Neubewertung der Verhältnisse zwischen Erwerbsarbeit und unbezahlten Tätigkeiten in Familie und Gesellschaft steht allerdings immer noch in weiter Ferne. Auch wenn es sich um kein regionenspezifisches Problem handelt, so ist es doch von entscheidender Bedeutung für die Funktionsfähigkeit auch der regionalen Strukturen.

Ob die neuen technologischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten für die Region und die in ihr lebenden Menschen mehr Vor- als Nachteile bereithalten, liegt also daran, wie man sie benutzt. Alle neuen Technologien haben hier eines gemeinsam: Die Produktion bleibt bestehen, aber der wirtschaftliche wie soziale Erfolg hängt zunehmend von persönlichen Fähigkeiten bzw. von Wissenskomponenten ab. Es wird in Zukunft unerlässlich sein, selbst Dinge zu hinterfragen, von denen man immer gewußt hat, daß sie wahr sind und sich in Dialoge mit möglichst verschiedenen Denkansätzen einzulassen. Hier liegen die eigentlichen Herausforderungen, für Regionen ebenso wie für jeden einzelnen.

IBA-Emscherpark – ein erfolgreicher Versuch zur Erneuerung

Derartige zentrale Handlungsansätze wurden im vergangenen Jahrzehnt bereits im Rahmen der Internationalen Bauausstellung IBA-Emscherpark unter Praxisbedingungen erprobt. Jedes IBA-Projekt mußte sich an dem Anspruch messen lassen, positive Beiträge sowohl in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht zu erbringen. Um sich für eine IBA-Förderung zu qualifizieren, mußten sich alle Projekte an bestimmten Regeln messen lassen. Diese Regeln sollten nach Ansicht des Vertreters des Arbeits- und Stadtentwicklungsministeriums NRW auch für nachfolgende Regionalisierungsprojekte bindend sein:

- **Das Wettbewerbsprinzip.** Ohne öffentlichen Wettbewerb ist eine Evaluierung nachhaltigkeitsorientierter innovativer Projekte unmöglich.
- **Anschubcharakter durch zeitliche Begrenzung.** Projekte sollen Impulse geben, durch die selbsttragende Entwicklungen generiert werden.
- **Selbstorganisation.** Regionale Institutionen und Akteure müssen vorrangig auf der Basis ihrer eigenen Ideen und Möglichkeiten Maßnahmen ergreifen, die a) die besonderen Begabungen der Region zur Geltung bringen und b) die Fähigkeit zu Vernetzung und Kommunikation der lokalen Akteure stärken.
- **Impulse von außen.** Mit dem „Fremdheitsprinzip“ soll sichergestellt werden, daß innovative Projekte sich unabhängig vom häufig begrenzten lokalen Potential entfalten können.



- **Produktorientierung und spezifisches Controlling.** Entscheidendes Kriterium für den Erfolg eines Projektes ist weniger der Zielerfüllungsgrad eines pauschalen staatlichen Programms, sondern vielmehr sind es die begründeten Notwendigkeiten im Projektverlauf vor Ort. Diese Notwendigkeiten müssen verstärkt zum Maßstab für die Entwicklung, Begleitung und Kontrolle der Mittelverwendung werden.

Im Rahmen dieser Regeln gelte es zudem, über die eigentliche Förderung hinaus einige besonders exponierte Projekte mit besonderem Symbolcharakter zu entwickeln, um so über Öffentlichkeitswirkung und -rückwirkung die Programmdynamik zu steigern. Entsprechende regional orientierte Programme haben nach Einschätzung des Vertreters des o.g. Ministeriums gezeigt, daß sie in der Lage sind, mittels ihrer zentralen Strategien „fachliche Integration“ und „methodische Flexibilität“ Verfahren deutlich zu beschleunigen und die Planungsprodukte maßgeblich zu verbessern. Insbesondere die Projektentwicklung und Koordination durch behördenexterne Agenturen „auf Zeit“ mit starken informellen Kompetenzen habe sich als erfolgreiches Organisationsprinzip gezeigt. Für das Ruhrgebiet werde im Zusammenhang mit der Agentur Ruhr angestrebt, die regionale Erneuerungsstrategie mit frischen Impulsen zu versehen. Nach einer Auswertung der IBA-Erfahrungen solle diese Agentur erweiterte Handlungsoptionen in den Bereichen Strukturpolitik bzw. Infrastrukturförderung erhalten. Aus der integrativen Zusammenführung der bisher zu sehr isolierten Politikbereiche könnten sich so ausgesprochen interessante regionale Impulsgeberfunktionen ergeben.

Grundsätzliche Fragen und vorläufige Antworten

Grundsätzliche Fragen, auf die man in den geschilderten Zusammenhängen zukünftig weiterhin Antworten wird suchen müssen, lauten nach Ansicht des Direktors von CEPS/INSTEAD wie folgt:

1. Wie kann man Netzwerke besser als bisher aufbauen und nutzen? Trotz oder gerade wegen seiner Kompaktheit besteht für das Ruhrgebiet hier offenbar erheblicher Nachholbedarf.
2. Wie schafft man es, Probleme in einer konkreteren Sprache als bislang zu formulieren? Seit Jahrzehnten wird um den heißen Brei herumgeredet, wird der Bedarf an der Entwicklung von Frühwarnsystemen konstatiert. Gleichzeitig war es in drei der vier Vergleichsregionen (bis auf Luxemburg) möglich, so etwas Gewaltiges wie eine Stahlkrise effektiv zu übersehen.
3. Reichen die heutigen Maßnahmen aus, mit denen man in die innerstädtischen Krisenherde geht, um Entwicklungen wie in Pittsburgh oder Lille zu vermeiden? Trotz

vieler ansprechender Erfolge muß festgestellt werden, daß auch im Ruhrgebiet bzw. in ganz Deutschland die Zahl der unter der Armutsgrenze Lebenden weiter steigt.

4. Wie kann man die kommunalen bzw. regionalen Entscheider in Politik und Wirtschaft dabei unterstützen, ihren Weg zu mehr Transparenz und Mitbestimmung zu gehen? Zum Beispiel wurde aus Pittsburgh berichtet, daß sich die örtlichen Universitäten intensiv mit der Region befassen, in der sie ansässig sind, und sich zur Kooperation verpflichten, z.B. in Form eines jährlichen Berichts zur Lage der Region durch den jeweiligen Universitätspräsidenten.

5. Wie kann man das Management des Verbrauchs an materiellen Ressourcen (i.w. Energie, Rohstoffe und Fläche) in der Region entscheidend verbessern? Eine Input-Output-Balance der wesentlichen Stoffströme, die in eine Region hinein- und aus ihr hinausgehen, schafft Übersichtswissen für politische Entscheider ebenso wie für potentielle Investoren.

Die Beantwortung dieser Fragen könnte dazu beitragen, die im Grunde bereits weitgehend vorhandene Bereitschaft zur Neuorientierung auch für eine reale Umsetzung nutzbar zu machen, denn an den Inhalten des „Wie“ scheiden sich regelmäßig die Geister. Dieses Phänomen wird auch im Rahmen der Tagung deutlich: So liegt z.B. nach Einschätzung des *Vertreters des Wirtschaftsministeriums NRW* ein besonderes Potential vor allem darin, daß die aus dem Bewußtseinswandel der 80er Jahre abgeleitete, im wesentlichen bis heute gültige sog. regionalisierte Strukturpolitik nicht mehr *ex cathedra* von der Landesregierung betrieben werde, sondern daß alle relevanten Interessengruppen von vornherein einbezogen würden. Dies habe zum Instrument der Regionalkonferenzen geführt, an denen neben den Kommunen die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Gewerkschaften, Gleichstellungsbeauftragte, Hochschulen, Arbeitsämter etc. beteiligt seien. Die dort erarbeiteten Strategien und Projektvorschläge würden der Landesregierung in Form eines Regionalen Entwicklungskonzepts übergeben. Das Kabinett nehme dazu Stellung und entscheide über finanzielle und sonstige Unterstützung.

Insoweit handelt es sich zweifellos um eine strategische Neuausrichtung im Sinne der Einbeziehung wichtiger externer Einflußgrößen, vom beschworenen Paradigmenwechsel kann hier jedoch noch nicht die Rede sein. Dafür wäre beispielsweise ein verändertes Verständnis der Rolle von Bürgerbeteiligung und Ehrenamt, von globaler Lastenverteilung oder auch eine nutzenorientierte Sicht erforderlich, die klassische *technology-push* und *demand-pull*-Sichtweisen ergänzt. Für eine erfolgreiche Umsetzung regional orientierter Handlungsansätze werden deshalb seitens des *Vertreters des Arbeitsministeriums NRW* weitergehend vor allem folgende Aspekte für unerlässlich gehalten:

- Die Grenzen sektoraler Politikansätze müssen ebenso überschritten werden wie die Optimierung einzelner Sektoren etwa durch einzelfallorientierte Förderprogramme. Dazu ist es von besonderer Bedeutung, integrative Elemente in der staatlichen Förderpolitik zu etablieren.
- Neue Akteure, neue Akteursbeziehungen und innovative „Ideen“ im Sinne einer nutzenorientierten Einbindung technischer Innovation müssen aktiviert werden.
- Das Denken in vernetzten Zusammenhängen muß gefördert werden. Dabei setzt die Neustrukturierung einer Region nicht nur die Entfaltung ökonomischer Aktivitäten voraus, sondern bedarf umfangreicher Investitionen in das Humankapital und letztlich einer Änderung der Mentalitäten.
- die Handlungsfähigkeit öffentlicher Planungsinstitutionen muß erhöht werden, u.a. durch den Abbau lokaler bzw. sektoraler Bürokratien.

Angeichts dieser Potentiale erscheint auch die befürchtete Abwanderung von EU-Fördermitteln in die MOE-Staaten in einem etwas anderen Licht, denn erst mit Hilfe einer - ohne Anschubförderung undenkbaren - EU-Osterweiterung werden die notwendige Stabilität der dortigen Märkte und damit auch Beteiligungsmöglichkeiten an der dortigen wirtschaftlichen Entwicklung ermöglicht. Da der Förderkuchen nicht beliebig vergrößert werden kann, besteht auf den ersten Blick nur über rechtzeitige und intensive, direkte Kooperation mit zukünftigen Förderschwerpunkten bzw.- gebieten die Möglichkeit, am wirtschaftlichen Wachstum dieser neu geförderten Regionen teilzuhaben und unweigerlich anstehende Verluste in der eigenen Region auffangen können.

Auf den zweiten Blick kann dieses Vorgehen durch einen weiteren Aspekt ergänzt werden: Effizienzsteigerung in der Fördermittelberatung. Zu viele Fördermittel werden nicht abgerufen oder zweckentfremdet, kommen erfahrenen „Förderprofis“, nicht jedoch den wirklich Bedürftigen zugute oder werden aufgrund unzureichender Lobbyarbeit erst gar nicht von den politisch Verantwortlichen eingefordert. Angesichts eines wahren Dschungels an verschiedenen Zuständigkeiten, Programmen und komplizierten Formalien sind häufig nicht nur KMU oder Kommunen mit begrenzten Kapazitäten überfordert, sondern auch bei den Verantwortlichen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene muß das Übersichtswissen zwangsläufig begrenzt sein. Hier sind Bund und Länder gefordert, Beratung nicht allein einem wachsenden kommerziellen Sektor zu überlassen, sondern öffentlich verfügbare Beratungskompetenz im

Sinne von „Metasuchstrukturen“⁴⁰ zu erhöhen. Der eingangs geschilderte Ansatz von ZENIT ist in diesem Zusammenhang vorbildlich (vgl. Kap. 1.1).

Regionen und KMU ihrerseits tun angesichts begrenzter Ressourcen gut daran, altes Konkurrenzdenken über Bord zu werfen und sich gemeinsam um die Sichtung und Strukturierung ihrer Förderkompetenz zu bemühen, denn leider nutzen die durchaus berechtigten Abqualifizierungen der Globalisierung als „Zockerwirtschaft“⁴¹ den betroffenen Menschen oder Regionen wenig: Geschichte wiederholt sich aufgrund allzumenschlicher Eigenschaften, und so regiert bei der Eroberung von Neuland – sei es technologischer oder regionaler Natur – allzuleicht in Wild-West-Manier das Recht des Stärkeren, dem sich die Schwächeren nur durch Zusammenschluß entgegenstellen können.

⁴⁰ In Anlehnung an Suchstrukturen im Internet, in dem es aufgrund seiner hohen Komplexität mittlerweile bei bestimmten Rechercheprozessen zu zeitraubend oder nicht mehr zielführend ist, in einer Vielzahl von Suchmaschinen bzw. Datenbanken nach einzelnen Aspekten zu suchen. Diese Arbeit übernehmen sog. Metasuchmaschinen, die automatisiert Suchmaschinen anderer Anbieter bzw. weitere Teile des Internet nach bestimmten Suchbegriffen durchsuchen, z.T. mit Hilfe komplexer Strukturen von künstlicher Intelligenz, die für den Auftraggeber zumeist nicht nachvollziehbar sind und die von daher neue Fehlerquellen und Risiken mit sich bringen.

⁴¹ Vgl. Berichte über die entsprechende Einschätzung des Generaldirektors der ILO (International Labour Organisation) der Vereinten Nationen, u.a. aus der Tagespresse vom 16./17. Februar

Tagungsleitung und Moderation:

Prof. Dr. Burkart Holzner, Director, Center for International Studies, University of Pittsburgh, Pennsylvania/USA.

Dr. Jürgen Frech, Verantwortlicher Redakteur für Wirtschaft, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Essen.

Prof. Dr. Gaston Schaber, CEPS/INSTEAD, Differdange/Luxembourg.

Dr. Heinz Schrupf, RWI Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen.

Referentinnen und Referenten:

Christopher Briem, Dept. of Economics, University Center for Social and Urban Research, Univ. of Pittsburgh, Pennsylvania/USA.

Guido Baranowski, Vorstandsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Technologie- und Gründerzentren, Geschäftsführer des Technologiezentrums Dortmund.

Joachim Beyer, Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Dortmund.

Dr. Sabina Deitrick, Graduate School of Public and International Affairs, Univ. of Pittsburgh, Pennsylvania/USA.

Prof. Dr. Steve Farber, Graduate School of Public and International Affairs, Univ. of Pittsburgh, Pennsylvania/USA.

Prof. Dr. Frank Giarratani, Dept. of Economics, Univ. of Pittsburgh, Pennsylvania/USA.

Dr. Katrin Grüber, Vizepräsidentin des Landtages Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Dr. Pierre Hausmann, CEPS/INSTEAD, Differdange, Luxembourg.

Dr. Ulrich Hatzfeld, Ministerium für Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Angeline van der Heijden, Inhaberin der Firma assistenz business centers GmbH, Essen.

Prof. Dr. Ulrich Hilpert, Institut für Europäische und Internationale Studien, Universität Jena.

Dipl.-Kfm. Rolf H. Nienaber, Hauptgeschäftsführer der IHK zu Essen, Essen.

Steven Manners, Dept. of Economics, University Center for Social and Urban Research, Univ. of Pittsburgh, Pennsylvania/USA.

Heiner Maschke, Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft Duisburg.

Timothy Parks, President and CEO, Pittsburgh Regional Alliance, Pittsburgh, Pennsylvania/USA.

Dr. Gerd Willamowski, Verbandsdirektor des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, Essen.

Peter Wolfmeyer, Geschäftsführer des Zentrum für Innovation und Technologie in Nordrhein-Westfalen (ZENIT), Mülheim/Ruhr.

Bärbel Zieling, Oberbürgermeisterin der Stadt Duisburg.

Tagungsorganisation/-vorbereitung:

Dr. Hannes Tank

Ilona Reuter

Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Simultanübersetzung:

Renate Kretz, Köln

Birgit Strauß, Wachtberg b. Bonn

Verfasser der Broschüre:

Dr. Jürgen Malley, Königswinter

Friedrich-Ebert-Stiftung
Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs-
und Beratungszentrum, Abt. Wirtschaftspolitik
Godesberger Allee 149
D-53170 Bonn
Telefax: 0228/883 299

Reihe "Wirtschaftspolitische Diskurse"

Bisher erschienen

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 1

Ökologische Modernisierung der Energieversorgung der DDR

Ziele, Instrumente, Kooperationsmöglichkeiten
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 2

Das neue Steuersystem für die DDR

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 3

Modernisierung der Wirtschaft in der DDR am Beispiel des alten Industrieraumes Chemnitz

Erfordernisse und Möglichkeiten
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 4

Mecklenburg-Vorpommern - Wege in eine bessere wirtschaftliche Zukunft

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 5

Strukturwandel und Beschäftigungskrise in den neuen Bundesländern

Wirtschaftspolitische Perspektiven nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 6

Kommunale Finanzen und kommunale Wirtschaftsförderung - Grundlagen kommunaler Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 7

Die Sanierung der Elbe als Aufgabe deutscher und europäischer Umweltpolitik

Programme, Instrumente und Kooperationen im Gewässerschutz
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 8

Wohnungsnot - Eine unendliche Geschichte?

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 9

Modernisierung der Telekommunikation in den neuen Bundesländern

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 10

Die Zukunft der Landwirtschaft in Brandenburg

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 11

Die Zukunft selbst gestalten: Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften in der Phase der wirtschaftlichen Neuordnung

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 12
Grundlinien künftiger Tarifpolitik in den neuen Bundesländern
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 13
Arbeitsmarktprobleme und Qualifizierungserfordernisse in den fünf neuen Bundesländern
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 14
Zukunft des Stadtverkehrs in den neuen Bundesländern
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 15
Wirtschaftsförderungsprogramme und -instrumente von EG, Bund, Ländern und Kommunen
 Umsetzung in den neuen Bundesländern
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 16
Zwischen Müllfluten und Altlasten
 Probleme und Perspektiven der Abfallwirtschaft in den neuen Bundesländern
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 17
Qualifizierungsoffensive Ost
 Kein Allheilmittel, aber wichtige Weichenstellung für eine neue berufliche Zukunft
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 18
Von der Kommandowirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft
 Transformations- und Integrationsprobleme in den neuen Bundesländern
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 19
Chemiestandort Ostdeutschland
 Struktur- und industriepolitischer Handlungsbedarf zur wirtschaftlichen und ökologischen Sanierung
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 20
Tourismus an der Ostseeküste Mecklenburg-Vorpommerns
 Wirtschaftliche, beschäftigungspolitische und ökologische Aspekte
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 21
Wege zum Aufschwung am Arbeitsmarkt
 Berufliche Neuorientierung durch Weiterbildung, Umschulung und Arbeitsbeschaffung in Mecklenburg-Vorpommern
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 22
Investitionsförderung in Ostdeutschland
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 23
Dezentrale Energieversorgung in Ostdeutschland - Entwicklungsstand und Perspektiven
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 24
Zwischen Markt und Sozialer Frage - Wohnen in den neuen Ländern
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 25

Rettungsanker Osthandel?

Zur Bedeutung der osteuropäischen Exportmärkte für die Unternehmen in den neuen Bundesländern

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 26

Finanzierung der deutschen Einheit

Ansätze zur Neuordnung des Finanzausgleichs und zur Verbesserung der Politik der Treuhandanstalt

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 27

Qualifizierungsangebote in Ostdeutschland

Strukturen - Qualität - Bedarf - Wirksamkeit

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 28

Euroregion Neisse

Grenzüberschreitende Kooperation im deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländereck

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 29

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - Brücke zu neuen Arbeitsplätzen in Ostdeutschland?

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 30

Der Wirtschaftsstandort "Neue Bundesländer"

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 31

Wismut und die Folgen des Uranbergbaus

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 32

Auswirkungen der Wiedervereinigung auf den Industriestandort Deutschland

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 33

Chancen und Gefahren der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 34

Stadtentwicklung in den Neuen Bundesländern

Entwicklungspotential, Investitionsprojekte und Flächennutzung

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 35

Innovationsstandort Deutschland

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 36

Umweltschutz als Standortfaktor

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 37

25 Jahre Stabilitätsgesetz: Überlegungen zu einer zeitgerechten Ausgestaltung der Stabilitäts- und Wachstumspolitik

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 38

Kommunale Wirtschafts- und Technologieförderung in ostdeutschen Grenzregionen: das Beispiel Vorpommern
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 39

Textilstandort Ostdeutschland
Zukunftsperspektiven für die Textil- und Bekleidungsindustrie in den neuen Bundesländern
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 40

Sanierung und Aufbau der ostdeutschen Industrie: Die Verantwortung der Treuhandanstalt

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 41

Chancen und Grenzen der Wohneigentumsbildung in den neuen Bundesländern
Bestandspolitik und Neubauförderung
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 42

Trendwende im Güterverkehr?
Perspektiven für eine neue Arbeitsteilung zwischen den Verkehrsträgern
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 43

Die Zukunft des Tourismus in Thüringen
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 44

Aktivierung und Umnutzung ehemaliger Industrie- und Gewerbeflächen
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 45

Sozialverträgliche Sanierung ostdeutscher Innenstädte
Konsequenzen für die Versorgung mit Wohnraum und Gewerbeflächen
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 46

Wohnungspolitik für Ostdeutschland
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 47

Die Kontroverse um Maastricht: Eine neue Wirtschaftsverfassung für Europa?
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 48

Die deutschen Eisenbahnen vor einem Neubeginn
Gelöste Sanierungsaufgaben und notwendige Ergänzungen der Bahnstrukturreform
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 49

Zwischen kommunaler Energiewirtschaft und Braunkohlenverstromung
Entwicklungslinien für die Energieversorgung in Ostdeutschland
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 50

Was wird aus den Plattenbausiedlungen?
Chancen für die Entwicklung großer Neubaugebiete in Ostdeutschland

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 51

Tourismus in ländlichen Regionen Brandenburgs

Konzepte und Perspektiven zwischen regionaler Wirtschaftsentwicklung, Umwelt- und Sozialverträglichkeit

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 52

Neue und innovative Formen der Flächen- und Raumerschließung in den Städten der neuen Bundesländer

Nutzungsintensivierungen auf kommunalen Flächen

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 53

Privatisierung von Wohnungen in den neuen Bundesländern

Potentiale, Konflikte und Modellvorhaben

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 54

Ökologistik - Güterverkehr im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 55

Technologie- und Gründerzentren in der Bundesrepublik Deutschland

Eine Zwischenbilanz

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 56

Industrieforschung in den neuen Bundesländern - Perspektiven, Herausforderungen und Förderungsmöglichkeiten

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 57

Wohnungspolitische Konzepte für Ostdeutschland auf dem Prüfstand

Umsetzungsstrategien und Erfahrungen vor Ort

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 58

Freie Fahrt für freie Bürger?

Elemente einer rationalen Autonutzung in den neuen Bundesländern

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 59

Mieten in Ostdeutschland

Zwischen Instandsetzungsstau und Mieterinteressen

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 60

Sanierung und Rekultivierung im Lausitzer Braunkohlenrevier

Ökologische Ziele und wirtschaftliche Chancen

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 61

Strategische Wettbewerbs- und Technologiepolitik in einer globalen Marktwirtschaft

Skizze für ein neues Modell Deutschland

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 62

Eine Region im Umbruch

Perspektiven für Beschäftigung, Wachstum und Strukturpolitik im Raum Stuttgart

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 63
Städtebauliche Investitionsmöglichkeiten auf ehemaligen Militärflächen in den neuen Bundesländern

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 64
Produktionsverlagerungen in mittel- und osteuropäische Staaten
 Chancen und Gefahren
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 65
Innovative Technologien für den ruhenden Verkehr in Stadtzentren und verdichteten Wohngebieten
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 66
Ökologische Steuerreform
 Konzepte, Rahmenbedingungen Konflikte und Auswirkungen einer ökologischen Ausgestaltung des Steuersystems
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 67
Regionalisierung des Nahverkehrs
 Eine Herausforderung an Verkehrsunternehmen und Gebietskörperschaften
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 68
Langzeitarbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 69
Herausforderung Technologietransfer
 Schwerpunkt Neue Bundesländer
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 70
Wirtschaftliche Chance Umweltschutz
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 71
Hoffnungsträger Mittelstand
 Entwicklung und Perspektiven in den neuen Bundesländern
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 72
Risikokapital für junge Technologieunternehmen - Erfahrungen und neue Möglichkeiten
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 73
Entwicklungsprobleme junger technologieorientierter Unternehmen
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 74
Wege zur Reform der Kommunalverwaltung
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 75
Europäische Einheitswährung - Maastricht fehlt die ökonomische Dimension
 (vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 76
Konversionsmanagement - Abrüstungsfolgen und Bewältigungsstrategien
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 77
Reform der Wohneigentumsförderung

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 78
Macht der Banken
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 79
Stärkung der Kernstädte - Stadtverkehr und Cityhandel-
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 80
Beschäftigungsmöglichkeiten für niedrig Qualifizierte
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 81
Neue Akzente in der Arbeitszeitdebatte
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 82
Die fahrradfreundliche Stadt: Eine lösbare Aufgabe der Kommunalpolitik
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 83
Gemeinden in der Finanzkrise
Ursachen, Reformkonzepte, Konflikte
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 84
5 Jahre Tourismusentwicklung in den neuen Bundesländern
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 85
Magnetschnellbahn Transrapid: Die Fakten und ihre Bewertung
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 86
Beschäftigungspolitik im internationalen Vergleich
Strategien, Instrumente, Erfolge
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 87
Produktionsintegrierter Umweltschutz
Wettbewerbschancen durch ökologische Umorientierung
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 88
Telematik im Verkehr
Probleme und Perspektiven
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 89
Keine Wende am Arbeitsmarkt in Ostdeutschland
Eine Zwischenbilanz im Jahre 1996
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 90
Neue Wege im sozialen Wohnungsbau
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 91
Firmengründungen in ihrem lokalen und regionalen Umfeld
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 92
Prekäre Beschäftigungsverhältnisse - Die Bundesrepublik Deutschland auf dem Wege in die Tagelöhnergemeinschaft?
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 93
Arbeitsplätze, Produktivität und Einkommen
Wege zu mehr Beschäftigung im deutsch-amerikanischen Vergleich
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 94
Berlin auf dem Weg zur Metropole?
Die Frage nach tragfähigen und konsistenten Zielen für die Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 95
Wirtschaftlicher Strukturwandel, Globalisierung und Stadtentwicklung
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 96
Innovative Kommunalverwaltung
Wege zu mehr Effizienz und Bürgernähe
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 97
Zukunftsfähige Mobilität - alternative Verkehrskonzepte auf dem Prüfstand
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 98
Einführung des Vergleichsmietensystems in Ostdeutschland
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 99
Aufsichtsräte und Banken
Kontrolldefizite und Einflussumulation in der deutschen Wirtschaft
Vorschläge der politischen Parteien zur Unternehmensrechtsreform
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 100
Unterwegs in die digitale Arbeitswelt
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 101
Ohnmacht der Verbraucher gegenüber Banken und Versicherungen?
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 102
Neufassung des Energiewirtschaftsrechts - Umweltbelange und Effizienzsteigerungen
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 103
Zukunftverträgliche Bau- und Wohnungswirtschaft
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 104

Endogene Wirtschafts- und Entwicklungspotentiale in den Zentren und Räumen Berlins

Tagungsserie: Berlin auf dem Weg zur Metropole?

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 105

Großsiedlungen - Auf dem Weg zum eigenständigen Stadtteil oder zum sozialen Brennpunkt?

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 106

Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag?

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 107

Elemente für Ziele und Leitbilder der Stadtentwicklung in einer Zeit des Umbruchs

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 108

Die Zukunft der Kommunalwirtschaft

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 109

Überlagerung von Verkehrsflächen

Innovatives flächensparendes Bauen im Gewerbe-, Verwaltungs- und Freizeitbereich

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 110

Modernisierung und Instandsetzung von Altbauten in den neuen Bundesländern

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 111

Zukunftsperspektiven der deutschen Bauwirtschaft

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 112

Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung - die Europäische Union und Mittel- und Osteuropa

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 113

Erfolgreiche Unternehmensstrategien

Chancen am Standort Deutschland nutzen statt Arbeitsplatzabbau und Produktionsverlagerung

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 114

Von peripheren Großsiedlungen zu urbanen Stadtteilzentren in Berlin

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 115

Kostensenkung - eine Strategie für mehr Wohlstand und Beschäftigung?

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 116

Abfallmanagement im Rahmen der Kreislaufwirtschaft

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 117

Innovations- und Gründungspotentiale in Ostdeutschland

Endogene Faktoren wirtschaftlicher Entwicklung

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 118

Löhne und Arbeitslosigkeit

Warum die gängigen Rezepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht greifen

(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 119
Ein Ordnungsrahmen für die Weltwirtschaft: nötig und möglich

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 120
Existenzgründungen nach dem Hochschulabschluß
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 121
Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantien für Jugendliche
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 122
Neue Wege in der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 123
Auf dem Weg zur Teilhabergesellschaft?
Investivlöhne, Gewinn- und Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer in Westeuropa und den USA
- eine vergleichende Bestandsaufnahme

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 124
Das Leitbild der multizentrischen Stadt

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 125
Lohnstruktur und Beschäftigung

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 126
Entwicklungspotentiale in Stadtteilen und Stadtteilzentren
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 127
Ökologische Besteuerung im internationalen Vergleich
Wie weit sind andere Industrienationen?

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 128
Die neue Insolvenzordnung
Mehr Sanierungen statt Zerschlagungen von Betrieben?

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 129
Deutsch-Amerikanischer Transatlantischer Dialog : Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft
(nur im Internet; in Kürze abrufbar unter: www.fes.de/fulltext/fo-wirtschaft/00715toc.htm)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 130
Strukturwandel, Tertiärisierung, Entwicklungspotentiale und Strukturpolitik
Regionen im Vergleich: Ruhrgebiet - Pittsburgh - Luxemburg - Lille